

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M., im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiungsgeldern. Auslandabonnements 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montage einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Welt und Zeit“ Ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
23. Januar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige politische Parteizeitung
80 Pfennig. Kellnerische 1.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des einzelnen Wortes 25 Pfennig (gültig zwei Wochen für Berlin), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Sonntagshefte des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhof 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. Disck.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Kabinett Steeg gestürzt.

Ueber die Preispolitik. — Mit 10 Stimmen in der Minderheit.

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Kammerwahl über die Preissteigerungsfrage des Landwirtschaftsministers Boret ist kurz vor 23 Uhr mit der Niederlage der Regierung Steeg zu Ende gegangen. Mit 293 gegen 283 Stimmen hat die Kammer der Regierung das Vertrauen verweigert.

In der Interpellationsdebatte, die von dem angreifenden Abgeordneten Bunat mit mehr Ironie als feindseliger Leidenschaft geführt wurde, verteidigte sich Landwirtschaftsminister Boret überaus lahm, indem er erklärte, er habe lediglich den Getreidepreis stabilisieren wollen. Dabei beging er die Ungeheuerlichkeit, seine Gegner persönlich anzugreifen. Bunat hatte Boret vorgeworfen, daß er sich von unzufriedenen Spekulanten an der Pariser Produktenbörse habe falsch unterrichten lassen. Ministerpräsident Steeg, der selbst nur kurz sprach, versuchte auffälligerweise seinen Landwirtschaftsminister auch nicht mit einem einzigen Wort zu verteidigen. Er sagte nur, daß künftig jede Spekulation in den Getreidepreisen unmöglich sein werde, weil die Regierung eine interministerielle Kommission zur Stabilisierung der Preise eingesetzt habe. Steeg stellte die Vertrauensfrage. Im Namen der Tardieu-Opposition führte der ehemalige Handelsminister Flodin aus, wenn die katastrophalen Folgen der spekulativen Machenschaften des Landwirtschaftsministers nicht allzu groß seien, so sei dies das Verdienst der Regierung Tardieu, die die strengsten Maßnahmen gegen alle spekulativen Machenschaften eingeführt und im Parlament durchgesetzt habe.

Das bisherige Mehrheitsverhältnis in der Kammer hat sich bei der Abstimmung dadurch zugunsten der Regierung verkehrt, daß

neben den Kommunisten, die prinzipiell gegen jede Regierung stimmen, diesmal auch die Sozialisten und die sozialistischen Kommunisten gegen die Regierung stimmten, so daß diese schließlich mit zehn Stimmen in der Minderheit blieb.

Vor der Abstimmung hatte es

außerordentlich heftige Cürnszenen und schwere Tumulte

gegeben. Während der Auszählung der Stimmen kam es in den Bandelgängen der Kammer zu einer Schlägerei, wobei der Direktor einer Zeitschrift von einem anderen Journalisten gehohlet und zu Boden geschlagen wurde. Schließlich mußte die Wache gerufen werden, um die Kämpfenden zu trennen.

Ackerbauminister Boret hat die Regierung Steeg mit keiner Falschheit der Preissteigerungsfrage für Getreide in eine außerordentlich schwierige Lage hineingemauert. Boret hat mit seinen wiederholten Erklärungen, den Getreidepreis auf 175 Franken hinaufzuschrauben, nicht etwa der Landwirtschaft geholfen, sondern nur die übelste Börsenspekulation begünstigt. Er mußte diese Wirkung seiner Ankündigungen um so besser abschätzen können, als er Getreidegroßhändler von Beruf ist. Die Opposition konnte ihm deshalb zum Vorwurf machen, daß er die spekulativen Randoer an der Produktenbörse nicht nur gewollt, sondern persönlich davon profitiert habe!

Im Ministerrat kam es wegen der Haltung der Regierung in der Interpellationsdebatte über den „Fall Boret“ zu einer heftigen Diskussion. Es wurde Boret deutlich gemacht, daß er sich durch freiwillige Demission aus der Regierung zurückziehen solle. Boret weigerte sich aber aufs entschiedenste. Er zwang so das Kabinett, wenn es nicht seine Gesamtdemission einreichen wollte, ihn vor dem Parlament zu decken.

Aus einem früher eingelaufenen Bericht geht hervor, daß das Kabinett den Herrn Boret loswerden wollte, er sich aber geweigert hat, so daß die Entscheidung der Kammer angerufen wurde. Das Kabinett hat seinen Sturz riskiert, um den hartnäckig lebenden Preissteigerer mitzureißen — und ohne ihn wiederzukommen. Das erklärt auch die Abstimmung der Sozialisten, deren Fraktion ja soeben noch vom Nationalrat volle Handlungsfreiheit, also die Ermächtigung zur Aufrechterhaltung des Kabinetts Steeg bekommen hat. Selbstverständlich werden die Sozialisten, die Steeg stürzen mußten, um Boret zu stürzen, alles tun, um die Wiederkehr des Rechtskurfes Tardieu zu verhindern. Werfen unsere Genossen ihre 100 Stimmen für ein neues Linkskabinett in die Waagschale, so wiegt das die fehlenden 10 Stimmen von heute zehnfach auf und

kann sogar ein Abplündern schwankender bürgerlicher Gruppen unschädlich machen.

Für Genf hat der Regierungstreit voraussichtlich die Wirkung, daß Briand als demissionierter Minister nichts Entscheidendes mitmachen wird — ein Argument mehr für diejenigen, die die Entscheidung in dem Prozeß gegen die polnischen Minderheitenverfolger vertagen wollen!

Frankreich will Frieden.

Zeugnis bei der Akademiefeier.

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Marshall Pétain hat den durch den Tod Fochs freigewordenen Sitz in der Academie Française übernommen.

Er hielt die traditionelle Lobrede auf das Leben und Wirken seines Vorgängers, während der Lyriker Paul Valéry die Begrüßung Pétains besorgte, in der er das Lob auf das Werk eines freigereichen Marschalls wie folgt in einen Appell an den Frieden und die Versöhnung der Völker ausfüllte: „Es scheint, daß die Erfahrung von 1914/18 nicht genügend war, hier und dort tauchen schon Hoffnungen auf, das Gemetzel wieder zu beginnen. Die Schwierigkeiten des Friedens versuchen das Grauen des Krieges verblasen zu lassen. Aber es möge keiner glauben, daß ein neuer Krieg das Los der Menschheit verbessern könnte.“

Frick droht dem Zentrum.

Das Zentrum soll ausgelöscht werden. — Ein Orzech von Beschimpfung.

Kassel, 22. Januar. (Eigenbericht.)

In der Stadthalle zu Kassel sprach heute abend in einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten der Thüringische Staatsminister Dr. Frick. Zu Beginn seines Vortrages jammerte Frick über die Diktatur der Brüning-Regierung und verkündete stolz, daß die Nationalsozialisten jetzt die alleinigen Schützer der Demokratie seien. Am ausführlichsten beschäftigte sich Frick mit dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, der ja bekanntlich vor drei Wochen in Kassel die scharfe Rede gegen die Nationalsozialisten gehalten hat. Einige Sätze aus dieser Falschrede der Frick-Rede sollen wörtlich wiedergegeben werden: „Was ein bekannter Parteifreund von mir“, so sagte Frick, „umfängt behauptet hat,

daß nämlich die Zentrumspartei die Religion zu schmutzigen Geschäften mißbrauche, unterstreiche ich, weil dieser Satz durchaus richtig ist.

Alle Parteien, die den Nazis Befolgung leisten, die Demokraten, das Zentrum und die Volkspartei, sind Organisationen des Untermenschentums, des professionellen Landesverrats und des organisierten Volksbetruges.

Wenn das Zentrum sich nicht von den roten Bundesgenossen lösen will, dann muß es im Ortus verschwinden.

so wie die katholische Schwesterpartei in Italien von Mussolini ausgelöscht wurde.“

Von den jetzigen Haushaltsausschüßberatungen im Reichstag sagte Frick:

„Jetzt sitzen sie wieder im Haushaltsausschüß zusammen, um erneut die deutsche Pleite festzustellen.“

Nach diesem wirtschaftlichen Landesverrat schilderte Frick die Vorgänge im Strafrechtsausschüß und sagte über den alten und ehrwürdigen Professor Kahl von der Deutschen Volkspartei: „Der Vorsitzende des Strafrechtsausschüßes, Herr Kahl, der so uralt ist, daß er den Dingen nicht mehr folgen kann.“ Dann verlangte Frick Auflösung des Reichstags, des Preussischen Landtags und Appell an das Volk.

Nach bei der Rede Fricks wurden zwei Kasseler Pressevertreter, der Berichterstatter des Kasseler „Tageblattes“ und des sozialdemokratischen „Volksblattes“, durch Drohungen und Befehligung so belästigt, daß diese beiden Zeitungen den Schlußbericht der Frickschen Rede nicht geben können.

Saalschlacht am Friedrichshain.

Safentkruzer gegen Kommunisten. — Ueber 100 Verletzte.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei veranstaltete am gestrigen Donnerstagabend im Saalbau Friedrichshain eine Versammlung unter dem Thema „Auseinandersetzung mit dem Reichsbanner“. Nachdem die nationalsozialistischen Redner, Reichstagsabgeordneter Schulz (Stettin) und Dr. Reinshausen, gesprochen hatten, sprach in dreiviertelstündiger Rede der kommunistische Landtagsabgeordnete Hübner.

Schon während der Ausführungen dieser Redner war es verhältnismäßig zu Sturmjungen gekommen, da sich

eine sehr große Anzahl von Kommunisten in der Versammlung

befanden, die Zwischenrufe machten, die dann von der anderen Seite mit gellenden Pfiffen beantwortet wurden. Der kommunistische Abgeordnete Hübner wurde mit Rot-Front-Rufen begrüßt, während die Nationalsozialisten den in dem Verlauf der Versammlung erschienenen Abgeordneten Goebbels mit Heilrufen empfingen.

Als dann Dr. Goebbels das Schlusswort halten wollte, stimmten die Kommunisten die Internationale an und verhinderten durch gellende Pfiffe, daß er zu Worte kam.

Die Stimmung wurde immer erregter, man sah, wie die Versammlungsteilnehmer Stuhlbeine abbrachen und schließlich wüst aufeinander losschlugen.

Der Tumult spielt sich hauptsächlich in der Nähe des Ausganges ab. Der Versammlungsbemächtigte sich eine Panik, und die hinter dem Vorhang auf der Rednertribüne postierten Schutzpolizisten mußten unter Gebrauch des Gummiknüppels die zu einem wilden Anäuel zusammengeballten Kämpfenden auseinanderreiben.

Zahlreiche Versammlungsteilnehmer erlitten blutende Verletzungen, und der Saal glich innerhalb weniger Minuten einem wüsten Kampfplatz, da überall zerbrochene Stühle herumlagen und auch mehrere Tische entzwei geschlagen waren.

Die Polizei konnte nur durch Anwendung rücksichtsloser Gewalt die Versammlung auflösen und auseinanderreiben. Das gesamte Gebiet des Friedrichshains, wo schon vorvorgelagerterweise starke Absperrungsmaßnahmen vorgenommen worden waren, glich in kurzer Zeit einem Heerlager. Die Polizeibeamten drängten die Teilnehmer an der aufgelösten Versammlung hütschnell in die Seitenstraßen ab und sperrten das gesamte Bierfel bis zum Königstor und weiter nach dem Alexanderplatz ab.

Wie die bisherigen polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, beträgt die Zahl der Verletzten aus der Saalschlacht etwa 100, doch ließ sich die Parteizugehörigkeit nicht feststellen. An der Massenversammlung nahmen über 5000 Personen teil.

(Weitere Meldungen auf der dritten Seite.)

Der Fall Canaris.

Der Richter begünstigt die Angeklagten.

Im Jorns-Prozess wurde gestern der frühere Rechtsanwalt Dr. Bredered als Zeuge vernommen. Seine Aussage hellte die Rolle auf, die Kapitän Canaris, einer der Richter des Kriegsgerichts gegen die Mörder, bei der Begünstigung der Mörder gespielt hat. Die Vernehmung Bredereds nahm folgenden Verlauf:

Zunächst fragte Landgerichtsdirektor Ohnesorge den Zeugen, ob er bestraft sei.

Zeuge Dr. Bredered: Die hier aufgestellte Behauptung ist unrichtig. Ich bin im Jahre 1912 richterliche von Berlin weggegangen, weil ich erhebliche Schulden hatte. Es schwebte aber kein Strafverfahren. Nach meinem Weggang haben Leute, die Forderungen an mich hatten, sich an die Staatsanwaltschaft gewandt, und es wurde ein Verfahren eingeleitet.

Vors.: Waswegen?

Zeuge: Wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Untreue. Nach Kriegsausbruch bin ich 1914 von Profillos unter dem Namen Gärtner zurückgefahren, geriet in englische Gefangenschaft und bin von dort nach 14 Tagen entkommen. Ich war vom Oktober ab an der Front und wurde im Februar 1915 zum Offizier ernannt. Nach einer schweren Verwundung kam ich nach Berlin ins Lazarett. Als ich geheilt war, meldete ich mich beim Kommandanten und erklärte, daß ich nicht Gärtner heiße, sondern der Rechtsanwalt a. D. Bredered sei. Ich bat, meine Angelegenheit zu prüfen. Der Kaiser hat mich verabschiedet. Das Verfahren wurde geprüft, und nach Vernehmung der Zeugen hat die Strafkammer des Landgerichts I das Verfahren wegen Untreue und Urkundenfälschung eingestellt, bezüglich der Unterschlagung kam Amnestie in Betracht. Nach Erledigung der Angelegenheit beantragte ich beim Kaiser, mich wieder als Offizier unter dem Namen Bredered einzustellen. Das ist auch nach Prüfung geschehen. Ich habe auch meine Wiederzulassung zur Anwaltschaft beantragt. Es ist aber nicht wahr, daß ich ausgeschlossen worden bin. Ich bin nur gestrichen worden, weil ich Berlin verlassen hatte. Das Ehrengericht hat meine Zulassung abgelehnt. In dem Urteil des Reichsgerichtes ist ausgesprochen worden, daß ich menschlich vollkommen rehabilitiert sei. Es wurde aber gesagt, daß es Aufsehen erregen würde, wenn ein Mensch, der eine politische Rolle gespielt, leichtfertig behandelt habe und schließlich verfolgt worden ist, wieder zur Anwaltschaft zugelassen werden würde. Ich bin auch berechtigt, mich Rechtsanwalt a. D. zu nennen, nur nicht in Klugeisen, in denen ich den Rechtsanwälten Konkurrenz mache.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere.

Zur Sache selbst äußerte sich Bredered wie folgt: In der frohlichen Zeit sei er im Vorstand des Nationalverbandes Deutscher Offiziere gewesen. Damals wurde in den Offiziersverbänden, die die Macht in Händen hatten, erwogen, ob es zweckmäßig sei, das Verfahren gegen die Offiziere zum Auszug bringen zu lassen. Man beschloß, die Offiziere zu beschaffen. Diese Summe habe er auch von einer Stelle erhalten.

Es wurde daher erwogen, 30 000 Mark zur Flucht der Offiziere zu beschaffen. Diese Summe habe er auch von einer Stelle erhalten.

Er habe nur einen Teil des Geldes — er wisse nicht, ob es 3000 oder 15 000 Mark waren — sofort zur Flucht gegeben, der Rest sollte ins Ausland nachgeschickt werden.

Mit der Schwester des Hauptangeklagten, Kapitänleutnant v. Flugel-Hartung, sei er mehrmals im Gefängnis gewesen. Die Schwester wurde ohne weiteres, da sie bekannt war, von den Posten durchgelassen, und er habe sie begleitet. Dann habe sich Fräulein v. Flugel-Hartung und eine andere Persönlichkeit an die Stelle gewandt, die das Geld gegeben hatte. Er sei durch ein Schreiben aufgefordert worden, das Restgeld auszuhändigen. Er habe die Summe an Fräulein von Flugel-Hartung und ihren Begleiter ausgehändigt.

Die Rolle von Canaris.

Rechtsanwalt Dr. Georg Löwenthal: Wer war der Begleiter?

Zeuge Bredered (nach einigem Zögern): Kapitänleutnant Canaris.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal: War Canaris bekannt, welchem Zweck diese Gelder dienen?

Zeuge: Jawohl.

Vors.: War das Geld auch für die Flucht von Vogel bestimmt?

Zeuge: Ich weiß nicht, ob Oberleutnant Vogel damals noch im Gefängnis war. In erster Reihe sollte das Geld für die Offiziere bestimmt sein, die im Fall Liebnacht in Haft waren. Mit Canaris habe ich nie persönlich über die Verwendung des Geldes verhandelt.

Vors.: Wußte der Untersuchungsführer Jorns etwas von den Dingen?

Zeuge: Den Namen habe ich nie gehört. Uebrigens sollten die Offiziere auch ins Ausland gehen, wenn sie nicht verurteilt werden sollten, denn man befürchtete, daß sie trotzdem von den Spitzelkisten verfolgt werden und ihres Lebens nicht sicher sein würden.

Canaris wird nicht geladen.

Das Gericht beschloß darauf, den Zeugen Bredered zu vereidigen. Justizrat Löwenthal zog nunmehr seine Beweisanträge, auch die auf Ladung von Canaris, zurück.

Kapitän Canaris ist heute Stabschef der Nordsektion. Im Januar 1928 gab Reichstagsabgeordneter Genosse Rose im Untersuchungsausschuß des Reichstags eine aufsehenerregende Erklärung über die Zusammenarbeit von Canaris, der damals als Marinefachverständiger auftrat, und dem Wikingsbund in Kiel ab.

Damals bedachte das Reichswehrministerium Herrn Canaris mit einem fadenscheinigen Dementi und der Erklärung, daß Bedenken gegen seine Verwendung nicht bestünden.

Kapitän Canaris sollte wiederholt als Zeuge im Jorns-Prozess geladen werden. Er hat sich dem Zeugnis stets zu entziehen gemußt.

Nunmehr liegt eine eidliche Aussage darüber vor, daß Herr Canaris als Richter an einer Fluchtvorbereitung für die Angeklagten teilgenommen hat. Auch diesmal bleibt ihm eine Vernehmung unter Eid erspart!

Wir sind gespannt, ob das Reichswehrministerium nach wie vor der Ansicht ist, daß Bedenken gegen eine dienstliche Verwendung dieses Mannes nicht bestehen!

Nicaragua und Honduras haben ihren Grenzstreit beigelegt. 400 000 Hektar an der Ostküste und ein Bandstreifen der Provinz Rucua Senovia sind an Honduras abgetreten worden.

Der Kronzeuge der Rechten.

Ein entlarvter Verleumder.

Im Haushaltsausschuß des Preussischen Landtags kam es während der Nachmittags-Sitzung zu einem interessanten Zwischenfall bei der Beratung des Haushalts der Porzellanmanufaktur. Nachdem der Handelsminister Schreiber und der sozialdemokratische Abgeordnete Lehmann-Hirschberg sachliche Ausführungen zu diesem Haushalt gemacht hatten, trug der deutschnationalen Abgeordnete Jaspur Anschuldigungen aus dem Verleumderbuch „Gefesselte Justiz“ von Gottfried Jarnow vor, das bereits im „Bormärts“ angeprangert worden ist.

Auf sozialdemokratische Zwischenrufe, wer denn dieser Jarnow sei, erklärte Herr Jaspur, dies nicht zu wissen.

Er referierte nur, um den Angegriffenen die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Handelsminister Dr. Schreiber gab die Erklärung ab, daß es sich in dem die Porzellanmanufaktur betreffenden Kapitel des Buches um die Aufwärmung jener Anschuldigungen handle, wegen deren bereits vor Jahren ein Untersuchungsausschuß gelangt hat, der die Richtigkeit aller dieser Vorwürfe festgestellt hat. Trotzdem werden sie wiederholt. Es besteht für die Regierung kein Grund, sich nochmals mit diesem abgestandenen Tratsch zu befassen. Was die angeblich neuen Vorwürfe betrifft, daß zum Beispiel der Abg. Heilmann von einem Geheimbericht der Oberrechnungskammer Kenntnis gehabt habe, so wisse er nicht, ob das zuträfe, aber selbst wenn es zuträfe, so sei es nicht zu beanstanden, da der Abg. Heilmann in der damaligen Zeit als ständiger Berichterstatter für die Porzellanmanufaktur von einem solchen Bericht Kenntnis erhalten dürfte.

Abg. Kuffner (Soz.) erklärte: Wenn die Deutschnationalen sich unwissend stellen, so will ich ihnen sagen, wer Gottfried Jarnow ist.

Es ist der im Raubstand befindliche Provinzialinspektor Ewald Moritz aus Jarnow, der sich nach der Revolution der Sozialdemokratie als Enthälter gegen die Offiziere der alten Armee und die Provinzialämter angeboten hat.

Ich persönlich habe diesen Mann scharf abgewiesen, weil mir keine Briefe bewiesen, daß ich es mit einem so wichtigen Verleumder zu tun hätte. Herr Moritz-Jarnow ist dann zur Rechten gegangen, wo man ihn mit offenen Armen aufgenommen hat, obwohl er noch kurz vorher in Artikeln die Offiziere der alten Armee auf das wüßteste beschimpft hatte. Was die Zuverlässigkeit seines jetzigen Nachwerks anbelangt, so habe ich an der Hand der stenographischen Protokolle verschiedener Untersuchungsausschüsse, in denen ich mitgearbeitet habe, festgestellt,

daß alles auf das Skrupelloste zusammengeklappt ist.

So zum Beispiel im Fall der Staatsanwälte in Sachen Barmat behauptet die Schrift des Gegenteils dessen, was sämtliche Zeugen im Untersuchungsausschuß, darunter Staatssekretär Friese, Ministerialrat Kuhn usw. übereinstimmend ausgesagt haben. Genau so verhält es sich mit den Angriffen im Falle der Porzellanmanufaktur. Die bündig widerlegten Vorwürfe sind von neuem behauptet und die Widerlegung wird verschwiegen. Der Verfasser hat auch meine Tätigkeit als Berichterstatter in Untersuchungsausschüssen angegriffen. Ich habe einen Kollegen der Rechten, der den betreffenden Verhandlungen beigewohnt hatte, wegen dieser Vorwürfe interpelliert. Er hat mir gesagt:

„Das ist alles erfunden und erlogen. Sie haben das gerade Gegenteil dessen als Berichterstatter getan, was in dem Buch behauptet wird.“

Dieser Kollege der Rechten hat jedenfalls aufrichtiger gehandelt als Herr Jaspur.

Nach diesen Ausführungen, die starken Eindruck auf den ganzen Ausschuß machten, trat Herr Jaspur einen kläglichen Rückzug an, indem er beteuerte, daß er sich kein Wort der Broschüre habe zu eigen machen, sondern lediglich eine Nachprüfung habe herbeiführen wollen. Aber die langen Gesäße seiner deutschnationalen Kollegen zeigten, daß sie sich von der Verleumderbroschüre einen ganz anderen Erfolg versprochen hatten!

Ueberflüssiger Streit in Genf.

Um den Vorsitz der Abrüstungskonferenz.

V. Sch., Genf, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Frage der Person des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz ist gewiß nicht ganz belanglos, aber daraus eine Prestigefrage, ja eine Machtsprobe zwischen zwei Mächtegruppen zu machen, das geht entschieden zu weit. So ist es aber gekommen. Wortführer der Opposition gegen Benesch ist Grandi im trautesten Einvernehmen mit Stimson. Dr. Curtius schien ursprünglich keineswegs geneigt, daraus eine Staatsaktion zu machen, aber soll er sich den Vorwürfen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten aussetzen, daß er es lassen überlassen habe, für einen neutralen Konferenzleiter zu kämpfen? Angesichts der Widerstände fühlt sich nun Henderson als Ratsvorsitzender verpflichtet, analogisch zu wirken. So hat über zwei Stunden der Rat in einer „ultra-geheimen“ Sitzung, an der nur die Ratsmitglieder und ein stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes teilnehmen durften, über diese Personfrage diskutiert. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Man ringt zurzeit um

eine komplizierte Kompromißformel, wonach einstweilen noch kein Vorsitzender, sondern ein dreiköpfiges Vorbereitungskomitee

ernannt werden soll, dem Benesch angehören würde. Man würde es dann der Abrüstungskonferenz überlassen, ihren Vorsitzenden selbst zu wählen, mit Rücksicht darauf, daß verschiedenen großen Mächten, wie z. B. den Vereinigten Staaten und Rußland, aus Courtesy ein Mitbestimmungsrecht gewährt werden müsse. Die genaue Umföhrung der Aufgaben dieses Vorbereitungskomitees, sowie das Datum der Konferenz sind Bestandteile des Kompromisses, das erst morgen nachmittag das Licht der Welt erblicken dürfte.

Die Einien der Oberschlesien-Entscheidung des Rates beginnen sich etwas deutlicher abzuzeichnen.

Deutschland hielt in den bis spät abends fortgesetzten geheimen Verhandlungen des Völkerbundes auf Ribbentrop für die Verlegung der Wundheilungskonvention ausreicht; weiter wird verlangt, daß Polen sich verpflichten soll, laufend Bericht zu erstatten über sämtliche Bestrafungen und Wiedergutmachungen. Natürlich müßten diese Berichte dem Rat jeweils vorgelegt werden. Ferner wird die Garantie verlangt für eine Änderung des Systems in Polnisch-Oberschlesien. Darunter ist vor allen Dingen zu verstehen ein Vorgehen gegen den Wojwoden Gracynski und eine Einschränkung oder ein Verbot des Aufständigen-Verbandes. Falls Deutschland mit seinen Forderungen nicht durchdringen und Polen eine befriedigende Gewähr für ihre Ausführung nicht leisten sollte, wird die Einsetzung einer Untersuchungskommission verlangt.

Man erwartet noch, daß sich Polen und Deutschland einigen werden, so daß keine Ratsentscheidung durch Mehrheit zu erfolgen braucht.

Tritt diese Einigung nicht ein, so wird Deutschland wiederum eine neue Debatte verlangen unter Hinzuziehung des Präsidenten Calonder. Der japanische Berichterstatter hat inzwischen gebeten, eine offizielle Sitzung zunächst über die Oberschlesienfrage nicht abzuhalten. Er will gleich in der nächsten Sitzung die Einigung mitteilen können.

Im Interesse einer baldigen Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen sollte man eine solche Untersuchung, die sich monatelang hinziehen dürfte, vielleicht lieber vermeiden, aber Polen wird bei einer solchen Nachprüfung bestimmt keine Vorbeeren ernen. Es sollte also im eigenen Interesse unterlassen, die Dinge auf die Spitze zu treiben und lieber seine Zustimmung zu wirklichen Garantien für die Zukunft erteilen.

Die Polendebatte.

Genf, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat rief der Tagesordnungspunkt über die Sklaverei in Liberia den Vertreter dieser Republik auf den Plan. In endlosem Wortschwall erklärte er, daß die Unterdrückung der Sklaverei durch eine Völkerbundskommission von seiner

Regierung angeregt worden sei und Liberia jeder Empfehlung des Rates Folge leisten werde.

Die Entscheidung wurde vertagt, ebenso die über Eisenbahnfragen in den ungarisch-balkanischen Grenzgebieten. Aus dem angenommenen Bericht der Oplumkommission ist zu ersehen, daß die nächste Konferenz zur Begrenzung des Rauchopiums im November in Bangkok (Siam) tagen wird.

In einer Geheim Sitzung äußerte Henderson den Wunsch, die Tagung am Donnerstag zu beenden. Curtius erklärte, daß außer der Entscheidung über

Oberschlesien noch die Memel-Beschwerde

zu behandeln seien. Die Ratsmitglieder sollten sich deshalb darauf einrichten, auch in der kommenden Woche zu verhandeln. Henderson erklärte sich einverstanden; er habe nur eine Anregung geben wollen. Nach der deutsch-polnischen Aussprache am Mittwoch habe sich kein Redner gemeldet. Dadurch sei der Eindruck entstanden, als handle es sich bei dieser Wundheilungsfrage nur um eine deutsch-polnische Angelegenheit. Würden keine weiteren Anregungen erfolgen, so wäre er

gezwungen, die volle Verantwortung des Völkerbundes für diese

überaus bedeutungsvolle Sache festzustellen.

Daraufhin wurde beschlossen, am Freitagvormittag keine Sitzung abzuhalten, um dem Berichterstatter über den deutsch-polnischen Streit Gelegenheit zu geben, mit den Parteien und dem Vorsitzenden über seine Vorschläge an den Rat zu beraten.

Der Rat beschloß weiter, noch die Mitglieder der Seeregierungskommission wieder zu ernennen.

Die Ukrainer-Verfolgung.

Solidarität der Schuldigen.

Warschau, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Regierungsmehrheit im Verfassungsausschuß des Sejm hat den ukrainischen Antrag auf Untersuchung der blutigen Vorgänge in der Ukraine während der sogenannten „Befreiungsaktion“ in den letzten Monaten des vergangenen Jahres gegen die Stimmen der ukrainischen und sozialistischen Abgeordneten niedergestimmt. Der polnische Sozialist Ciofko nahm sich als einziger der Leiden des ukrainischen Volkes an; er klagte die polnische Regierung an, daß sie ihren Verpflichtungen gegenüber den Ukrainern nicht nachgekommen sei.

Die Anrufung des Völkerbundes.

Genf, 22. Januar.

Die Petition der ukrainischen Abgeordneten im polnischen Sejm, Frau Milena Kozmicka, ist von besonderem Interesse, weil dadurch in Ergänzung der Beschwerden über die Gewalttaten gegen die Ukrainer sehr

auch die Vorgänge im Militärgefängnis von Brest-Litowsk zum Gegenstand einer förmlichen Klage beim Völkerbund gemacht

worden sind. Noch acht ukrainische Abgeordnete sind in Brest-Litowsk eingekerkert. Frau Kozmicka bittet den Völkerbund, er möge eine Untersuchung einleiten, damit die Schuldigen bestraft und den widerrechtlich eingekerkerten Abgeordneten Sühne und Genugtuung zuteil werde.

Sie bitten den Völkerbund, unermüßlich der jeder Kultur und Zivilisation hohe sprechenden Behandlung der Ukrainer in Polen ein Ende zu machen und die durch internationale Verträge wie auch durch den Wundheilungsschutzvertrag garantierten Rechte auch für die sechs Millionen Ukrainer in Polen herzustellen und für die Zukunft zu sichern.

Im Saargebiet verboten wurde das Tragen der Uniformen des Reichshäuptmanns, des Reichswehrführers, der Nazi samt Wermoff und Stahlhelm, ferner auf drei Monate die Nazipresse.

Norm für den Gefangenen.

Der Völkerbund soll eingreifen.

Bei der diesmaligen Session des Völkerbundrates wird man auch zu der Frage eines internationalen Straßpolizugsgeheimes Stellung nehmen. Von allen humanitären und menschenrechtlichen Organisationen getrieben, hatte die vorletzte Versammlung des Völkerbundrates um ein Memorandum gebeten, in dem

- a) fell ermittelte Fälle von Mißbräuchen und Mißhandlungen von Untersuchungs- und Strafgefangenen aufgezählt sein müssen;
- b) Vorschläge für eine Abänderung der vorgebrachten Dinge enthalten sein müssen.

Das Memorandum liegt dem Völkerbund vor. „Nur“ 12 Beispiele sind aus der Fülle des Materials dem hohen Rat vorgelegt worden. Sie genügen, wenn sie auch stets mit hunderten und tausenden ergänzt werden können.

Da wird berichtet, und zwar immer ohne das Land zu nennen — denn in Genf muß man taktvoll sein —, daß ein Mann eine schwere Eisenkette mit einem Eisenball an seinem Schenkel tragen und mit dieser Last beschwert, täglich acht Stunden einen Schubkarren um den Gefängnishof fahren muß unter der Aufsicht von zwei bewaffneten Beamten. Den Rest des Tages verbringen die Gefangenen in Einzelhaft und in einer dunklen Zelle.

Von einem Mann wird berichtet, daß er 12 Monate in Einzelhaft verbringen mußte, obwohl er vollkommen unschuldig war.

Die Tatsache wird festgestellt, daß noch immer Frauen und Kinder unter der Aufsicht männlicher bewaffneter Wärter stehen, daß 13 Gefangene in eine Zelle zusammengesperrt sind, ohne Rücksicht, daß von ihnen eine Anzahl tuberkulös oder mit anderen ansteckenden Krankheiten befallen sind.

Und weiter lautet es in dem unerbittlichen Bericht, daß 17 weibliche Gefangene (alte kriminelle und Erststraftäter gemischt) gezwungen sind, in einer Zelle zu schlafen, zusammen zu kochen, zusammen zu essen, zusammen zu waschen. Der Fußboden ist mit Betten bedeckt, ausgenommen ein schmaler Gang, der für die Tagesbeschäftigung der Frauen freigegeben ist. Die Frauen haben keine Beschäftigung und der Besitz einer Nadel und etwas Wolle wird als Luxus angesehen.

Ein junger Mann, so wird als sechster Punkt berichtet, der etwas Heider gestohlen hatte, weil er in Rot war, wird mit 25 Schlägen auf seine Fußsohlen bestraft. Ein anderer Mann wurde so geschlagen, daß seine Fußsohlen blau und schwarz waren.

Es ist festgestellt worden, daß 60 Gefangene in einem viel zu kleinen Raum eingesperrt waren und daß diese in der Nacht hungernd schliefen.

Ein Gefangener, der fünf verschiedene Städte und drei Länder passiert hat, konnte berichten, daß er in eisernen, in dunklen Zellen, in Zellen voll Ungeziefer untergebracht war. In einem Gefängnis hat er mit 60 anderen Gefangenen auf einem eisernen Fußboden schlafen müssen. Alle Gefangenen waren voll Ungeziefer. Für sie war nur ein Eimer vorhanden, um die Notdurft zu verrichten.

Und so geht dieser erschütternde Bericht, der von Professionen halbnackter Gefangener, die geschlagen werden, von Gefangenen, die ohne Essen und Trinken gelassen wurden, von anderen bestialischen Torturen, von Selbstmordversuchen, von der fehlenden Hygiene usw. fort.

Was ist zu tun? Das was die internationale Gefangenenkommission schaffen sollte, konnte diese nicht schaffen, trotz aller Bemühungen, dann ihr gehören nicht alle Länder an und es ist notwendig, sie zu ergänzen und sie durch die Autorität des Völkerbundes als ein gesetzliches internationales Instrument zu sanktionieren. Die Forderungen, die in dem Memorandum gestellt werden, kommen dem preußischen Straßpolizug oft nahe, nur mit dem Unterschied, daß selbstverständlich internationale Garantien geschaffen werden müssen, insbesondere wendet sich das Memorandum auch gegen die Todesstrafe, da in vielen Ländern, die dem Völkerbund angehören, die Todesstrafe abgeschafft ist, aber in anderen — der Mehrzahl — noch besteht.

Auch auf manche Unsonnigkeit, die bei Auslieferungsverfahren erfolgt, wird hingewiesen. So wird die folgende Geschichte eines Schiffsoffiziers erzählt, welcher wegen Diebstahls in einem fremden Lande festgesetzt wurde. Er war wegen allerlei Schwierigkeiten nahezu ein Jahr ohne Prozeß in Haft. Sein Diebstahl hatte den Wert von 1 Pfund = 20 Mark, und er wurde endlich durch Richterspruch des Schwurgerichts zu 470 Tagen Gefängnis und zur Zahlung der Kosten des Prozesses und zu einer Geldbuße von 17 Pfund verurteilt. Dieser Richterspruch zu dem Werte des Diebstahls und zu der 17mal so hohen Geldbuße hat im britischen Unterhaus zu einer Anfrage geführt und zu einem Eingriff der britischen Regierung Veranlassung gegeben.

Eine sehr wesentliche Forderung ist die gleichmäßige Behandlung aller Untersuchungsgefangenen. Kein Untersuchungsgefangener darf als schuldig gelten, bis er nicht überführt worden ist. Es darf ihm also in Bulgarien als Untersuchungsgefangener nicht anders ergehen wie in China, Amerika oder Deutschland.

Auch die Annäherung der Strafvollzugsgrundsätze aller Länder wird verlangt, wenn man auch hier klar ist, daß man nur Mindestgrundsätze zustande bringen kann. Es wäre zu wünschen, daß der Völkerbund diesem Memorandum, das aus dem Kreis der englischen Howard League für Penal Reform und den Eigen für Menschenrechte aller Länder dem Völkerbund zugegangen ist, seinen Entschluß nicht verjagen würde. Kurt Grossmann.

Frick-Sabotage durchkreuzt.

Der Reichsrat genehmigt Einbürgerungsgesuche.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit einer Reihe von Einbürgerungsgesuchen von Ausländern, gegen die Thüringen Einspruch erhoben hatte. Es wurden nur die Anträge von Deuten behandelt, die bereits länger als 25 Jahre in Deutschland ansässig sind, davon 58 in Preußen, 3 in Baden, 1 in Hessen und 2 in Bremen. Gegen die Stimme Thüringens beschloß der Reichsrat, die Einsprüche Thüringens für unbegründet zu erklären. Frick hatte diese Einbürgerungsgesuche bisher sabotiert.

RPD.-Waffenlager beschlagnahmt.

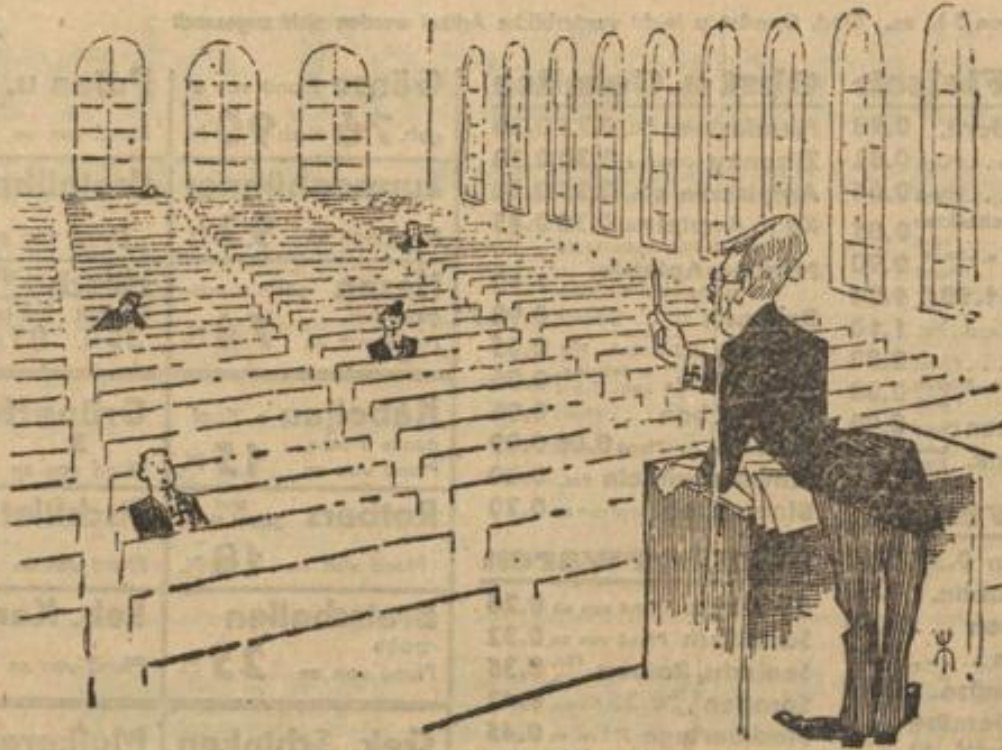
Eine Entdeckung in Essen.

Essen, 22. Januar.

Bei einer Durchsichtigung der Wohnungen kommunistischer Funktionäre wurde von Beamten der politischen Polizei eine größere Anzahl von Württembergergewehren mit dazugehöriger Munition beschlagnahmt. Die in gutem Zustande befindlichen Schusswaffen lagen in besonderen Vertiefungen in den Wohn- und Kellerräumen.

Vor zwölf Hörern . . .

So „viele“ haben sich zum Kolleg des Rassenprofessors Günther (Nazi) in Jena eintragen lassen.



„Meine Theorie, wonach die echte, blauschädliche, blondhaarige und langhaarige nordische Edelrasse ausstirbt, findet mancherlei Bestätigung in der Gegenwart . . .“

Wege aus der Weltkrise.

Forderungen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Internationale.

Zürich, 22. Januar. (Eigenbericht.)

In Zürich tagte am Mittwoch und Donnerstag die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingesetzte Kommission zur Prüfung der Probleme der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit.

Die Kommission veröffentlichte über das Ergebnis ihrer Beratungen eine längere Mitteilung, in der der Gegensatz zwischen dem gewaltig gesteigerten Produktionsvermögen und dem dahinter weit zurückbleibenden Konsum als Grundtatsache der Krise bezeichnet wird.

Die Herabsetzung der Löhne kann das Mißverhältnis nicht mindern, sondern nur verschärfen.

Die Kommission betrachtet es daher als die wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung, sich in dieser Zeit mit aller Tatkraft und in allen Ländern dem Vordringen zu widersetzen. Es ist unbedingt notwendig, die Arbeitszeit der so bedeutend gesteigerten Produktivität der Arbeit anzupassen. Daher hält es die Kommission für zutreffend, den

Kampf um die Fünf-Tage-Woche (40-Stunden-Woche) international aufzunehmen.

Sie weist mit Nachdruck darauf hin, daß nicht die Einschränkung der Staatsausgaben, sondern größtmögliche Aufwendungen für produktive öffentliche Arbeiten am Platze sind. Energisch ist zu fordern, daß die Arbeitslosen und

Kurzarbeiter die notwendige Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit oder der Kurzarbeit erhalten. Die Arbeiterbewegung muß zur

Verteidigung der überall von den Unternehmern angegriffenen Arbeitslosenversicherung

aufgerufen werden. Der Bericht beschäftigt sich weiter mit der Kontrolle der Kartelle und Monopole sowie mit der Hochschulgewerkschaftsbewegung und verlangt die Ratifizierung des Zollwaffenstillstandes und Verhandlungen gemäß dem Vorschlag der britischen Arbeiterrégierung, um die Zollsätze für verschiedene Warengruppen international zu erniedrigen.

Weitere Probleme, die unbedingt gelöst werden müßten, sind

Arbeitslosigkeit und Reparationsfrage.

Darüber heißt es in dem Bericht: „Eine Annullierung oder wenigstens Herabsetzung aller aus dem Kriege hervorgegangenen Zahlungsverpflichtungen wäre unannehmbar ein Mittel, die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft zu erleichtern. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zu einem Schuldenerlass, der eine solche Lösung ermöglichen würde, nur in dem Maße gewonnen werden kann, als sich die europäischen Staaten zur internationalen Abrüstung entschließen.“

Der Text der Entschlüsse wird vom Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes als Broschüre herausgegeben werden.

Kritische Tage im Unterhaus.

Kampf um Gewerkschaftsrecht.

London, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Auszählung des Abstimmungsergebnisses des Unterhauses über einen Zusatzantrag zum Schulgesetz, wobei die Regierung mit 33 Stimmen in der Minderheit blieb, zeigt, daß 33 Labour-Abgeordnete gegen das eigene Kabinett gestimmt haben. Es waren nicht nur die 17 katholischen Arbeitervertreter, sondern auch jene, die von katholischen Wählern abhängen.

In der Arbeiterpartei herrscht über das Verhalten dieser 33 große Erbitterung, und nachträglich bedauern diese auch selbst, daß sie der Regierung eine Niederlage bereitet haben. Allerdings kam die Abstimmung völlig unerwartet. Umsonst waren die Konserverativen fast vollständig im Unterhaus, während die Arbeiterpartei große Lücken aufwies. Der Unterrichtsminister hatte unterlassen, mitzuteilen, zu welchen Zugeständnissen die Regierung den Kirchen bereit gewesen ist.

Nicht weniger als 75 Prozent der von den Konfessionsgruppen geforderten Gelder wollte die Regierung bewilligen.

Bedingt die Seite der Konfessionisten bestand auf der Gesamtsomme. Selbst die katholischen Kirchenbehörden hätten sich mit 75 Prozent beschieden. Hätten die Labour-Abgeordneten dies gewußt, so hätten die Katholiken nicht gegen die Regierung gestimmt. Selbstverständlich jubelt die konservative Presse, während die Liberalen das Abstimmungsergebnis sehr bedauern. Inzwischen ist die

Arbeiterregierung an ihrer gefährlichen Klippe angelangt.

Am Donnerstagnachmittag brachte Minister Jowett die Vorlage

zur Aufhebung des Antigewerkschaftsgesetzes ein; seine einstündige Begründungsrede erzielte den stürmischen Beifall der gesamten Arbeiterfraktion. Darauf sprach Baldwin für die Konservativen gegen die Vorlage.

Die Abstimmung über das Gewerkschaftsgesetz wird über Sein oder Nichtsein der zweiten englischen Arbeiterregierung entscheiden.

Die Schlacht am Friedrichshain

Viele Frauen verletzt.

Die Polizei nahm während der Räumung des Saalbaus Friedrichshain 22 Sittierungen wegen Widerstandes, Sachbeschädigung und Körperverletzung vor.

Die fünf Schwerverletzten, die von der Sanktionsstelle im Spital notdürftig verbunden wurden, sind über die Rettungstelle nach dem Bethanien-Krankenhaus gebracht worden.

Sämtliche Schwerverletzten haben Schädelverletzungen davongetragen. Unter den Verletzten sind auffallend viele Frauen, die in dem dichten Gedränge vielfach zu Boden stürzten und von den Nachdrängenden überrennt und getreten wurden.

Die Polizei stellte einwandfrei fest, daß die Schlägerei von SPD-Angehörigen angezettelt wurde.

Die Tunder Mühlen und London haben seit die gleiche Wellenlänge, so daß Mühlen nicht selten in England mitachört wird. Eine oblicke Eiderung der Radonab-Nede ist natürlich ausgeschlossen. Untersuchung im Gange, Ueuderung der Wellenlänge schon früher angeregt worden.

Die Panziger Beamtengehaltserhöhung wurde bei 41 Stimmen der Rechten und 23 der Linken mangels der Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Wieder Krise in Portugal. Nach dem Kriegsminister ist der Justizminister aus der Regierung ausgetreten. Die Kabinetskrise ist auf die Rückkehr zur reinen Militärdiktatur zurückzuführen, von der die Gemäßigten gewaltigste Umkehrverhütung befürchten.

Selbstmord eines Unternehmersführers. Der neueste ländliche Vertreter bei der internationalen Arbeiterversammlung, William Weston, wurde in seinem Garten in Wellington tot aufgefunden. Neben ihm lag ein abgefeueretes Gewehr. Er war der Vorsitzende der Unternehmer-Organisation in Neuseeland.

Prof. Dr. Dorn, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, ist zum Präsidenten des Reichsfinanzhofes München ernannt worden.

Kammerspiele.

Willy Baum; Pariser Platz 13.

Berliner Schönheitsfalon mit all den Weibchen, die unter ihrem zurechtgehoblen Gesicht das verstockte wasen, was sie innerlich nicht haben. Daraus entstehen einige Liebeskomplimentationen. Die noch immer quistuierten Premierendbesucher der Kammerspiele nennen das ein modernes Sittenstück und freuen sich sehr. Ob die Freude berechtigt ist, wollen wir noch sehen. M. S.

Schwarzweißrote Tantiemejäger.

Der Pfandbriefamiskandal vor dem Stadiparlament. — Deutschnationale Geschäftemacher.

Großer Tag im Stadiparlament: Aussprache über den deutschnationalen Pfandbriefamiskandal und den Geschäftemacher Wege, dessen „Tüchtigkeit“ für die eigene Tasche die Stadtverordneten bereits mehr als einmal bejährt. Im Mittelpunkt der durch sozialdemokratische Initiative erzwungenen Debatte stand die großangelegte Rede des Sozialdemokraten Riese, der die feststehenden Methoden des deutschnationalen Herrn Stadtrats schon einmal, als es um die Müllabfuhr ging, enthüllt hatte. Damals sah Herr Wege sein Stadtverordnetenmandat, das ihm seine Freunde zuschanzen wollten, plötzlich wieder entschwinden. An der gestrigen sozialdemokratischen Rede dürfte Herr Wege auch wenig Freude haben. Die auflösende Behörde aber wird das vorgebrachte wichtige Material genau zu beachten haben! Kläglich die Verteidigungsrede des deutschnationalen Majors von Jedlin. Sellen haben sich die Deutschnationalen, die „Reiniger“ der Reichshauptstadt so blamiert wie gestern.

Die unter den deutschnationalen Direktoren Wege und Le Bisquit bei der Berliner Stadtschafftsbank und dem Pfandbriefamt vorgekommenen Unregelmäßigkeiten veranschaulicht, wie bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt, die sozialdemokratische Fraktion, in der Stadtverordnetenversammlung eine dringliche Anfrage einzubringen, die gestern vom Magistrat sofort beantwortet wurde. In der Anfrage wird der Magistrat gebeten, mitzuteilen, was ihn zur Meldung der Vorgänge in den Instanzen beim Oberpräsidenten veranlasste, ob er die zur Wiederherstellung geordneter Zustände ergriffenen Maßnahmen bekannt geben will und ob die Pfandbriefbesitzer Grund zu einer Beunruhigung haben müßten. Die Demokraten sprachen in ihrer Anfrage zur gleichen Sache von einer Pflichtverletzung durch die deutschnationalen Direktoren und von gefälschten Bilanzen; auch die Kommunisten hatten eine ähnliche Anfrage eingebracht. In der Begründung betonte

Stadtv. Riese (Soz.)

daß solche Kettenbildungen von Gesellschaften aller Art, wie sie jetzt wieder beim Pfandbriefamt beobachtet wurden, bereits vor Jahr und Tag bei der Müllabfuhrgesellschaft beobachtet werden konnten. Immer war es derselbe Mann, der seine Finger drin- tauchte hatte; überall, in allen Vorständen und Aufsichtsräten, tauchte derselbe Mann auf.

Es ist Herr Stadtrat a. D. und Stadtkämmerer Wege, Mitglied der Deutschnationalen Partei!

(Vehementes Härt, hört! bei den Soz.) Bei der Eröffnung der Goldbilanz war bei der Stadtschafftsbank ein Fehlbetrag von 600 000 Mark vorhanden, der folgendermaßen verschleiert wurde: 300 000 Mark rechnete man für die — Abnutzung der Möbel, weitere 300 000 Mark für die Abnutzung der Räume und 343 000 Mark für einen Vortrag auf Verwertung der Aktien des Pfandbriefamtes an der Börse. So verschwand der Fehlbetrag. Die Gründungen bei der Müllabfuhrgesellschaft sind der Ausgangspunkt für die Gründungen und Schließungen bei der Stadtschafftsbank gewesen — was Wunder, wenn Herr Wege stets dabei ist! Noch heute selbst die Müllabfuhrgesellschaft an ihren von Wege gegründeten Tochtergesellschaften, und es erhebt sich die Frage:

Ist Herr Wege für seine Transaktionen nicht persönlich regreppflichtig zu machen?

(Sehr richtig!) bei den Soz.) Beim Pfandbriefamt bezog Wege 9000 Mark jährlich an Zinsen, in der angeschlossenen Baugenossenschaft „Rosa und“ weitere 3000 Mark, und das, obwohl die Gesellschaft als gemeinnützig firmierte und mit Hauszinsermitteln arbeitete. Hier muß der Magistrat prüfen, wo die Berechtigung zu

solchen geschäftlichen Transaktionen und zur Entgegennahme so hoher Tantiemen durch die Aufsichtsräte genommen wurde. Riese fragt den Magistrat: Ist es richtig, daß

die Stadtschafftsbank bei 110 000 Mark Kapital 65 000 Mark an Tantiemen zahlte,

und ist es ferner richtig, daß bei 22 Angestellten nicht weniger als 10 Aufsichtsräte vorhanden waren? Es lag doch offenbar System im Zuschlagen dieser Posten und Verdienstmöglichkeiten.

Pfandbriefe gesichert!

Vom Magistrat erklärte Stadtrat Jurisch (D. Sp.) in längeren Ausführungen die etwas verzwickten Verhältnisse beim Pfandbriefamt und bei der Stadtschafftsbank. Von Unterschlagungen oder Vertretungen könne keine Rede sein. Es handele sich allerdings um

Vorgänge, über die man verschiedener Meinung sein könne. Um die Sicherheit der Pfandbriefamispapiere brauche niemand zu bangen, die Sicherheit bestehe in den erstgestellten Hypotheken, in den direkten Sicherheiten der Bank und letzten Endes in der Bürgschaft der Stadt. Das Pfandbriefamt hätte satzungsgemäß nach die Ausgabe und den Verkauf von Pfandbriefen zu bewerkstelligen, die auf erste Hypotheken eingetragen werden. Die Stadtschafftsbank ist eine Gründung des Pfandbriefamtes, für die allerdings eine Zustimmung des Magistrats vorlag, für die die Stadt aber keine Sicherheit übernehmen konnte, da sie außerhalb des Aufgabengebietes des Pfandbriefamtes lag. Solche Nebengründungen waren auch die Baugesellschaft „Rosa und“ und die Beteiligung an der Bank für Handel und Grundbesitz. Der Magistrat hat bereits vor Monaten die Geschäftsgebarung des Pfandbriefamtes und der Stadtschafftsbank kontrolliert und hat beim Oberpräsidenten beantragt, dem Pfandbriefamt die Beteiligung an der Bank,

Neue Mordtat!

Ein Greis auf viehische Weise umgebracht. — Der seltsame Besucher.

Die endlose Kette der Verbrechen in den letzten Monaten ist abermals um einen neuen gräßlichen Mord an einem 80jährigen Greis vermehrt worden. Noch ist die furchtbare Mordtat vom Mittwochabend, deren Opfer der Geschäftsführer des Mercedes-Palastes in Neukölln Schmoller geworden ist, nicht geklärt, und schon wieder ist im Norden Berlins, im Hause Heinrich-Roller-Straße 19, ein bestialisches Verbrechen entdeckt worden. Das Opfer ist der 80jährige Kaufmann Jakob Freudenheim, der im ersten Stockwerk des Gartenhauses eine aus Stube und Küche bestehende Wohnne inne hat. Der Greis wurde gestern, nur notdürftig bekleidet, erstochen aufgefunden. Die Leiche wies nicht weniger als elf Stiche auf.

Der Mörder hat sein Opfer in geradezu viehischer Weise umgebracht; zu der Tat muß ein siletartiger Dolch benutzt worden sein. Zweifellos handelt es sich auch in diesem Fall wieder um einen Raubmord. Der alte Mann hauste allein in seiner Wohnung. Täglich kam eine Aufwartefrau, die den Haushalt in Ordnung hielt. Freudenheim hat einen Sohn, der in Buenos Aires als Großkaufmann lebt. Von ihm erhielt er regelmäßig 200 Mark monatlich gefandt, die letzte Geldsendung war zu Anfang Januar eingetroffen. Außerdem bezog der Greis von der Stadt eine Unterstützung von 30 Mark. Da er sehr sparsam lebte, wird angenommen, daß er vielleicht über einige hundert Mark Ersparnisse verfügte. Als die Aufwartefrau am Donnerstag zur gewöhnlichen Stunde erschien, fand sie keinen Einlaß. Da die Jalousien nicht hochgezogen waren, ahnte die Frau gleich nichts Gutes und benachrichtigte den Pförtner des Hauses, der eine Leiter anlegte, die Scheibe eindrückte und in die Wohnung einstieg. Der Pförtner, der den alten Mann regungslos in einer Blutlache liegen sah, alarmierte sofort die Polizei. Die Kommissare Werneburg und Quoh trafen alsbald in der Wohnung ein, und bei der näheren Besichtigung der Leiche stellte sich heraus, daß der Greis durch zahlreiche Stiche getötet

worden war. Spuren eines Kampfes waren nicht zu entdecken. Der mörderische Anschlag muß völlig überraschend erfolgt sein.

Ein verdächtiger junger Mann.

Nach Behauptungen von Hausbewohnern ist Freudenheim am Mittwoch zwischen 18.30 und 19 Uhr, als er mit einem jungen Mann im Haustor stand, das letztmalig gesehen worden. Der Greis war nur mit Oberhemd, Hose und Filzpantoffeln, so wie er auch später ermordet aufgefunden wurde, bekleidet. Eine Frau hat beim Vorübergehen gehört, wie Freudenheim zu dem Fremden sagte: „Kommen Sie zu mir mit hinaus.“ Beide gingen dann zusammen ins Haus. Dieser Fremde, dessen Alter auf etwa 18 bis 25 Jahre geschätzt wird, kommt aller Wahrscheinlichkeit nach als Mörder in Frage. Er trug einen schwarzen Mantel und einen schwarzen steifen Hut. Lieber die Höhe der Summe, die der Täter erbeutet haben muß, hat sich noch nichts Genaues feststellen lassen. Der Täter konnte sich nach dem Mord unbemerkt entfernen. Die Wohnungs- und Haustürschlüssel muß der Bürsche mitgenommen haben, denn sie sind in der Wohnung nicht gefunden worden.

Wie weiter ermittelt wurde, war der alte Mann sehr zurückhaltend und empfing äußerst selten Besuche. Um so seltsamer mutet es an, daß er am Mittwochabend den jungen Mann aufsuchte, mit ihm hinaufzugesam. Bei der Zurückhaltung, die der Greis Fremden gegenüber zu zeigen pflegte, geht man wohl nicht fehl in der Vermutung, daß Freudenheim den jungen Mann zum mindesten oberflächlich gekannt haben muß.

1000 Mark Belohnung!

Die Kriminalpolizei vermutet, daß der Greis die Schlüssel in Gegenwart des Besuchers öffnete, um ihr Geld zu entnehmen. Vielleicht hat der Täter mehr gefordert, als der Greis ihm geben wollte. Im Streit darüber hat der Mörder dann spontan zur Waffe gegriffen. Die Verwalteten schätzen, daß dem Mörder etwa 400 bis 500 Mark in die Hände gefallen sind. Für Mitteilungen aus dem Publikum, die zur Aufklärung des Kapitalverbrechens beitragen können, ist vom Polizeipräsidenten eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

W. Seemann U. Wöhle
Unternehmer...

Dagegen hatte er den Kummer, daß sein Geheimfach mit Devisen, das bisher in seinen Augen als sein Hauptvermögensbestandteil gegolten hatte, im Vergleich mit den anderen Werten zu einem recht nebensächlichen Objekt geworden war. Doch er tröstete sich rasch; angesichts der Tatsache, daß er, gemessen an dem namenlosen Ruin anderer, geradezu als Krösus aus der verrücktesten Wirtschaftsepoche der Welt hervorgegangen war. Und, was nicht gering anzuschlagen war, seine Familie hatte nicht gehungert, hatte nicht gedarrt, hatte nicht die letzte Kraft hergegeben wie ungezählte Millionen Volksgenossen. Zwar besaß er für den Augenblick keine nennenswerten Barmittel. Doch das war ein Schönheitsfehler, dem verhältnismäßig leicht abzuhelfen war. Er brauchte ja nur zu realisieren. Die vier Häuser, darunter der riesige Komplex mit dem Fabrikgebäude, die umfangreichen Lager mit den Materialien, die seinen Betrieb auf Jahre hinaus versorgen konnten, die großen Aktienwerte einer Metallwarenfabrik, ganz abgesehen von seiner luxuriösen Wohnung, dem Jagdwagen, den Lieferautos und hundert anderen „Nebensächlichkeiten“, das alles würde ein so beträchtliches Kapital erbracht haben, daß er sich damit bequem hätte zur Ruhe setzen können. Aber er fühlte das Bedürfnis dazu noch nicht. Im Gegenteil, sein etwas behäbiger Körper sehnte sich nach neuer geschäftlicher Betätigung. Die Rasenmaschine in seinem Schädel war noch immer nicht zur Ruhe gekommen.

So erschien er denn eines Tages wieder früh in der Fabrik. Sandow und die beiden Werkmeister wunderten sich nicht wenig. Schnell machten sie sich an irgendwelchen Holzstücken zu schaffen. Doch er mußte, daß das nur Verlegenheitshandgriffe waren. In Wirklichkeit war ja keine Arbeit da. Auch die wenigen Bestellen, die wie kleine Pünktchen in den großen Räumen auftauchten und verschwanden, stauten, doch Sandow so freundlich grüßte und überhaupt hier war,

Ludwig winkte Sandow in das Kontor, wo jetzt die Witwe in den auch nicht kleinen, durch Glaswände voneinander getrennten Räumen untätig allein saß und sich mit Nähen die Zeit vertreibt. Sandow schob gemächlich seinen dicken Bauch vor sich her und setzte sich in aller Gemütsruhe neben seinen aufgeregten und im höchsten Grade nervösen Chef. „Was gibts?“ „Sandow, es muß wieder anders werden hier! Die Säle sollen wieder voller Leute stehen. Die Maschinen rosten ja ein, wenn das so weitergeht. Zum Teufel, ich mache einfach bankrott!“ Der dicke Betriebsfeldwebel, der vielleicht vom Frühaufstehen noch müde war, sah seinen Chef boshaft lächelnd aus zusammengekniffenen Augen an, riß den Mund auf, als wolle er gähnen, und sagte: „Huch ja!“ „Was sagst du?“ fragte Ludwig, ihn strafend anblickend. „Nichts, Ludwig! Was soll ich gesagt haben. Ich habe doch hier nichts zu sagen!“ „Mir scheint, du bist auch sehr faul geworden, mein Lieber!“ Sandow sagte nichts, sondern zuckte nur mit den selten Achseln. Aber er konnte es sich nicht verkneifen, wieder einen seiner boshaften Blicke auf Ludwig zu richten. Das war genau so viel wert, als wenn er laut heraus deklamiert hätte: Du, lehre vor deiner eigenen Tür! „Na ja, also, die Bude muß wieder voller Leute stehen, verstanden?“ „Verstanden schon!“ lachte Sandow. „Aber hast du Arbeit?“ Ludwig schüttelte heftig den Kopf: „Nichts ist da. Aber aus dem Nichts werde ich wieder etwas schaffen!“ Sandows breiter Oberkörper kam ins Wiegeln. Er sah seinen Chef misstrauisch an, als habe er ihn im Verdacht, nicht mehr ganz nüchtern zu sein. „Ludwig, ich sage es dir paß auf! Wenn du's sonst auch immer geschafft hast! Aber jetzt, in dieser Zeit, wirst du bestimmt auslaufen und kentern. Wir haben offene Kasse, stehen mitten drin in der Deflation. Geld ist rar geworden, niemand hat welches. Kannst du denn das alles nicht übersehen?“ „Nach dir keine Sorgen, Sandow. Es muß gehen! Es wird gehen! Ich will Hans heißen, wenn ich's nicht schaffe. Meine Leitfähe: einfache Form, billigste Herstellung, nur Sachlichkeit.“

Acht Tage später glück das Herrenzimmer seiner Wohnung einer Zeichenausstellung. Hausenweise lagen Zeichnungen und Entwürfe auf dem Tisch, über den Stühlen, auf dem Fußboden ausgebreitet, vom Bücherschrank herabhängend. Mia und Isha stühten einen Imbiß und Kognat auf. Bald war die anberaumte Konferenz in bestem Gange. Ludwig hatte seinen Sohn an diesem Vormittag festgehalten, Sandow und die beiden tüchtigen Werkmeister waren zugegen. In kurzen Worten erklärte er, worauf es ihm in der Hauptsache ankomme. Es sollte etwas vollkommen Neues auf den Möbelmarkt geworfen werden. Etwas, das den Geschmack ligelte und die Kauflust anregte. Dann begann das Ansehen der Entwürfe, die ungefähren Berechnungen, der Ansichten austausch. Bald war eine lebhafteste Debatte im Gange. Ludwig hielt sich vollkommen zurück und horchte nur auf die Meinung der anderen. Alles ging zunächst wie durcheinander Meinung stand gegen Meinung, und zwar unter Einwirkung des guten Frühstückskognats sehr laut. Aber schließlich kristallisierte sich die Anordnung und es wurden acht Musterzimmer ausgewählt, die für Massenherstellung in Betracht kamen. Damit war das Wichtigste geschafft. Ludwig setzte sich sofort mit Sandow hin und kalkulierte die Zimmer durch. Franz, der die Arbeit der Beiden aufmerksam verfolgte, kam bald dahinter, daß selbst diesen erfahrenen Fachmännern Fehler unterliefen, indem sie manche Posten nicht scharf genug rannahmen. Er machte im Anschluß an ihre Berechnungen eine Radkalkulation und sah seinen Ehrgeiz darin, dem Vater zu beweisen, wie die neue Schule es fertig brachte, das größtmögliche Maß von Wirtschaftlichkeit in den Arbeitsprozess zu tragen. Der Vater staunte über die Endsummen, die sein Sohn errechnete, lobte ihn, verhielt sich aber zweifelnd und abwartend; „denn“, sagte er, „lieber Junge, du bist mir Theoretiker. Meine Kenntnisse und die Sandows sind dagegen praktischer Art!“ Indessen stritten sie sich nicht, sondern die Arbeit begann. Ludwig wich nicht mehr aus der Fabrik. Er ließ alle seine Jongleurkunststücke spielen, um die acht Musterzimmer innerhalb von vierzehn Arbeitstagen fertiggestellt zu wissen. Er war wieder in seinem Element, tauchte unter in Arbeit und hatte den Ehrgeiz, zu beweisen, daß er immer noch der alte rüstige Schwimmer war.

(Fortsetzung folgt)

an „Klauf und an der Stadtschaftsbank zu untersagen! (Lebhaftes: Hör, hört!) Beantwortet wurde auch die Verschleierung der 60000 Mark als Fehlbetrag bei der Goldmarkbilanz. Die vom Genossen Niese bekanntgegebenen Zahlen über die Tantiemen an die Aufsichtsräte bestätigte Jursch in vollem Maße. (Stürmische Juraufe: Stadts. Steiniger (Dnat.) war also auch dabei!)

Jedlin's Mohrenwäsche.

Zu der Aussprache unternahm Stadts. v. Jedlin (Dnat.) eine Mohrenwäsche an seinem Parteifreund Wege und den anderen deutschnationalen Leuten in den Bankinstituten. Selbstverständlich nahm er für Wege in Anspruch, nach Belieben in Aufsichtsräte einzutreten zu können, soweit er wolle. Besondere Aufsichtsräte seien eigens für Wege nicht gegründet worden. (!!!) Von der ganzen Angelegenheit bliebe nichts übrig als der Wunsch gewisser Parteien, Skandal zu machen. (Lebhafte Proteste bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.) Die doppelte Moral der Deutschnationalen enthüllte v. Jedlin, als er dem Magistrat Beunruhigung der Bevölkerung vorwarf, indem der Magistrat eine Darstellung der Vorgänge durch das Nachrichtenamt der Öffentlichkeit übermittelte. Sonst schreien gerade die Deutschnationalen bei jeder Gelegenheit nach Klarheit und Wahrheit und fordern in vielen Anfragen Aufklärung über die verschiedensten Vorkommnisse in der Stadt.

Peinliche Fragen!

Dann nahm Stadts. v. Jedlin (Soz.) noch einmal das Wort: Herr v. Jedlin hat uns hier hohe Moralpredigten und allerhand Geschichten erzählt, aber er hat nichts Positives vorgebracht. Deshalb stellen wir jetzt diese ganz konkreten Fragen an die Deutschnationalen: Warum ist die Stadtschaftsbank vom Pfandbriefamt überhaupt gegründet worden? Es lag dazu nicht der geringste Anlaß vor, denn der Betrieb von Pfandbriefen konnte ebensogut von einer Abteilung des Pfandbriefamtes vorgenommen werden. War nicht bei der Gründung die Aufsicht auschlaggebend, Aufsichtsratsposten für Deutschnationalen zu schaffen? Wir fragen weiter: Wie kam das Pfandbriefamt dazu, eine Bürgschaft in Höhe mehrerer Millionen für die Stadtschaftsbank zu übernehmen? Der Herr v. Jedlin hat seinen Parteifreund Wege mit so berechneten Worten als einen tüchtigen Finanzfachmann hingestellt; wir machen aber Wege zum Vorwurf, daß er systematisch Gründungen vorgenommen hat,

nur um Aufsichtsratsposten einzunehmen zu können!

Das war früher bei der Rückführungsgesellschaft der Fall, wo gänzlich unnötige Tochtergesellschaften gegründet wurden und wo sich Wege ebenfalls in die Aufsichtsräte wählen ließ. Damals hat es Herr Wege, obwohl er noch aktives Magistratsmitglied war, in einem Schiedsgericht für seine eigene Gesellschaft und gegen den Magistrat ausgesprochen. (Lebhaftes Hör, hört! bei den Soz.) Mit das die Tüchtigkeit und Geschäftlichkeit des Herrn Wege? Heute hat sich Herr v. Jedlin so sehr über die Angriffe linksstehender Blätter beschwert; aber haben nicht dieselben Deutschnationalen während des Sklaref-Skandals die allerstimmigsten Revolverblätter als Kronzeugen gegen die Sozialdemokratie angeführt? Den deutschnationalen Direktoren ist insbesondere zum Vorwurf zu machen, daß sie entgegen den klaren Bestimmungen der Statuten des Pfandbriefamtes Aufsichtsratsposten in privaten Instituten annahmen. Es ist nicht wahr, daß die Baugenossenschaft „Roland“ eine Gründung der Stadtschaftsbank ist. Sie ist von einer privaten Baufirma ausgegangen und von der Stadtschaftsbank erst übernommen worden, als die private Baufirma nicht mehr weiter konnte.

So schuf man auch hier Aufsichtsratsposten mit fetten Tantiemen!

Man scheute sich dabei nicht, ganz im Gegensatz zu früher beschuldigten Sozialdemokraten, die für solche gemeinnützige Tätigkeit nicht einen Pfennig annahmen, aus der Baugenossenschaft „Roland“ gute Nebeneinkünfte zu ziehen. Genosse Niese sagte den Deutschnationalen dann noch gehörig die Meinung, weil Herr v. Jedlin es nicht verschmäht hatte, den sozialdemokratischen Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, Brolat, und sein angeblich großes Gehalt in die Debatte zu ziehen. Die Deutschnationalen verschämten es nicht, so sagte Niese, nur immer auf Brolat herumzuweisen, während der deutschnationalen Direktor der BVG, Herr Lötke, ein Gehalt von 300 000 M. bezog, also das Mehrfache von dem, was der Sozialdemokrat erhielt. Niese bezeichnete es als Heuchelei, wenn die Deutschnationalen jetzt von einer Kreditbedingung durch die öffentliche Diskussion über die genannten Vorkänge sprechen. Beim Sklaref-Skandal hatten jedermanns die Deutschnationalen diese Bedenken nicht. Da wurde lustig darauf losgehauen, ohne Rücksicht auf den ungeheuren Schaden, den man der Stadt damit zufügte. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

„Der Angeklagte hat das Wort!“

In der fortgesetzten Debatte sprachen dann noch die Stadts. Caspari (Komm.) und Steiniger (Dnat.), bei dessen Erläutern

Wiesie Herrn Tausend aufsaßen.

„Wir standen vor dem Meister stramm.“

München, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Im Prozeß gegen den „Goldmacher“ Tausend ergaben die Zeugen Aussagen des gestrigen Tages, daß Ludendorff und seine Gefolgsleute den stärksten Glauben zu dem Experimentator hatten. Sie bewunderten und verehrten ihn als „Meister“.

Als Zeuge wurde zunächst Heinz Berner, kaufmännischer Angestellter in Berlin, der Stiefsohn des Generals Ludendorff, vernommen. Dieser bekundet, daß er im April 1926 von seinem Stiefvater, General Ludendorff, den Auftrag erhalten habe, mit Tausend in Verbindung zu treten, um dessen Erfindungen näher zu prüfen. Er habe sich dann in Bremen Tausend und seine Mitarbeiter näher angesehen. Zunächst habe er gegen alle ein Mißtrauen gehegt. — Vorf.: Sie haben also gewußt, daß es sich um die Goldsache handelte? — Zeuge: Ja, wohl. Ich habe mir von Tausend wiederholt Versuche vorführen lassen und sie sind alle durchaus einwandfrei verlaufen. Ich habe nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür gefunden, daß Tausend irgendwelche Manipulationen anwandte und vielleicht Gold einzuschmuggeln versuchte. Im ganzen hat der Zeuge etwa 40 bis 50 Versuche mitgemacht. Die Größe der erzielten Goldmengen habe gewechselt. — Vorf.: Aber in der Regel war es doch nur Stiegnadelgröße? — Zeuge: Nein, das Ergebnis bei Tausend war stets viel größer. Ich selbst habe auch wiederholt Versuche selbständig gemacht, und mir ist es nur gelungen, Stiegnadelgroße Proben zu erzielen, während die Ergebnisse Tausends, der natürlich über große Erfahrungen verfügte, erheblich größer waren. — Vorf.: Haben Sie das erwonnene Goldprodukt, das Sie herausbrachten, analysieren lassen? — Zeuge: Ja, wohl, es ist einwandfrei als Gold festgestellt worden. — Vorf.: Welche Stellung nahmen Sie zu der Tausendschen Erfindung ein? — Zeuge: Ich habe keinen Beweis, daß Tausend betrogen hat.

Vorf.: Hatten Sie eine Anstellung bei Tausend? — Zeuge: Ja, als Mitarbeiter mit 400 und später mit 500 Mark Monatsgehalt.

Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge zu, daß Tausend einmal geküßert habe, er sei jetzt bei der Kilogrammproduktion angelangt, und ein anderes Mal, daß er hundert Kilogramm in seinem Depot liegen habe.

auf der Tribüne Juraufe erhalten: „Der Angeklagte hat das Wort!“

Er meinte, wenn man Konzernbildungen beim Pfandbriefamt zuließ, so müßte man sie auch im Aufsichtsrat aufnehmen. Er bestätigte, daß die Deutschnationalen bei der Verteilung ganz unter sich waren. Der Redner gab auch zu, daß das Pfandbriefamt allein, ohne die Stadtschaftsbank, die Pfandbriefe hätte handeln können. Eine völlige Aufklärung erwartete Steiniger durch eine gerichtliche Behandlung der Angelegenheit. Ueber keine Aufschlüsselung und alles, was damit zusammenhängt, schweig sich der Redner aus. Schließlich sprachen noch die Stadts. Eng (Dem.) und Caspari (D. Sp.).

Scholz über den Repräsentationsfonds.

In der Erledigung der Tagesordnung wurde die Verschmelzung, Umwandlung und Auflösung einer Anzahl höherer Schulen beschlossen. Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betreffend die Art der Veranschlagung des Repräsentationsfonds gab dem Bürgermeister Scholz Gelegenheit, folgendes zu bemerken: Die im Etat eingezeichneten 75 000 Mark für Repräsentationszwecke seien für eine Biermilionenstadt wirklich nicht erschütternd hoch gewesen. Sie werden im laufenden Etatsjahr zwar verbraucht werden, doch wird eine Ueberschreitung kaum eintreten. Ein Drittel des Betrags sei allein für die Beteiligung an der von Reich und Staat veranstalteten Verfassungsfeier verausgabt worden. Es blieben also nur noch für rein städtische Zwecke 50 000 Mark. Selbstverständlich unterbleiben in der gegenwärtigen Zeit alle Empfänge und Repräsentationen. Allerdings wird sich dieser Mangelstand in einer Fremdenstadt, wie Berlin es ist, auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Zuvor hatte Genosse Blato u. sein Betremm darüber ausgedrückt, daß für die wenigen Empfänge 75 000 Mark ausgegeben worden seien. Die Einschränkungen sind nicht zuletzt auf die Einwirkungen der sozialdemokratischen Fraktion zurückzuführen. Die immer wieder weitestgehende Einschränkung forderte. Blato richtete einen dringenden Appell zu weiterer Sparsamkeit an den Magistrat.

Schluß der Sitzung um 22 Uhr.

Der nächste Zeuge, Kaufmann Siremei aus Köln, schildert eingehend einen vor Mannesmann und Ludendorff in München vorgeführten Versuch. Herr Mannesmann habe in einer Münchener Handlung Blei gekauft und aus diesem Blei sei ein Stück herausgeklopft und Tausend übergeben worden. Unter Aufsicht der Anwesenden sei das Blei in den elektrischen Schmelzofen gelegt worden. Das Ergebnis dieses Versuches war ein Stück Gold so groß wie ein Fingerringel. — Vorf.: Sie waren wohl erfreut darüber?

Zeuge: Erfreut? Ich war erschütter! Mir wurde kalt, als ich das gesehen habe. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Die Erfindung erschien mir als etwas Wahnsinniges. Der Vorsitzende richtet an den Zeugen Siremei die Frage, ob es richtig sei, was in der Voruntersuchung von verschiedenen Personen bekundet wurde, daß die Frau Tausends sehr große Geldausgaben machte und vielleicht indirekt zu seinen Betrügereien den Anlaß gegeben habe. Der Zeuge erklärt, daß Frau Tausend allerdings größere Ausgaben machte, während Tausend in seiner ganzen Lebensführung außerordentlich bescheiden war. Die Frage, ob ihm die Privatabmachung zwischen Ludendorff und Tausend bekannt war, bejahte der Zeuge. Tausend habe Ludendorff sämtliche Erfindungen zur Verfügung gestellt. Der Zeuge bestätigt ferner, daß die Ziele des Vereines idealistischer, vaterländischer Natur gewesen seien, daß allerdings auch einzelne Mitglieder von Gewinn suchend gewesen waren. Tausend habe sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß die Erfindung keineswegs zur Bereicherung von Leuten beitragen sollte. Gegen zwei Mitglieder, die ständig auf einen Gewinn hofften, habe Tausend den Ausschluß beantragt und gleichzeitig ersucht, daß deren Geldanlagen sofort bar ausbezahlt werden sollten. — Vorf.: Wie war denn die Stimmung, als es hieß, keine Erzeugung verläßt das Schiff? — Zeuge: Alle Herren standen auf dem Standpunkt, daß nun die eingezahlten Gelder verloren seien. Schließlich gab der Zeuge noch eine Schilderung, wie die Mitglieder der Gesellschaft sich gegenüber Tausend benommen hätten.

Tausend sei nur als Meister angerechnet worden, und fast alle Leute hätten vor Tausend stramm gestanden.

Die Verhandlung wurde dann auf Freitag vormittag vertagt.

Eine Spur in Neufölln!

Der Mörder ist gefahren worden. — Die Flucht über die Bühne.

Aus der großen Zahl der Vermutungen und Verdächtigungen, die bei dem Mord an dem Geschäftsführer des Mercedes-Palastes zulage traten, ist jetzt eine bestimmte Spur gefunden worden.

Kurz vor dem Auffinden der Leiche des ermordeten Schmoller ist von dem Beleuchter, dem Orgelspieler und einem Page ein Mann beobachtet worden, der im Hintergrunde über die Bühne lief. Der Page sah, wie der Fremde einen eisernen Rotausgang öffnete, sich hindurchzwängte und die Straße betrat. Der junge Mann, der ein Mitglied der Bühnenschaubörse zu haben glaubte, das nach Hause gehen wollte, ließ hinterher, um den Mann wegen des verursachten Lärms zurechtzuweisen. Als der Fremde merkte, daß man ihm folgte, beschleunigte er seine Schritte. Nach etwa 50 Metern gab der Page die Verfolgung auf und kehrte auf seinen Posten zurück. Dieser geheimnisvolle Fremde ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Mörder. Er wird folgendermaßen beschrieben: 1,68 bis 1,70 Meter groß, hatte dunkles, nach hinten gekämmtes Haar und trug einen graubraunen Wollmantel, dessen Gürtel offenbar ein Lederriemen war, denn er trat dunkler als der Mantelstoff hervor. Nach diesem Mann wird von der Polizei eifrig gefahndet. Als wichtiger Zeuge wird außerdem noch ein junger Schauspieler namens Weiß aus Neufölln gesucht, der einer der letzten war, der mit dem Ermordeten sprach und wegen Freizeiten mit Schmoller eine Auseinandersetzung hatte.

Inzwischen sind auch die von Schmoller geführten Kassenbücher kontrolliert und in Ordnung befunden worden. Danach hat der Mörder genau 906 Mark erbeutet.

Diesem Mann

gehört wohl am meisten Ruhm, denn er ist der Pionier der Wohlmut-Heilbehandlung Tausende von Anhängern verdanken diesem seit 30 Jahren bestehenden Heilverfahren ihre Wiederhergesundheit.

Lassen auch Sie sich an untenstehenden Tagen über unseren vor zwei Wochen mit Begeisterung aufgenommenen Radio-Vortrag von Dr. med. Wanschelko tenos aufklären.

Gutschein

über eine

kostenlose ärztliche Beratung

und Probenanwendung mit Wohlmut's Feinstrom-Galvanisator

In der Potsdamer Straße 22b (Potsdamer Brücke) am Freitag, dem 23. Januar, Sonnabend, dem 24. Januar und Montag, dem 25. Januar von 10 bis 7 Uhr.

Name: _____

Wohnung: _____

Es ist mir nicht möglich, in der angegebenen Zeit zu Ihnen zu kommen. Ich bitte daher um Uebersendung Ihrer aufklärenden Broschüre.

So urteilen die Anhänger u. Geheilten des Wohlmut-Heilverfahrens

Beschwerden der Wechseljahre.



Wegen hochgradiger Nervosität Schlaflosigkeit, Blutandrang nach dem Kopf und oft unerträglicher Kopfschmerzen kaufte ich mir Ihren Wohlmut-Apparat. Ich kann Ihnen zu meiner großen Freude mitteilen, daß ich bei den obengenannten Leiden einen ganz hervorragenden Erfolg erzielt habe. Alle Erscheinungen haben sich derart gebessert, daß ich kaum noch Beschwerden habe. Ich werde den Apparat fleißig weiterbenutzen und meine Bekannten empfehlen.

Hochachtungsvoll
Potsdam, den 12. 12. 29, Marienstraße 12.
gez. Frau Liero.

Rheumatismus.



Der mir von meinem Schwiegervater Herrn Karl Schwarz zur Verfügung gestellte Wohlmut-Apparat (Form IV) hat sich in fünf Monaten längend bewährt. Mein Rheumatismus, welchen ich mir im Fe de zugezogen habe, ist durch tägliche Sitzungen von 15 Minuten Dauer in diesen paar Monaten vollständig verschwunden. Auch leichtes Schwindelanfälle haben sich durch tägliche Sitzungen von 10 Minuten Dauer vollständig verloren.

Hochachtungsvoll
Berlin-Charlottenburg, den 3. 12. 29.
Wilmersdorfer Straße 151.
Ono Staub, Mag.-Beamter.

Herzneurose und Schlaflosigkeit.



Meine Frau leidet seit Jahren an einer erblichen Herzneurose und seit etwa anderthalb Jahren an Schlaflosigkeit und starken Kopfschmerzen verbunden mit Haarausfall. Medikamente hielt ich wegen der Herzneurose nicht für angebracht. Im Januar dieses Jahres hatte meine Frau Gelegenheit, einen Wohlmut-Apparat zu benutzen. Schon nach kurzer Zeit konnte ich eine wesentliche Besserung feststellen. Die Schlaflosigkeit ist vollständig beseitigt, die Kopfschmerzen sind nach Allgemein- und Kopfsitzungen auch völlig verschwunden ebenso der damit verbundene Haarausfall. Auch die Herzbeschwerden sind wesentlich gebessert worden.

Krakow i. Meckl., 13. April 1930
Dr. med. Maurer.

Arterienverkalkung.



Ich kann mit gutem Gewissen Ihnen hierdurch bescheinigen, daß mir Ihr Wohlmut-Apparat in kurzer Zeit (etwa 2 Monate) ausgezeichnete Dienste getan hat. Ich war selbst erstaunt, daß ich von meinen oftmals kaum erträglichen Schmerzen so schnell durch Ihren Apparat befreit wurde. Noch erfreulicher ist es, daß die Heilung keine vorübergehende, sondern eine bleibende ist, denn selbst wechselnde Witterung kann mir nichts mehr anhaben.

Auch mein Mann, der an Arteriosklerose leidet, ist seit Gebrauch Ihres Apparates bedeutend frischer und lebensfroher.
Hochachtungsvoll
Potsdam, den 11. 12. 29.
Frau M. Oeriel,
Berliner Straße 14.

Ischias und Rheumatismus.



Da ich seit mehreren Jahren infolge Rheumatismus und Ischias nur an zwei Stöcken lauten konnte, legte ich mir im Jahre 1926 einen Wohlmut-Apparat zu. Nach vierwöchiger Gebrauch hatte ich bereits Linderung meiner Schmerzen, nach 3 Monaten konnte ich an einem Stock gehen und nach weiteren 3 Monaten bedurfte ich keines Stockes mehr. Da ich den Apparat immer im Betrieb habe, merke ich so gut wie nichts mehr von meinem Leiden, kann also mit gutem Gewissen von einem wirklichen Dauererfolge sprechen, da seit Beginn der Kur über drei Jahre vergangen sind. Ich bin Ihnen dankbar für die weitgebrachte Heilung und kann den Apparat wärmstens empfehlen.

Otto Fröhlich, Gastwirt.
Berlin-Weißensee, den 9. 12. 1929.
Charlottenburger Straße 20, III.

Schlaganfall.

Im April 1929 hatte ich einen Schlaganfall mit einer linksseitigen Lähmung. Zwei Monate später kaufte ich mir einen Wohlmut-Apparat und habe täglich nach den Kurvorschriften gelebt. Schon nach kurzem Gebrauch fühlte ich eine Besserung, und die Lähmung ring langsam vom Arm und Bein zurück. Nach 4jährigem Gebrauch war ich vollkommen hergestellt und fühlte mich sehr wohl. Von der Lähmung ist nichts zurückgeblieben. Ich bin sehr froh darüber und spreche der Firma meinen besten Dank aus.

Berlin, d. 7. 11. 30.
gez. Frau Marie Moewes,
Christinenstraße 31.

Vorsicht, Salzsäure!

Ein sonderbarer Zwischenfall in der Stubenrauchstraße.

Ein eigenartiger Anfall ereignete sich gestern vormittag in der Stubenrauchstraße in Schöneberg.

Auf einem Fuhrwerk mit Salzsäureballons war, ohne daß der Führer etwas merkte, ein Behälter undicht geworden, die gefährliche Säure lief langsam von dem Wagen herunter und hinterließ mitten auf dem Fahrdamm eine breite Spur, von der Rauch aufstieg, und die sich zu einer regelrechten Sperre der Straße entwickelte. Weder Passanten noch Fahrzeuge trauten sich, den gefährlichen Säurestreifen zu passieren. Kurz vor der Ede Kaiser-Friedrich-Straße plachte dann der schadhafte Säureballon vollständig, so daß sich eine große Säurelache auf der Straße bildete.

Die alarmierte Feuerwehr mußte längere Zeit den ganzen Fahrdamm auf einer Strecke von mehr als 500 Metern gründlich mit Wasser abspülen, um die Salzsäure zu entfernen. Vorsichtshalber wurden denn auch die fraglichen Stellen des Pflasters dicht mit Sand bestreut, damit etwaige Säurerückstände keinen Schaden mehr anrichten konnten.

Grippe im Abflauen!

Keine Bettentot! — Langsames Abnehmen der Epidemie.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Da verschiedene Pressenachrichten Zweifel darüber äußern, ob der Bedarf an Betten für Grippekrante in Berlin ausreichend gedeckt sei, wird mitgeteilt, daß bisher noch der Städtische Bettennachweis in allen Fällen, in denen an ihn herangetreten wurde, freie Betten für Grippekrante hat nachweisen können. Die Behörden sind darum bemüht, daß dem Bettenbedarf auch weiterhin unter allen Umständen entsprochen werden kann. Im übrigen deuten gewisse Anzeichen darauf hin, daß die Zahl der Neuzugänge an Grippekranten in Berlin seit dem 20. dieses Monats im Abnehmen begriffen ist.

Hierzu teilt das Hauptgesundheitsamt noch mit: Da genügend Heferbetten in Betrieb genommen worden sind, bestehen keine Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Kranken. So waren allein in den Städtischen Krankenhäusern täglich rund 500 Betten für innerlich Kranke frei, trotzdem sich seit Weihnachten der Gesamtkrankenbestand in diesen Anstalten um rund 2500 Patienten vermehrt hat. Zur Betreuung dieser Kranken mußten rund 600 Pflegepersonen neu eingestellt werden.

Krawalle vor einer Oberrealschule.

Vor der 6. Oberrealschule in der Schöningstraße 17 kam es gestern mittag zu kommunistischen Ausschreitungen. Schon in den Morgenstunden hatten die Kommunisten, die vor der Anstalt Aufstellung genommen hatten, versucht, Werbezettel ihrer Parteien an die Schüler zu verteilen. Als dem Direktor der Oberrealschule dies zu Ohren kam, ging er selbst hinunter und verbot den

Kommunisten die Verteilung von Zetteln vor der Schule. Als er dann mittags nach Schulschluss in Begleitung eines Lehrers das Schulgebäude verlassen wollte, sah sich der Direktor plötzlich von einer Anzahl Burschen umringt und bedroht. Noch bevor es zu ernstern Ausschreitungen kam, war Polizei zur Stelle, die neun Kommunisten, die noch ihr Werbematerial für die Schüler bei sich hatten, festnahm und der Abteilung IA einliefernte.

Selbstmord in der Autodroschke.

Im eigenen Wagen durch Drydgas vergiftet.

Auf sonderbare Weise verübte gestern der 46jährige Taxenbesitzer Paul Bittner aus der Bahnstraße in Schöneberg Selbstmord.

In der Garage in der Raumannstraße 35 wurden gestern Autobesitzer auf ein langanhaltendes Motorengeräusch auf-

Funkwinkel.

Die ersten Sendungen aus dem neuen Funkhaus, Ausproben der Akustik ist an diesem Tage die Hauptsache. Darauf scheint das Programm eingestellt zu sein. Drei Veranstaltungen verschiedener Art demonstrieren die Klangwirkung. Der Hörer darf zufrieden sein. Der Ton kommt klar und schönerumdet heraus, besonders bei der Kammermusik. Die Streichinstrumente entwickeln ihren prachtvollen Klang. Ebenso gesteigert erscheint die Wirkung bei der „Zeitgemäßen Unterhaltung“. Wenn die Abendsingen, ist jede Stimme klar zu unterscheiden und scharf profiliert. Ganz füllig klingt das Klavier. Der Ton ist jetzt viel plastischer. Inhaltlich kann man nur zu dieser Veranstaltung sagen, jede Zeit hat die Unterhaltung, die sie verdient. Grotit am laufenden Band, geistlose Spielereien, dumme Chansontexte, an denen ein halbes Dutzend Männlein gearbeitet haben, eine Musik, mit der wenig anzujagen ist, bleiben die traurigen Wertzeichen. Abends ein großes Orchesterkonzert unter Bruno Seidler-Winkler. Vorher spricht der Rundfunkkommissar Dr. Hans Bredow. Er gibt eine Schilderung des Gebäudes und teilt mit, daß die arößeren Aufführungen sehr vor Publikum stattfinden sollen, wobei man die Erwerbslosen berücksichtigen will. Das Konzert, aus dem Kleinen Konzertsaal gelendet, zeigt ebenfalls, daß die akustischen Bedingungen im neuen Hause sehr gut sind. Der Orchesterklang bleibt nicht mehr in der Fläche, der Hörer hat das Empfinden von der räumlichen Ausdehnung und der Fülle des Tons. Im Mozartschen Violinkonzert von Professor Karl Fleisch mit höchster Meisterhaftigkeit gespielt, hat man das räumliche Empfinden am ausgeprägtesten. Der Geigenton des Solisten löst sich vom Orchester, schwebt darüber und vereint sich wieder mit ihm. Das Aufeinanderleben hat aufgehört. Der Aufstakt bedeutet ein verheißungspolles Versprechen. Hoffentlich entsprechen die künstlerischen Leistungen diesen akustischen Gegebenheiten.

merklich, das aus der Bor Bittners ertönte. Als man nachsah, wurde der Droschkenbesitzer im Innern seines Wagens entdeckt, wo er zusammengesenken dasah. B. hatte die Türrißen des Autos von innen verstopft und die Auspuffgase in den Wagen geleitet, so daß er schon nach kurzer Zeit der Einwirkung der Kohlenoxydgase erlegen sein muß. Die die polizeiliche Untersuchung ergeben hat, ist wirklich affiliche Not das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt.

Ueberfall auf Expresszug.

Die Fahrgäste ausgeplündert, einer erschossen.

New York, 22. Januar.

Sechs maskierte Banditen brachten den Expresszug Detroit — Cincinnati zum Stehen und nahmen sämtlichen Fahrgästen Geld und Wertpapiere ab. Sie entkamen, nachdem sie einen Fahrgast, der die Herausgabe seines Eigentums verweigerte, erschossen hatten, unbehelligt.

Kein Schulgeld von Erwerbslosen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Kultusminister in einem Rundschreiben an die Provinzialschulkollegien angeordnet, daß erwerbslosen Erziehungsberechtigten von Schülern finanzieller höherer Schulen das Schulgeld für die Dauer der Erwerbslosigkeit durch die Schulleiter gestundet wird. Ueber die Niederlegung der gestundeten Beiträge soll nach Beendigung der Erwerbslosigkeit, spätestens am Schluss des Rechnungsjahres, das Provinzialschulkollegium im Einzelfall Entscheidung treffen. Die Stadt Berlin hat bereits vor kurzem eine ähnliche Regelung getroffen. Es ist zu hoffen, daß die übrigen Städte sich für die städtischen höheren Schulen dem Vorgehen des Staates anschließen werden.

Zweites Wohltätigkeitskonzert der Schulpolizei Berlin. Das zweite Sinfoniekonzert des Sinfonieorchesters der Schulpolizei Berlin findet am Montag, dem 2. Februar 1931, 20 Uhr, in der Staatlichen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Holstenstr. 1, statt. Unter Leitung von Camillo Hildebrand gelanget Werke von Richard Wagner, F. Burattini (Uraufführung), F. Schostakowitsch und L. van Beethoven zum Vortrag. Als Solist hat sich Professor Frédéric Lamond (Klavier) in den Dienst der guten Sache gestellt. Der Reinertrag der Veranstaltung ist für die Wohlfahrts-einrichtungen der Schulpolizei Berlin bestimmt. Eintrittskarten zum Preise von 3, 2 und 1 Mark sind bei Bote u. Post und A. Wertheim und an der Abendkasse zu haben.

In der „Plaza“ tritt in der zweiten Monatshälfte der rheinische Komiker Billy Bolesto auf, der ein volles Partett amüßant zu unterhalten weiß. Bolesto, der an den unermüßlichen Carl Kapp erinnert, verfügt über eine wirklich gute Komik. Diese Komik macht dann auch eine später gespielte Kafarnhofszene erst genießbar. Warum jedoch die „Plaza“ diese Szene „Schön war's doch“ betitelt, ist nicht recht ersichtlich. Die Jongleure vertreten Berez und Marguerite. Sie verstehen ihren Darbietungen eine eigene Note zu geben. Als alter Bekannter wäre der Manipulator und Handhatterschouette Tom Versey zu begrüßen, der in bunter Folge auch einige Neuigkeiten bringt. „Equilibristische Sensation“ betitelt sich der Akt der Clara Weiss und Partner. Weiben noch die Abdulla Bonamantes, die arabischen Springer, die alles in allem eine wirbelnde Angelegenheit bilden. Eine gut aufeinander eingespielte Truppe!

Wir eröffnen...

Freitag, den 23. Januar 1931 zwei neue 25- und 50-Pfennig-Läden:

* BERLIN N.O. *
GR. FRANKFURTER STRASSE 117

F. W. WOOLWORTH CO. 25 UND 50 PFG. LADEN



* SPANDAU *
BREITE STRASSE 33/34

F. W. WOOLWORTH CO. 25 UND 50 PFG. LADEN



BERLIN NO
GR. FRANKFURTER STR. 117
und
SPANDAU
BREITE STRASSE 33/34

Wir beehren uns, Sie zur Eröffnung dieser beiden Läden: Freitag, den 23. Januar, mit zwangloser Besichtigung und Konzert von 2—6.30 nachmittags ergebenst einzuladen.

Ein Verkauf findet in diesen beiden Filialen am Eröffnungstage nicht statt, sondern beginnt erst am nächsten Tag, Sonnabend, den 24. Januar, ab 9 Uhr vormittags.

F. W. WOOLWORTH CO G.M. B.H. 25 UND 50 PFG. LADEN

Kriminalpolizei und Staat.

Heinrich Mann auf der Tagung der Kriminalbeamten. — Not und Verbrechertum.

Die Fachgruppe Kriminalpolizei des dem Deutschen Beamtenbunde angeschlossenen Verbandes preussischer Polizeibeamter E. V. veranstaltete am Mittwoch im Kaiserjubiläum des „Rheingold“ eine gut besuchte Tagung. Unter den Gästen der Tagung befanden sich außer dem Staatssekretär Abegg für den preussischen Innenminister und Ministerialdirektor Dr. Klausner, der der Tagung im Auftrage Minister Severings den besten Verlauf wünschte, eine große Anzahl von Vertretern verschiedener Reichs- und Staatsbehörden, vor allem der Justizministerien des Reiches und Preussens. Besondere Bedeutung erhielt die Tagung durch zwei hoch angelegte Referate Heinrich Manns und Rechtsanwalts Dr. Frey.

Das erste Referat hielt Kriminalsekretär Böckelmann (Düsseldorf); er sprach über die Tätigkeit der Kriminalpolizei. Verschiedene Maßnahmen, meinte er, ließen eine bedauerliche Unterbewertung der Kriminalpolizei feststellen; es ergebe sich daraus ein bedenklicher ideeller und wirtschaftlicher Tiefstand der Kriminalbeamten. Die Kriminalpolizei sei als Organ der öffentlichen Sicherheit ein Teil der inneren Verwaltung, sie müsse selbstständig werden und nicht der Staatsanwaltschaft unterstellt sein. Die Tätigkeit der Kriminalpolizei, besonders auch der politischen Polizei, sei staatsbehaltend und staatsfördernd.

Heinrich Mann sprach über „Welche Forderungen stellt das Publikum an die Kriminalpolizei?“ Das Publikum sieht in der Hauptfrage nur Mißerfolge der Kriminalpolizei und weiß nicht, daß diese Mißerfolge in erster Linie der Überlastung der Beamten zuzuschreiben ist. Die Erfolge betrachtet es dagegen als etwas Selbstverständliches. In Wirklichkeit sind sie aber bei der ungenügenden Ausrüstung der Kriminalpolizei und der ungenügenden geistlichen und tätigen Unterstützung durch das Publikum in der Hauptfrage der Lückhaftigkeit des einzelnen Kriminalbeamten zu verdanken. Unter den Bedingungen aber, unter denen die Beamten arbeiten, wären diese Erfolge ohne Sportgeist nicht möglich. Was sollte man dazu sagen, daß das Berliner Polizeipräsidium als Landesstriminalamt nur fünf Automobile zur Verfügung habe, und Tatsache ist, daß das Gehalt des jüngeren Beamten um etwa 200 Mark herum liegt, daß die Kriminalpolizei im großen und ganzen gegenüber der Schutzpolizei um ein Vieles benachteiligt ist. Die Grundlage der Gesellschaft ist schließlich, daß wir uns ohne Furcht vor Ueberfällen umherbewegen können. Mag sein, daß an dieser Gesellschaft nicht alles gut ist;

sie ist voll der ungeheuerlichsten Ungerechtigkeiten,

es gibt auch legale Verbrechen und es gibt große Mächte in der Gesellschaft, die sie dauernd verüben. Der größte Teil der Verbrechen aber, abgesehen von Gewohnheitsverbrechen, die es aber auch erst werden mußten, geschehen aus bitterster Not. Mit der Not und Verzweiflung nimmt natürlich einerseits die Gewalttätigkeit immer noch zu und gleichzeitig verbreitet sich die Käuflichkeit. Politische Unternehmer kaufen sich Banden für bares Geld und bedrohen mit ihnen den Staat. Für den Mann aus dem Publikum erscheint es als Hauptsache, daß die Kriminalpolizei mit dem Bocke lebt und das Verbrechen nicht bloß als schädliche Tatsache sieht, sondern auch die soziale Atmosphäre erkennt und nicht voreingenommen ist gegen die Armen, die schuldig werden.

Was der Verteidiger sagt.

Als Jurist kam Rechtsanwalt Dr. Frey zu Wort. Das Thema seines Referates lautete: Verteidiger und Kriminalpolizei. Man nimmt die Existenz der Kriminalpolizei, führte er aus, als etwas Selbstverständliches hin. Die moderne Kriminalpolizei ist aber erst in den letzten beiden Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts in den Großstädten zur Entwicklung gekommen. Das Ueberhandnehmen des nationalen und internationalen Berufsverbrechertums machte diese Entwicklung in den Großstädten zur Notwendigkeit. Es entstand auch die Kriminalistik als neuer Wissenschaftszweig. Die weitere Entwicklung ließ die Landesstriminalpolizeidirektoren ent-

stehen. Das Endziel dieser Entwicklung gipfelt in der Einrichtung eines Reichskriminalpolizeiamtes als Reichszentrale des organisierten Kampfes gegen das Verbrechertum. Der Kriminalpolizei sollte größere Selbstständigkeit bei den Ermittlungen eingeräumt werden, gleichzeitig müßten aber auch dem Verteidiger weitere Rechte vor der Anklageerhebung eingeräumt werden.

Im modernen Strafverfahren will man nicht nur strafen, sondern den Täter auch in die soziale Ordnung eingliedern. Mithin dem Verteidiger hat im Strafverfahren nur der Kriminalbeamte Ge-

Oeffentliche Versammlung

Sonnabend, 24. Januar, 20 Uhr, Lokal Lindner, Biesdorf-Süd, Höpenerdtr. 165-167

Tagesordnung:

„Nationaler Sozialismus — Volksbetrug“

Redner: Erich Kuttner, M. d. L.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

legenheit zu enger und persönlicher Fühlungnahme mit dem Angeklagten. Da erscheint es von besonderer Bedeutung, daß der Kriminalbeamte sich heutzutage nicht mehr bloß als Verfolger und Rächer fühle, sondern auch als Helfer, daß er sich darüber klar werde, dem Beschuldigten gegenüber eine große Verantwortung zu tragen. Weis aber der Kriminalbeamte diese doppelte Aufgabe hat, ist es um so notwendiger, daß die Allgemeinheit seiner Tätigkeit in jeder Beziehung gerecht werde.

Heiratsfreudiges Berlin.

Täglich 124 Eheschließungen. — Die jungen Männer halten sich zurück.

Nach den vorläufigen Ermittlungen belief sich die Zahl der Eheschließungen in Berlin im Laufe des vergangenen Jahres 1930 auf 45 423 oder rund 124 im Tagesdurchschnitt.

Mit den Ergebnissen früherer Jahre verglichen hat die Eheschließungsfähigkeit angesichts der veränderten wirtschaftlichen Lage und der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit eine geringe Abnahme erfahren, denn im Jahre 1929 traten 47 102 und 1928 insgesamt 46 000 Brautpaare in den Stand der Ehe. Allerdings darf bei einem Vergleich dieser Zahlen der Umstand nicht unberücksichtigt bleiben, daß gerade der Altersaufbau der Bevölkerung gegenwärtig eher eine weitere Zunahme der Eheschließungen erwarten ließe, da vom Jahre 1925 ab fünf Jahrgänge junger Leute, die nicht mehr am Weltkrieg teilnahmen, ins heiratsfähige Alter vorgerückt sind. Da diese Jahrgänge übrigens zu den geburtenreichsten gehören, so wäre eine starke Zunahme der Heiratsneigung zu erwarten gewesen, wenn nicht die schon erwähnten wirtschaftlichen Uebererregungen, die Unsicherheit der Existenz und die ungünstigen Erwerbsmöglichkeiten in vielen jungen heiratsfähigen Männern der Altersklassen von 23 bis 30 Jahren den Entschluß heranzureifen ließen, die Gründung eines eigenen Haushaltes vorläufig noch hinauszuschieben.

Einflüsse ähnlicher Art wie in Berlin machen sich nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamtes auch im übrigen Deutschland geltend. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen für das Jahr 1929 war zwar von 1924 ab, als die Heiratslust in Deutschland auf ihren tiefsten Stand herunterkam, die Zahl der geschlossenen Ehen bis zum Jahre 1929 wieder um nahezu 150 000 auf insgesamt 889 500 angezogen — aber die vermehrten Eheschließungen waren in erster Linie auf die Erhöhung der Heirats-

häufigkeit der ledigen Männer aus den Altersklassen unter 25 und über 30 Jahren zurückzuführen, während auf das Hauptkontingent der heiratsfähigen jungen Männer von 23 bis 30 Jahren eine Abnahme der Eheschließungen entfiel.

Wann heiraten nun die meisten Berliner? Auf die einzelnen Monate verteilt, war die Heiratsfreudigkeit am größten im Rosenmonat, im Juni, als 4630 Paare oder 10,2 Proz. der Gesamtzahl den Bund für das Leben schlossen. Auch in der Weihnachtszeit, im Dezember, ist die Zahl der abgeschlossenen Hochzeiten mit 4150 recht ansehnlich, während sich der Januar mit nur 1975 oder 4,3 Proz. aller Eheschließungen seiner allzu großen Beliebtheit als Hochzeitsmonat erfreut!

Allgemeine Wetterlage.



Auch am Donnerstag bestanden die großen Temperaturgegensätze in Deutschland fort. Während in Ostpreußen das Thermometer vielfach 9 Grad unter dem Gefrierpunkt blieb, stieg es am Rhein bis 8 Grad Wärme. Wesentliche Niederschläge kamen gestern nirgends im Reiche vor. — Ueber dem Nordmeer liegt zur Zeit der Kern einer kräftigen Depression, deren über der Nordsee befindliche Randströmung das Wetter südwärts bis nach Südfrankreich beeinflusst. Da über Skandinavien anhaltender Druckfall vor sich geht, sich somit die Nordsee-Depression weiter nach Osten ausbreiten wird, so dürften auch die mildereren westeuropäischen Luftmassen weiter nach Mitteleuropa vordringen. Wir müssen daher in unserem Bezirk mit etwas Milderung rechnen, jedoch dürften die Temperaturen nur zeitweilig über den Gefrierpunkt steigen. Wesentliche Niederschläge werden voraussichtlich nicht eintreten.

Wetterausblick für Berlin: Bewölkungszunahme, keine erheblichen Niederschläge, Milderung des Frostes, zeitweise Temperaturen über Null, Winddrehung nach Süd. — Für Deutschland: Im Westen des Reiches ziemlich mild mit vereinzelten Niederschlägen; in Mitteleuropa Bewölkungszunahme mit leichter Milderung; im Osten Fortbestand des trockenen und heiteren Frostwetters.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaftl.: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Geinzer; Sozialisten: A. S. Böcker; Katoles und Sozialisten: Felix Kurland; Anzeigen: Th. Glöck; Anstalt in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt „Paul Singer u. Co.“, Berlin SW 63, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Stadtblatte“.

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

WEINEU.SPIRITUOSEN	DELIKATESSEN	KOLONIALWAREN	KONFITUREN	KONSERVEN
Frankf. Apfelwein Ltr. 0.85	Olssardinen an 2 Ds. 0.85	Bassein-Reis . . . Pfd. 0.23	Herrenkringel Pfd. 1.00	Jg. Schnittbohnen an 1/2 Ds. 0.39
Bowlenwein .. 10 Ltr. 7.50 Ltr. 0.80	Brieslinge in Oel, Tom. Ds. 0.65	Kronen-Patna . . . Pfd. 0.38	Kokosmakronen Pfd. 1.00	Jg. Brehbohnen... 1/2 Ds. 0.42
Diedesfelder 10 Ltr. 10.50 Ltr. 1.10	Makrelenfilet in Oel... Ds. 0.65	Wien.Ausz.Mehl spfd. 1.35	Teegebäck Mischung .. Pfd. 1.00	Jg. Wachsbohnen... 1/2 Ds. 0.50
Niersteiner .. 10 Ltr. 12.50 Ltr. 1.30	Fettheringe 1 Tom..... Ds. 0.55	Kartoffelmehl . . . Pfd. 0.16	Mürbegebäck m.Schok. Pfd. 1.20	Jg. Karotten geschn... 1/2 Ds. 0.27
Montagne rot 10 Ltr. 10.00 Ltr. 1.05	Salm Ds. 1.50 0.80	Weißer Bohnen an Pfd. 0.18	Baumkuchenspitzen Pfd. 1.60	Jg. Erbsen 1/2 Ds. 0.54
Tarragona .. 10 Ltr. 10.00 Ltr. 1.05	Brat-, Bismarckheringe Ltr. Ds. 0.85	Vikt.Erbsen, Linsen an Pfd. 0.18	Burgm. Nuß-Krokant 100 gr. 0.25	Jg. Erbsen mittelfein... 1/2 Ds. 0.68
Samos 10 Ltr. 10.50 Ltr. 1.10	Gewürzgerichte Ds. 0.80	Hartweizengries Pfd. 0.30	Burgm. Argenta herb 100 gr. 0.50	Jg. Erbsen m.gsch.n.Kar. 1/2 Ds. 0.50
Muskat 10 Ltr. 10.50 Ltr. 1.10	Ochsenmaulsalat ca. 1 Pfd.-Ds. 0.85	Eier-Bandnudeln Pfd. 0.46	Burgm. Erkania Prol. 125 gr. 0.50	Jg. Kohlrabi 1/2 Ds. 0.35
Malaga 10 Ltr. 11.50 Ltr. 1.20	Eisbein o. Knochen... Ds. 1.20	Kalif. Pflaumen an Pfd. 0.28	Vollm.-Schok.-Bruch. . Pfd. 1.00	Prinzeßbohne, mittelf. 1/2 Ds. 0.80
Wermut 10 Ltr. 11.00 Ltr. 1.15	Würstchen 5 Paar-Ds. 0.88	Sultaninen . . . an Pfd. 0.48	Brustkaramellen Pfd. 0.50	Reineclauden, 1/2 Ds. 0.78
Rein.Weinbr. Spez. Ltr. m. Fl. 4.80	Fettbücklinge an Pfd. 0.28	Kalif. Birnen . . an Pfd. 0.56	Malzbonbon Pfd. 0.50	Kirschen mit Stein, 1/2 Ds. 0.95
Weinbr. Dujardin 1/2 m. Fl. 3.75	Fettbücklinge . . 3 Pfd.-Kiste 0.90	Kalif. Pflirsiche an Pfd. 0.58	Hustenmischung Pfd. 0.60	Mirabellen o. Stein . . 1/2 Ds. 1.20
Rum-Verschn. . . 45% 1/2 m. Fl. 4.10	Sprossen ca. 1 Pfd.-Kist. 0.42	Roggen u. Gerste ger. Pfd. 0.20	Burgm. Katzenzungen 50 gr. 0.25	Gemischte Früchte . . 1/2 Ds. 1.05
Ungsteiner (Rotwein) . m. Fl. 0.90	la Räucheraal an Pfd. 2.40	Kaffee stets frisch an Pfd. 1.90	Haushalt-Kakao Pfd. 0.58	Apfel-Gelee . . ca. 1 Pfd.-Gl. 0.50
Macon m. Fl. 1.50				Aprik.-Marm. ca. 1 Pfd.-Gl. 0.50
27er Chat. Graves . . m. Fl. 1.85				Ananas-Konf. ca. 2 Pfd.-Eim. 1.40
29er Hambach. Galg. m. Fl. 1.10				Himb.-Konf. . . ca. 2 Pfd.-Eim. 1.35
28er Bosenheim. Berg m. Fl. 1.15				Orang.-Konf. ca. 2 Pfd.-Eim. 1.30
Versch. Liköre sortiert... Fl. 2.95				
BUTTER UND KÄSE	GEFLÜGEL U. WILD	FRISCHE FISCHE	OBST UND GEMÜSE	WURSTWAREN
Molkereibutter Pfd. 1.40	Suppenhühner an Pfd. 0.92	Schellfisch o. K. im Gz. . Pf. 0.18	Apfelsinen 5 Pfd. 0.78	Konsum-Sülze Pfd. 0.48
Tafelbutter Pfd. 1.50	Wolgahühner an Pfd. 0.96	Kabeljau o. Kopf, im Gz. Pfd. 0.15	Jaffa-Apfelsinen 3 Pfd. 0.85	Fr. Blut- u. Leberwurst Pfd. 0.95
Dänische Butter Pfd. 1.70	Poulets an Pfd. 0.98	Seelachs o. Kopf, im Gz. Pfd. 0.15	Mandarin 2 Pfd. 0.55	Sülzwurst Pfd. 0.78
Bratenschmalz Pfd. 0.70	Junges Enten an Pfd. 0.82	Rotbars ohne Kopf... Pfd. 0.18	Kochäpfel, groß Pfd. 0.30	Hausm. Leberwurst... Pfd. 0.88
Margarine Pfd. 0.40	Mast-Puten an Pfd. 0.90	Kabeljaufilet Pfd. 0.24	Amerik. Tafeläpfel 3 Pfd. 1.00	Bauernleberw. i. Rg. . Pfd. 1.18
Pflanzenfett Pfd. 0.40	FrISCHE Gänse an Pfd. 0.90	Grüne Heringe 3 Pfd. 0.42	Blumenkohl Kopf an 0.20	Feine Leberwurst... Pfd. 1.28
Fst. finn. Schweiz. 45% Pfd. 1.18	Hirschkeule an Pfd. 1.10	Lebende Plötzen Pfd. 0.50	Rosenkohl 2 Pfd. 0.45	Speckwurst Pfd. 0.78
Emmenthaler a. Rd. 45% Pfd. 1.20	Hirschrücken an Pfd. 0.95		Rot-, Weiß-, Wirsingk. Pfd. 0.06	Fleischwurst Pfd. 0.98
Tilsiter o. Rd. 20% Pfd. 0.70	Rehkeule Pfd. 1.80		Rote Rüben Pfd. 0.06	Jagdwurst Pfd. 1.10
Dän. Schweizer . . 30% Pfd. 0.84	Rehblatt an Pfd. 1.08		Sellerie Pfd. 0.05	Dampfwurst Pfd. 0.98
Edam. u. Holländ. 20% Pfd. 0.86	Wildschweinkeule an Pfd. 1.10		Kohlrüben Pfd. 0.04	Streichmettwurst . . . Pfd. 1.18
Fromage bleu extra . . Pfd. 1.60	Hasen gestr., ausgew. an Pfd. 0.74			Schinkenpolnische . . Pfd. 1.18
Limb. Stang Käse 40% Pfd. 0.88				Speck fett Pfd. 0.88
Romadour 20% Pfd. 0.70				Speck mager Pfd. 1.20
Harzer Käse Pfd.-Pak. 0.38				Schinkenspeck Pfd. 1.58

KARSTADT-LEBENSMITTEL

Großer Konserven VERKAUF

im Lichthof u. im 5 Stock

Möbelschau im Verkaufsalon: Preiswerte Schlafzimmer u. Küchen

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

Brotteuerung in Sicht.

Vorräte gehen rasch zurück. — Der Weizenzoll muß gesenkt werden.

Es ist Zeit, daß die deutsche Öffentlichkeit sich mit der ernsten Tatsache beschäftigt, daß wir in Deutschland bald von der Gefahr einer erheblichen Brotteuerung stehen, wenn nicht in der zollpolitikal Gegenmaßnahmen getroffen werden. Das hängt mit dem in Deutschland durchgeführten 80prozentigen Weizenvermahlungszwang zusammen, mit dem auf 25 M. je Doppelzentner erhöhter Weizenzoll und mit der Tatsache, daß die hohe Zwangsvermahlung von Inlandsweizen die deutschen Vorräte bis zur neuen Ernte absolut unzureichend erscheinen läßt.

Am 15. Dezember 1930 betrug nach der Vorratsstatistik des Deutschen Landwirtschaftsrats die bei den Landwirten lagernden und zum Teil verfügbaren Weizenvorräte nur noch 33 Proz. der vorjährigen Ernte. In den Händen der Landwirtschaft können sich also nur noch etwa 1,7 Millionen Tonnen Weizen befinden, um den Bedarf an Weizenmehl zu decken. Bis Mitte Januar dürfte diese Menge auf 1,4 Millionen Tonnen zusammengeschrumpfen sein. Da der monatliche Weizenbedarf rund 400 000 Tonnen beträgt, werden die Mühlen bis zur neuen Ernte noch etwa 2,4 Millionen Tonnen brauchen. Da nur 1,4 Millionen Tonnen deutscher Weizen vorhanden sind, müssen unter allen Umständen zur Befriedigung des deutschen Mehlbedarfs 1 Million Tonnen Weizen eingeführt werden. Der 80prozentige Vermahlungszwang und der auf 25 M. erhöhte Weizenzoll haben in den letzten Monaten 1930 die monatliche Weizenzufuhr bis auf 33 000 Tonnen heruntergelassen. Richtig ist zur neuen Ernte eine monatliche Durchschnittseinfuhr von etwa 170 000 Tonnen.

Das erste, was geschehen muß, ist selbstverständlich eine entsprechende Herabsetzung des Preisverhältnisses, in dem deutscher Weizen von deutschen Mühlen jetzt vermahlen werden muß. Neben dieser technischen Maßnahme ist aber auch die Senkung des Weizenzolles notwendig, wenn nicht alle Nahrungsmittel, zu denen Weizen verwendet wird, also auch das Brot, erheblich verteuert werden sollen. Eine kurze Uebersetzung bringt dafür den Beweis.

Der Preis für Weizenmehl bildet sich aus dem Preis für Inlandsweizen, der zwischen 250 und 260 M. je schwankt, und dem Preis für Auslandsweizen, der auf dem Weltmarkt zwar nur 90 bis 120 M. je Tonne kostet, im Inland aber durch den hinzukommenden Zoll und die Fracht sich auf etwa 350 bis 380 M. er-

höht. Nun wird in den kommenden Monaten das Weizenmehl nicht mehr zu 80 Proz. aus Inlands- und zu 20 Proz. aus Auslandsweizen gemahlen werden können, sondern mindestens 40 Proz. des Weizenmehls müssen aus ausländischem Weizen hergestellt werden. Ohne Zollsenkung ist es unermesslich, da ja der Anteil des in Deutschland so verteuerten Auslandsweizens steigt, daß eine Verteuierung des Weizenmehls eintritt, die sich auch im Brotpreis auswirken muß. Eine Senkung der Weizenzölle ist also unvermeidlich, wobei es wahrscheinlich ist, daß eine Senkung auf 18 M. je Doppelzentner bei der augenblicklichen Lage eine Verteuierung vielleicht nicht mehr eintreten läßt, wobei freilich nicht übersehen werden soll, daß auch ein 18-Mark-Zoll nur als Maßnahme eines Ausnahmezustandes verstanden werden kann. Dabei wird die Preisbildung für deutschen Weizen durch die Zollverbilligung nicht nach unten beeinflusst werden können, da der Vermahlungszwang die Einfuhr von zu viel Weizen aus dem Ausland nach wie vor zu verhüten vermag.

Es geht nicht an, die Forderung nach Zollermäßigung für Weizen, die von der Bernunft geboten ist, etwa mit der Behauptung abzuweisen, daß im Durchschnitt der vergangenen Monate der Weizenpreis als wünschenswert festgelegte Weizenrichtpreis von 260 M. je Tonne nicht voll erreichbar war. Es ist an sich ein größter Zustand, daß die Weizenpreise auf dem Weltmarkt weniger als halb so hoch liegen als in Deutschland, und ein Deutschland, das von allen Völkern unter der Weltwirtschaftskrise am stärksten zu leiden hat, aus freien Stücken seine Ernährungsbasis so enorm verteuert hat. Es gibt kein Land in der Welt, das seine Landwirtschaft so sehr vor der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise geschützt hat, wie es in Deutschland geschehen ist. Es muß heute berücksichtigt werden, daß sich die wirtschaftliche Gesamtlage Deutschlands, insbesondere die Lage der arbeitenden Massen, seit März vorigen Jahres, als der Richtpreis von 260 M. distilliert wurde, ganz katastrophal verschlechtert hat. Es wäre deshalb unerträglich, wenn es zu einer Steigerung des Mehl- und Brotpreises in Deutschland käme. Sie wäre auch widersinnig, da jede Verteuierung der Lebenshaltung notwendig die Ueberwindung der Wirtschaftskrise erschwert und die deutschen Landwirte, die mit dem Herannahen der neuen Ernte immer weniger Vorräte zu verkaufen haben, sowie von einer Weizensteuerung keinen Vorteil hätten, die vielmehr nur dem Handel zugute kommen würde.

1,2 Milliarden Kreditzuwachs.

Kapitalflucht 1930 auf 700 Millionen geschätzt.

Der letzte Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung schätzt die Summe der im Jahre 1930 von der gesamten deutschen Wirtschaft (öffentliche und private) insgesamt aufgenommenen neuen Kredite aus dem Inlande und Auslande auf 7,22 Milliarden, was gegenüber der Schätzung für 1929 mit 7,45 Milliarden einen leichten Rückgang bedeutet. Man darf annehmen, daß im entsprechenden Betrag die Anlagewerte der deutschen Wirtschaft sich im Jahre 1930 weiter vermehrt haben, obwohl 1930 ein ausgesprochenes Krisenjahr war.

Bemerkenswert in den vom Institut gegebenen Ziffern ist die Zunahme der Auslandsanleihen von 90 auf 800 Millionen, wobei freilich der Anteil Deutschlands an der Gesamtsumme und die Auslandskredite des Reiches zu berücksichtigen sind; ferner der Rückgang der Aktienemissionen für die private Wirtschaft von 730 auf 300 Millionen Mark und die Verminderung des Zuwachses der kurzfristigen Bankkredite von 700 auf 220 Millionen, wobei der Abzug ausländischer kurzfristiger Kredite nach den Septemberwahlen (abgesehen von der Einschränkung durch die Krise selbst) eine erhebliche Rolle gespielt haben dürfte. Nach den Feststellungen des Instituts ist die Kreditaufnahme der

öffentlichen Hand gegen 1929 um etwa 14 Proz. gestiegen. (Young-Anleihe, Kreuzer-Anleihe, Ueberbrückungskredit.) Die Aufwendungen für neue Investitionen in der öffentlichen Wirtschaft haben gleichzeitig an Bedeutung verloren. Die private Wirtschaft hat ihre Kreditaufnahme um etwa 16 Proz. verringert, wobei die Inanspruchnahme kurzfristiger Bankkredite am stärksten eingeschränkt wurde.

Von dem gesamten Kreditzugang des Jahres 1930 in Höhe von 7,2 Milliarden Mark stammen 1,7 Milliarden aus dem Auslande gegen nur 1,3 Milliarden von insgesamt 7,4 Milliarden im Jahre 1929; auch hier ist die Steigerung des ausländischen Anteils auf den Reichsanteil aus der Young-Anleihe, die Kreuzer-Anleihe und den Ueberbrückungskredit des Reiches zurückzuführen. Aus der inländischen Geldkapitalbildung stammten 5,0 Milliarden im Jahre 1930 gegen 5,3 Milliarden im Jahre 1929.

Aus einem Vergleich der Ziffern der Zahlungsbilanz für 1930 kommt das Institut zu dem Schluß, daß 700 Millionen Mark 1930 aus Deutschland geflüchtet sind. Wir sind der Meinung, daß die Kapitalflucht vielfach überhöht wird. Aber auch als unterste Grenze scheinen uns diese 700 Millionen sehr wenig.

ardn 6 Proz., von 2,2 bis 2,4 Milliarden 6% und bei 2,4 Milliarden und darüber 6% Proz. an das Reich abzuliefern sind. Durch diese Neuregelung erhält das Reichsfinanzministerium die Gewähr, daß kein Boranschlag für die Abgaben der Reichspost von den tatsächlich einlaufenden Beträgen nicht so stark abweicht, wie dies bei den bisherigen Abgaben des reinen Ueberschusses der Fall war.

Anhaltender Verkehrsrückgang bei der Reichsbahn.

Der Güterverkehr der Reichsbahn ging im Dezember wiederum erheblich zurück. Auch die Steigerung der Kohlenfrachten und der sehr starke Zuckerrübentransport konnten hierin nicht ausgleichend wirken. Arbeitstäglich wurden im Dezember nur 123 068 Wagen gestellt gegen 138 219 Wagen im November und 142 964 Wagen im Dezember 1929. Gegenüber dem Vormonat ist also ein Verkehrsrückgang von 11 Prozent und gegenüber dem Dezember des Vorjahres sogar ein Rückgang von 13,9 Prozent festzustellen.

Die Betriebseinnahmen der Reichsbahn im November blieben hinter denen vom Oktober um fast 17 Prozent zurück. Den Einnahmen von 336,7 Millionen stehen Ausgaben und feste Lasten von 387,3 Millionen gegenüber. Die Einnahmeverluste gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1929 betragen 92,3 Millionen. Damit erhöhen sich die Gesamtausfälle an Einnahmen bei der Reichsbahn im laufenden Geschäftsjahr auf 722,7 Millionen. Trotz der Einsparungen bei den Betriebsunterhalts- und Erneuerungskosten, die für den November von der Verwaltung mit 57 Millionen angegeben werden, bleibt immer noch eine Mehrausgabe von 50,6 Millionen bestehen.

Schleudern mit Klavieren.

Die Pianofabriken kommen im Zeitalter des Radio und der Schallplatte nicht mehr auf den grünen Zweig. So muß auch das führende Unternehmen in der deutschen Klavierfabrikation, die Leipziger Pianoforte- und Harmonika-Fabriken

Supfeld-Gebr. Zimmermann, für das jetzt abgeschlossene Geschäftsjahr 1929/30 den hohen Verlust von rund 800 000 M. bei einem Gesamtkapital von 4,5 Millionen Mark ausweisen.

Der Geschäftsbericht befaßt sich eingehend mit der Zuspitzung der Absatzschwierigkeiten im Klavierbau. In erster Linie wird beim Inlandsabsatz die Abwanderung der Käufer zum Radio und zur Schallplattenindustrie für den weiteren Rückgang der Umsätze verantwortlich gemacht, während einer Ausdehnung des Exports die hohen Zollmauern des Auslandes für Klavierinstrumente entgegenstehen. Besonders drückend aber wirkte sich im letzten Jahr das massenhafte Schleuderangebot aus den Lagerbeständen zusammengebrochener Unternehmungen aus.

Dem Zug der Zeit folgend, ist auch das Leipziger Unternehmen zur Fabrikation von mechanischen Musikinstrumenten, wie Lautsprecher, Rinsorgeln usw., übergegangen. Jedoch war die Neuaufnahme dieser Fabrikation infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch nicht von Erfolg begleitet.

Neue Diskontsenkung.

Die Schweiz ermäßigt auf 2 Prozent. — Und Deutschland?

Die Schweizerische Nationalbank hat den Diskontsatz von 2½ auf 2 und den Lombardsatz von 3½ auf 3 Proz. herabgesetzt.

Die Schweiz ist damit den Vereinigten Staaten und Frankreich gefolgt, die am 24. Dezember und am 3. Januar ihren Diskont ebenfalls auf 2 Proz. ermäßigt haben und mit der Schweiz die niedrigste Diskontgruppe in der Welt bilden. New York, Paris, Zürich haben jetzt einen Bankfuß von 2 Proz., Amsterdam und London von 3 Proz. Die Deutsche Reichsbank dagegen hat bisher an ihrem im Oktober nach den Septemberwahlen zwangsläufig auf 5 Proz. heraufgesetzten Diskont festhalten müssen.

Es besteht leider keine Aussicht, da bekanntlich in den letzten Wochen die Reichsbank wieder sehr erhebliche Devisenverluste erlitten hat, in Deutschland eine Kreditverbilligung durchzuführen, obwohl kein Land der Welt diese Verbilligung so dringend brauchen würde wie das am stärksten unter der Weltwirtschaftskrise leidende Deutsche Reich. Die durch die Septemberwahlen erzeugte Vertrauenskrise beherrscht noch so vollkommen die Stimmung in Deutschland und erzeugt im Ausland noch so viel Mißtrauen gegen Deutschland, daß trotz der starken Kapitalzirkulation in der Wirtschaftskrise die Zinsände in Deutschland nicht heruntergehen können. Zwischen New York und Berlin besteht jetzt eine Spanne von 3 Proz., zwischen London und Berlin eine Spanne von 2 Proz.; das ist in beiden Fällen ein volles Prozent mehr als vor dem 14. September. Nimmt man aber nur 40 Milliarden in Deutschland umlaufende Kredite aller Art an, so bedeutet dieses eine Prozent eine jährliche — überflüssige — Verteuierung der Kreditwirtschaft in Deutschland um nicht weniger als 40 Millionen Mark. Wahrscheinlich ein teurer Preis, den Deutschland für die in den Köpfen der Wähler erzeugte Verwirrung zu zahlen hat.

Sonderkonjunktur der Rundfunkindustrie.

15 Proz. Ausfuhrsteigerung.

Die deutsche Rundfunkindustrie ist infolge der schnellen technischen Entwicklung von der Krise verhältnismäßig wenig in Mitleidenschaft gezogen worden. Der weitere Ausbau des Sendernetzes, die ständige Verbesserung der Fabrikation von Empfangsgeräten wirkten für die weitere Verbreitung des Rundfunks.

So ist auch in Deutschland die Zahl der Rundfunkteilnehmer im letzten Jahr stärker gestiegen als 1929. Der Zuwachs beträgt 543 000 gegen nur 430 000 Personen im Vorjahr. Damit stellte sich am 1. Januar 1931 die Zahl der Rundfunkhörer auf 3,5 Millionen gegen 3,06 Millionen bzw. 2,63 bzw. 2,0 Millionen in den drei vorhergehenden Jahren 1928/30. Die Ausfuhr von Rundfunkgeräten ist im letzten Jahr von 68,8 auf 78,2 Millionen Mark, also um rund 15 Proz. gestiegen. Die Ausfuhrsteigerung war im Vorjahr mit 40 Proz. erheblich höher, doch ist die Verringerung des wertmäßigen Ausfuhrzuwachses stark durch die Preisfaltungen beim Rundfunkgerät beeinflusst. Während die Ausfuhr nach den Niederlanden und nach Italien zurückging, konnte der Export nach England um 21 Proz., nach Schweden um 25 Proz., nach der Schweiz um 41 Proz., nach Belgien-Luxemburg um 80 Proz. und nach Frankreich sogar um 122 Proz. gesteigert werden. Der größte Kunde der deutschen Rundfunkindustrie ist England, das mit einer Einfuhr von 11,4 Millionen fast 15 Proz. des gesamten deutschen Exports an Rundfunkgeräten aufnahm. Die Einfuhr nach Deutschland ging im letzten Jahr um 8 Proz. auf 10,8 Millionen Mark zurück.

Anglanische Verluste bei Hadebell. Bei der Hadebell A. G. Buchdruckerei und Verlag, Berlin, war schon im April 1930 eine gründliche Sanierung notwendig geworden, als die Bilanzziffern für 1928/29 einen Verlust von 2,1 Millionen Mark auswiesen. Das Kapital wurde von 4 auf 1 Million Mark herabgesetzt und auf 2,5 Millionen Mark wieder erhöht, so daß der Gesellschaft 4,5 Millionen an Buchgewinn und Barvermögen zugeflossen sein müssen, die außer der Tilgung des Verlustes starke Abschreibungen ermöglichten. Um so erstaunlicher ist es, daß das Geschäftsjahr 1929/30 mit einem noch höheren Verlust von 3,4 Millionen Mark abschließt, noch merkwürdiger, daß davon 1,8 Millionen Mark aus der Zeit vor der Sanierung stammen sollen, dem allerdings 1,2 Millionen Rückstellungen gegenüberstehen. Die jetzige Verwaltung gibt als Ursache „Mängel der Organisation des Unternehmens“ und die „Belastung durch welenstremde, verlustbringende Beteiligungen“ an. (An der Tat ist nicht einzusehen, warum sich ein Verlog an der Hadebell A. G. — Herstellung des bekannten Sommergetränks — beteiligt.) Die kreditgebenden Banken hatten sich gesichert durch Inkaution der Verlagsrechte für die illustrierte Zeitung und die Hausfrauenzeitung; diese sind inzwischen auf die D. V. Z. übergegangen. Unter der zugegebenen Unfähigkeit, unter den überaus merkwürdigen Finanzgeschäften der früheren Verwaltung werden natürlich die Arbeiter und Angestellten zu leiden haben, da die Stilllegung der technischen Betriebe geplant ist. Der Nachschuß unter den Großaktionären soll nun vor Gericht in Gestalt von Schadenersatzklagen ausgetragen werden.

Die steigende Erdbölgewinnung in Preußen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Statistik betrug die Erdbölgewinnung Preußens im vergangenen Dezember 17 836 Tonnen gegen 16 992 Tonnen im November und 8830 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1929. Die schnelle Zunahme der Erdbölgewinnung hat also angehalten. Im ganzen Jahre 1930 erhöhte sich die preußische Erdbölgewinnung auf 169 502 Tonnen gegen 102 843 Tonnen im Jahre 1929.

Die Reichspost berichtet.

85 Millionen Einnahmeausfall.

Das Reichspostministerium hat jetzt dem Reichstag seinen Tätigkeitsbericht für 1930 vorgelegt. Danach stand das letzte Jahr im Zeichen eines weiteren Ausbaues der in der Organisation, Verwaltung und im Betriebe getroffenen Reformen. Die allgemein schwierige Wirtschaftslage und die große Arbeitslosigkeit haben die Reichspost jedoch veranlaßt, das Tempo der Rationalisierung zu verlangsamen und vorläufig alle Maßnahmen zurückzustellen, die eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben könnten. Zur Frage der Arbeitsbeschaffung betont der Bericht, daß 1930 über das festgelegte Beschaffungsprogramm hinaus besondere Mittel für zusätzliche Aufträge bereitgestellt worden seien. Leider fügt der Bericht nicht hinzu, wie groß diese zusätzlichen Aufträge zur Milderung der Arbeitslosigkeit gewesen sind, von deren Auswirkung wenig zu spüren war.

Im Laufe des Berichtsjahres hat die anhaltende Depression in der Wirtschaft auch auf die Verkehrsentwicklung bei der Reichspost gedrückt. Während bis zum Mai 1930 sogar noch eine leichte Verkehrssteigerung erzielt werden konnte, blieben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres die Verkehrszahlen in fast allen Betriebszweigen hinter dem Vorjahre zurück. Von dem Rückgang waren der Paketverkehr, Wertsendungen und Telegramme besonders betroffen.

Die Einnahmen stellten sich vom April bis Dezember (Rechnungsjahr der Reichspost läuft von April bis April) auf 1,65 Milliarden Mark, so daß sich gegenüber dem Voranschlag ein Einnahmeausfall von 85 Millionen ergibt. Das Postministerium verweist in seinem Bericht schließlich noch auf die Forderung des Reichspost-Finanzgesetzes. Dieses neue Gesetz stellt die Abgaben der Reichspost an das Reich auf eine neue Grundlage. Nach den bisher geltenden Bestimmungen hatte die Reichspost ihren „Ueberschuß“ abzuliefern. Richtig sollen die Abgaben der Post nach bestimmten Prozentsätzen der Betriebseinnahmen erfolgen. Es ist vorgesehen, daß bei Betriebseinnahmen von weniger als 2,2 Milli-

Ueberwindung der Krise.

Aus dem gestrigen Rundfunkvortrag des Genossen Aufhäuser.

Wenn die Erwerbslosenziffer in Deutschland die 4. Million schon weit überschritten hat, in Europa und Amerika insgesamt 15 Millionen Menschen zum Feiern gezwungen sind, und wenn man zu erkennen versucht, welche furchtbare menschliche Not sich hinter diesen Zahlen verbirgt, so ist die seelische Erschütterung zu verstehen, von der heute große Volksteile erfasst worden sind. Abenteuerliche und verworrene Heilslehren finden auf diesem Boden sozialer Verzweiflung ihre Nahrung, die klare Vernunft kann sich schwerer denn je durchsetzen. Verzweiflung und politische Abenteuerlust sind indes die ungeeignetsten Voraussetzungen, den Ausweg aus einer drückenden Wirtschaftskrise zu finden, die nicht nur Deutschland sondern fast die ganze Welt erfasst hat. Wir haben nur eine nie versiegende Kraftquelle für die Entspannung der Lage: Das ist

die klare Erkenntnis der Ursachen

unserer Wirtschafts- und Arbeitsnot. Der herrschenden Wirtschaftskrise liegen mehrere und verschiedene Ursachen zugrunde. Einmal treffen heute Industrie- und Agrarwirtschaft zeitlich zusammen; zum anderen ist die Konjunktursteigerung verbunden mit der Auswirkung großer struktureller Wandlungen in der Industrie und einer gewaltigen sozialen und beruflichen Umschichtung der Völker.

Es ist irrig, in den für Deutschland erwachsenden Kriegslasten allein den maßgeblichen Grund für die herrschende Wirtschaftskrise sehen zu wollen, wenngleich natürlich die Reparationsleistungen als internationale Uebertragungen außerhalb des Warenverkehrs ein verschärfendes Moment der Krise darstellen. Es ist noch verfehlt, wenn etwa die heutige Staatsform für all das Elend unserer Tage verantwortlich gemacht werden soll. Diese Krise hat Sieger- und besiegte Staaten, Gläubiger- und Schuldnerländer erfasst.

Ausgangspunkt für die Erklärung der heutigen Wirtschaftsnot ist das Mißverhältnis, in das die einzelnen Glieder der Wirtschaft geraten sind. Die Rationalisierung hat nur dann einen Sinn, wenn mit der gesteigerten Produktionskraft auch die sozialen Voraussetzungen für die Erhöhung der Konsummöglichkeit geschaffen werden. Die heutige Krise zeigt aber deutlich, daß die durch verbesserte Technik und Organisation erzielte Produktionserparnis sich weder in der Preisverbilligung noch in der Stärkung der Reallohne, also der Kaufkraft, auswirkt hat. Alle wirksamen Maßnahmen zur Beseitigung der Krise müssen demnach darauf ausgerichtet sein, der gesteigerten Produktionskapazität die bisher fehlende Absatzenergie zu bringen.

Wie sehr die Wirtschaftsnot auf Fehler des Systems zurückzuführen ist, geht daraus hervor, daß wir

weder an Lebensmitteln noch an Gütern Mangel

haben, sondern umgekehrt der Ueberfluß in der Erzeugung die Bedarfsdeckung der Verbraucher erschwert hat. Es ist symptomatisch für die Lage, daß die Länder Angst vor vermehrter Warenerzeugung, Angst vor guten Ernten empfinden und immer mehr Zollmauern als eine Art Preisblockade gegen den Konsum aufgerichtet haben.

Für Deutschland haben Kartelle und Zölle nebeneinander zu einer außerordentlich verschärfenden Preisüberhöhung geführt, die den Export an Fertigwaren und den Inlandmarkt für Verbrauchsgüter brüchig belastet. Der heutige Volksstaat steht deshalb vor der Aufgabe, durch gesetzgeberische Maßnahmen Bewegung in die Preisgestaltung hineinzubringen.

Der Deutschland helfen will, muß erkennen, daß es sich, insbesondere in der Nachkriegszeit, zu einem ausgesprochenen Arbeitnehmersstaat entwickelt hat, das heißt, daß jede Beschäftigung des Marktes von der Konsumkraft der breiten Bevölkerungsschichten abhängig sein muß.

Alle Vorschläge zur Ueberwindung der Krise können sich daher nur in zwei Richtungen bewegen. Es gilt einmal, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen zu treffen, die das Heer der Erwerbslosen zu vermindern geeignet sind, oder den zum Feiern gezwungenen Menschen ein Mindestmaß von Konsumkraft sichern. Zum anderen müssen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Absatz- und Umlagerung zum Ziel haben.

Die Organisation des Arbeitsmarktes kann wesentlich verbessert werden, wenn durch eine zentral geregelte Arbeitsvermittlung die Ueberbrücke von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage gewährleistet ist. Die gesetzliche Pflicht zur Meldung aller offenen Stellen und zur Bemessung der öffentlichen Arbeitsnachweise sollte nunmehr ausgesprochen werden, bevor die Erwerbslosigkeit weiter steigt. Die gegen früher infolge der Rationalisierung ungleich erhöhte Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters oder Angestellten hat so viel Arbeitskräfte freigesetzt, daß nur die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ausgleichend wirken kann. Sei

Einführung der 40-Stunden-Woche

könnten die freierwerbenden Unterstützungsmittel der Arbeitslosenversicherung mit dazu benutzt werden, den Lohnausfall zu tragen. Soweit pensionierte Beamte oder Wartgeldempfänger ausreichende Bezüge vom Staat in Anspruch nehmen, dürften sie den Arbeitsmarkt nicht länger belasten. Gegen diese Doppelpendler fehlen einstweilen noch die erforderlichen gesetzgeberischen Vorschriften.

Neben diesen Möglichkeiten zur Beschaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sollte den Gemeinden die Leistung von Notstandsarbeiten durch eine Neuorganisation ihrer Finanzen erleichtert werden. Eine Entlastung der Gemeindefinanzen aber wiederum bedingt die grundlegende Abänderung der heutigen gemeindlichen Erwerbslosen-Wohlfahrtsunterstützung. Da sich auch die Krisenfürsorge als unzulänglich erwiesen hat, und diese beiden Einrichtungen bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage denselben Personentkreis umfassen und fast ebenfalls Unterstützungsempfänger zählen wie die Arbeitslosenversicherung, so sollten Krisenfürsorge und Erwerbslosen-Wohlfahrt schneidestens zu einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge umgebaut werden. Nach einem dem Reichstag dazu unterbreiteten Vorschlag hätten Reich, Länder und Gemeinden die finanzielle Last gemeinsam zu tragen. Da die Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Arbeit begrenzt sind, so behält die soziale Seite des Erwerbslosenproblems, nämlich die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, nach wie vor die größte wirtschaftliche und politische Bedeutung.

Alle sozialpolitischen Maßnahmen werden indes die Liquidation der heutigen Wirtschaftskrise nicht herbeiführen können, wenn sie nicht durch eine

beschleunigte und durchgreifende Preisentlastung

ergänzt wird. Die fortwährenden Preisbindungen wirken sich um so härter aus, als die Hälfte der jährlich verbrauchten Rohstoffe und Halbwaren monopolistisch preisgebunden sind. Ein umfassendes Kartellgesetz ist ein Gebot der Stunde.

Wenn die elektrischen Glühbirnen einen Herstellungswert von 10 bis 15 Pfennig aufweisen, während die Verkaufspreise mit 1,50 bis 2 Mark vorgezeichnet sind, so mag an diesem Beispiel die

krisenerhöhlende Wirkung der monopolistischen Preisbindungen klarwerden. Der Zuckerpreis beträgt in Deutschland (ohne Steuer) 19,50 Mark, während der Weltmarktpreis mit 6,50 Mark notiert wird.

Zur Verbilligung der Lebensmittel bedarf es aber nicht nur des Kartellgesetzes und des Zollabbaues, sondern vor allem einer planmäßigen Absatz- und Verteilungsorganisation. Der Staat ist vor die Aufgabe gestellt, eine solche für die Lebensmittel zu schaffen, bei der verteuerte Zwischenglieder vermieden, der kürzeste und billigste Weg vom Bauern zum Verbraucher gefunden wird. Es kommt alles darauf an, vermehrte Kaufkraft zu schaffen, und

es gibt kein ökonomisches Gesetz, mit dem die Notwendigkeit des Lohnabbaues bewiesen werden könnte.

Lohnabbau ist Uebertragung der Kaufkraft vom Arbeitnehmer auf den Unternehmer. Diese Verminderung der Massenkraft ist für die deutsche Wirtschaft besonders schädlich, wenn man sich die Bedeutung des Arbeitseinkommens innerhalb des gesamten Volkseinkommens vor Augen hält. Zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens sind Lohn und Gehalt der Arbeitnehmer. Bringt man die Beamten und Behördenangestellten in Abzug, so haben 14 Millionen Arbeiter und Angestellte 1929 etwa 33 Milliarden Arbeitseinkommen gehabt. Eine Lohnsenkung um 10 Prozent, wie sie sich heute bei den Effektivlöhnen schon vielfach ergibt, müßte demzufolge, allgemein durchgeführt, eine Drosselung der Massenkraft im Umfang von fast 3½ Milliarden Mark bedeuten.

Die herrschende Wirtschaftskrise hat uns erneut auf eine harte Probe gestellt:

kühler Verstand, eiserner Wille und soziale Erkenntnis allein können helfen.

Die gefährdete Not drängt förmlich dazu, aus all den Wirrungen heraus zu einer planmäßigen und gesellschaftlichen Ordnung der Produktionskräfte zu gelangen, um allen Menschen Essen, Wohnen und Kultur bringen zu können. Die Erkenntnis unserer Lage muß uns auch den Weg aus der Wirren unserer Lage weisen. Es gilt vor allem, der Not der Erwerbslosen zu steuern und diesen Millionen von Volksgenossen wieder Arbeit, damit auch Halt und Lebenskraft zu geben.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Ausperrung bei Gebrüder Schöndorff in Neufölln.

Bekanntlich hat der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe einen Lohnabbau von 15 Proz. dekretiert, wovon ab 15. Januar 8 Proz., und zu einem noch festzusetzenden Datum der Rest abgezogen werden sollen.

Die Holzarbeiter, die über eine ausgezeichnete Organisation verfügen, haben aber da auch noch ein Wörtchen mitzureden. Daher ist die großspurig angekündigte Aktion zu einer Pleite geworden.

Unter den Betrieben, die beim Lohnabbau besonders radikal vorgehen, befindet sich die Firma Gebrüder Schöndorff in Düsseldorf. Sie stellte am 7. Januar ihrer Belegschaft ein Ultimatum, sich mit einem Lohnabbau von 8 Proz. einverstanden zu erklären. Da die Belegschaft dieses Ultimatum ablehnte, wurden die 300 Mann ausgesperrt.

Die Gebrüder Schöndorff gehören gewiß nicht zu den notleidenden Betrieben. Nach dem Geschäftsbericht von 1929/30 hat die Firma nach Abschreibung von 493.062 M. einen Reingewinn von 506.976 M. gemacht. Davon kamen 400.000 M. = 10 Proz. des Kapitals von 4 Millionen Mark als Dividende zur Verteilung. Der Rest wurde vortragen. 25 Proz. Produktionsüberschuß ist in diesen schlechten Zeiten ein recht nettes Ergebnis.

Die Firma hat auch in Berlin anfangs 1929 einen Fabrikbetrieb in Neufölln, Bergstraße 89/94, eingerichtet. Mit diesem Betrieb sollte durch eine ausgefeilteste Rationalisierung und durch Lohnabbau die Konkurrenz aus dem Felde geschlagen werden. Gegenwärtig werden unter anderem die Inventureinrichtungen für zwei Billen fertiggestellt, die den Direktoren der Firma und einem Direktor der Epo-Beschäfte gehören. Darüber kam es zum Konflikt, weil dort zunächst sechs Arbeiter aus Düsseldorf beschäftigt waren, die durch Arbeiter aus Berlin ersetzt werden sollten. Da diese die Streikarbeit verweigerten, wurden sie ausgesperrt.

An deren Stelle schickte die Firma Karstadt, der das Unternehmen der Gebrüder Schöndorff angeschlossen ist, andere Arbeiter hin. Bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband aufharte einer der Direktoren zu dem Berliner Gewerkschaften, daß die Gewerkschaften ja bald erledigt seien und durch die Nationalsozialisten ersetzt würden.

Dieser Ausspruch ist ebenso bezeichnend für die Unternehmer wie für die Nationalsozialisten. Er zeigt, welchen Zielen die Nazis dienen und warum die Unternehmer diese angeblich sozialistische Partei unterstützen.

Am Dienstag erfolgte nun im Berliner Betrieb ein Anschlag, wonach die Löhne der Hilfsarbeiter um 15 Proz. abgebaut werden sollen, während die Tischler, die in Werkstätten arbeiten und Anspruch auf einen Mindestlohn von 1,31 M. die Stunde hatten, nur mehr 1,20 M. die Stunde bekommen sollen. Da die Belegschaft sich weigerte, zu diesem Lohn zu arbeiten, wurde sie ausgesperrt.

Die Firma sucht jetzt Kausreißer durch Inserate in den Zeitungen. Es versteht sich von selbst, daß sich Holzarbeiter nicht finden werden, um zu solchen Löhnen zu arbeiten bei einer Firma, die außerdem so im Fett schwimmt wie die Firma Gebrüder Schöndorff.

Ausperrung in Bremen.

Bremen, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Bremer Holzindustriellen haben entsprechend den Anweisungen des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie die Tischler und Maschinenarbeiter ausgesperrt. Die Aussperrung erfolgte, weil die Arbeiter den Lohnabbau von zunächst 8 Prozent abgelehnt haben.

Streik in Württemberg.

Stuttgart, 22. Januar.

In den Hauptorten der württembergischen Holzindustrie ist Donnerstag vormittag die Arbeit niedergelegt worden. Die Unternehmer hatten einen Lohnabbau von 8 Prozent durch Anschlag diktiert, dem Mitte März ein weiterer Lohnabbau von 7 Proz. folgen soll.

Für Freitag sind Verhandlungen vor dem Schlichter für Südwestdeutschland anberaumt.

20 Millionen Arbeitslose.

Davon 11 Millionen in Europa.

Genf, 22. Januar.

Aus einer Aufzeichnung des Internationalen Arbeitsamtes über den Stand der Arbeitslosigkeit der Welt geht hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen in Europa auf elf Millionen und in der ganzen Welt auf etwa 20 Millionen geschätzt wird.

In Europa ist die Zahl der Arbeitslosen ungefähr doppelt so hoch wie um dieselbe Zeit im vergangenen Jahr. Für einzelne Länder werden folgende Zahlen angegeben: Deutschland 4½ Millionen, Großbritannien 2½ Millionen, Italien mehr als eine halbe Million, Polen mehr als 200.000, die Tschechoslowakei ungefähr 150.000, Japan ungefähr 400.000. Auch in Frankreich, das bisher kaum von der Arbeitslosigkeit betroffen war, ist eine Verschlechterung der Lage in Industrie und Handel allmählich zu bemerken.

Der Lohnabbau.

Bochum, 22. Januar. (Eigenbericht.)

In dem Lohnstreit der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter von Rheinland und Westfalen wurde am Donnerstagabend ein Schiedspruch gefällt, der den Lohn des Handwerkers über 21 Jahre in Erstklasse A, Gruppe 1, auf 94 bis 98 Pfennige und die übrigen Löhne entsprechend vom 1. Februar ab festsetzt. Der Lohnabbau beträgt fünf Prozent. Der Schiedspruch läuft bis 1. Juli 1931.

Rottweil (Württ.), 22. Januar.

Bei den vor dem vereinbarten Schlichtungsausschuss abgehaltenen Gehaltsverhandlungen der deutschen Uhrenindustrie wurde einstimmig ein Schiedspruch gefällt, der die Verhältniszahl des bisherigen Gehaltsstufens von 218 auf 209 M. herabsetzt; Gehälter unter 125 M. sind ausgenommen. Die Neuregelung entspricht einer Gehaltsenkung von etwa 4 Prozent.

Celldorf, 22. Januar.

Der Schiedspruch für die feinkeramische Industrie, die eine Lohnkürzung um 6 Prozent vorsieht, ist von beiden Parteien angenommen worden.

Halle, 22. Januar.

Im Lohnstreit des halleischen Transport- und Handelsgewerbes wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach die Löhne mit Wirkung vom 1. Februar um 5 Prozent herabgesetzt werden. Die Lohnregelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Mai 1931 getündigt werden.

Auch für das Möbeltransportgewerbe wurde ein Schiedspruch gefällt, der gleichfalls eine Herabsetzung der Löhne um 5 Prozent vorsieht.

Gehaltskürzung.

Bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung.

Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern zwischen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und den an deren Tarifvertrag beteiligten Organisationen verhandelt. Unter Vorsitz des Sonderrichters, Landgerichtsrat Soetten aus Köln, kam es zu folgender vorläufigen Verständigung:

Unbeschadet der Rechte, die sich für beide Parteien aus der Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages zum 31. März 1931 ergeben, gilt für die Angestellten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung der Gehaltsabzug nach Kapitel 2 der Rotverordnung vom 1. Dezember 1930 in gleichem Umfang, wie er für die Angestellten der Reichsverwaltung festgesetzt worden wird. Die von der Reichsanstalt gemäß § 5 der bezeichneten Rotverordnung ausgesprochene Kündigung gilt als nicht erfolgt.

Der Schiedspruch für Behördenangestellte.

Die Angestellten fordern Verbindlichkeitserklärung.

Der am 15. Januar unter dem Vorsitz des Sonderrichters, Professors Dr. von Böllendorf, im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch, der eine Gehaltskürzung von fünf Prozent für die Angestellten der Reichs- und der preussischen Staatsverwaltungen vorsieht, ist von den Angestelltenorganisationen angenommen, von der Reichs- und der preussischen Regierung aber abgelehnt worden.

Die Organisationen haben daraufhin den Reichsarbeitsminister ersucht, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären.

„Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.“ Die Sperre über die Firma Gustav Bruner, Töpfermeister in Königswusterhausen, wird hiermit aufgehoben.

Achtung, Bauarbeiter! Die Firma Architekt Christian Gitt, Bauhalle Nienbrade, Wittelsbacherstraße, ist für Plattenarbeiten unter Einhaltung des Tarifvertrages für stadtgewerbliche Arbeiten gesperrt. Die Arbeiten werden ausgeführt von Mitgliedsfirmen des „Kassenbewachten“ Industriearbeiterverbandes für das Baugewerbe.

Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe Stadt- und Gipsbau.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Die Berliner Gewerkschaftsschule beginnt am Donnerstag, dem 29. Januar, 19 Uhr, im Volksheim-Dinnerhaus mit einem neuen Kursus: 50. 11. Die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung. Lehrer: Hermann Schilling. Dienstzeiten: 10 Uhr bis 12 Uhr. Arbeitslose sind vom Beitritt befreit. Kammerbureau bei Beginn des Kurses oder in den Lehrveranstaltungsstunden in Neuen und Alten von 10 bis 19 Uhr oder schriftlich an die Berliner Gewerkschaftsschule, Berlin SO. 16, Auguststr. 24/25. 1. Stock, Zimmer 23.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beitritt, Freitag, 19 Uhr. Je nach die Gruppen: Arbeiterjugend, Jugendheim, Schule, Sonnenburger Str. 36. Vortrag: Die Gewerkschaften in Rußland. — Heranwachsende: Gruppenheim, Eberstr. 11. 10 Uhr. — Vortrag: Schmutz- und Schmutzfrauen unserer heimischen Erde. — Mädchen: Gruppenheim, Wallerstr. 6. 9. u. 11. Uhr. — Vortrag: Arbeiterjugend, Jugendheim, Lustnert Str. 10. Vortrag: (Eingangs-Turnier-Spiele). Danner Abend.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Beitritt, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Arbeiterjugend, Jugendheim, Lustnert Str. 11. 10. u. 11. Uhr. — Vortrag: Die Gewerkschaften in Rußland. — Heranwachsende: Gruppenheim, Eberstr. 11. 10 Uhr. — Vortrag: Schmutz- und Schmutzfrauen unserer heimischen Erde. — Mädchen: Gruppenheim, Wallerstr. 6. 9. u. 11. Uhr. — Vortrag: Arbeiterjugend, Jugendheim, Lustnert Str. 10. Vortrag: (Eingangs-Turnier-Spiele). Danner Abend.

Husten Sie? dann Reichels Hustentropfen

Flasche Mk. 0,50 und 1,50. In Apotheken und Drogerien, sonst durch OTTO REICHEL, Berlin SO, Eisenbahnstraße 4. Verlangen Sie kostenlos das reich illustrierte Buch „Guter Rat in gesunden und kranken Tagen“.

Erbarmt Euch der Lebenden!

Von Johannes Schönherr

(Schluß)

Nachts auf einer Patrouille war es, links dort vom Mont Cornillet, begann Driehack wieder gefächelt. „Der Mond schien nicht zu hell. Es war das rechte Wetter. In altem Offenfeld lagen wir. Die Situation war unklar. Eine verlässere deutsche Stellung sollten wir, ein Unteroffizier und ich, zwischen den Linien untersuchen. Eine Stunde lang krochen wir schon in zerflossenen Unterständen herum und schlichen behutsam weiter. Auf einmal trachte ein Schuß. Vor dem Eingang standen mindestens zehn Franzosen. Richtig zur Bestimmung kam ich erst in dem Unterstand eines Offiziers. Wir bekamen Wein zu trinken, wurden ausgefragt, am ganzen Leibe abgesehen und dann unter der Bedeckung von zwei älteren Soldaten durch den Laufgraben nach hinten geführt, der unter deutschem Granatfeuer lag. Bei jeder Salve warfen wir uns zu Boden. Mein Kamerad schrie mir in einem solchen Lärm zu, daß wir stehen müßten. Und es geschah beim nächsten Hinwerfen. In einem günstigen Augenblick waren wir aus dem Graben heraus, standen auf freiem Feld und stürzten davon.

Nach drei Stunden graute der Tag. Wir suchten einen tiefen Trichter, um den Tag darin zu verbringen. Als es hell war, plagte uns eine entsetzliche Müdigkeit. Nach Mittag brachen plötzlich Granaten über das Gelände herein. Unbarmherzig brannte die Augustsonne. Durst stellte sich ein. Eine Ewigkeit verrann, ehe die Nacht wieder kam. Unser Entschluß stand fest; es blieb uns nichts anderes übrig, irgendwo mühten wir durchbrechen. Die Quast des Durstes und dazu der Hunger trieben uns weiter, immer von Trichter zu Trichter und durch Stacheldrahtester. Dieser entsetzliche Durst! Und nirgends eine Pfütze in den Löchern. In halber Bemühtigkeit krochen wir noch einige Stunden herum, fast unfähig, klar zu denken. Ein neuer Tag stieg glühend über uns auf. Aber am Nachmittag brach es doch los. Ein Gewitter goß strömendes Wasser hernieder und beschrte uns eine Pfütze auf dem Grunde des Trichters. Wir tranken aus dem Schlamm die köstliche Kühle. Ruhig erwarteten wir diesmal die Nacht, die von einer seltenen Stille war. Wir lauerten jetzt nahe vor der feindlichen Kampfstellung, wo es laut, fast lustig, in den ersten Abendstunden herging. Wir warteten und borchten. Im Morgengrauen konnten wir feststellen, daß an dieser Stelle der Durchbruch möglich war. Schließlich verschoben wir die letzte Lat aber doch noch auf die nächste Nacht.

Wieder ein heißer Tag. Am Spätnachmittag beschmiedeten wir unsere Röhren mit weißem Kreidestrich. Danach wogten wir vorsichtig über den Rand des Trichters zu lugen. Unsere Entdeckung war tief deprimierend. Der Graben vor uns war nicht die vorderste Stellung. Wieder sank die Nacht herab, diesmal schwarz und undurchsichtig. Dazu schwellte ein feuchter Nebel. Ein Posten zog vor uns auf. Wir sahen im Aufleuchten eines Feuerzeuges einen Mann im Stahlhelm, wie er hin und her schlenderte. Sonst war der Laufgraben leer. Unser Plan war gefaßt. Wir mußten es wagen. In einem günstigen Augenblick stürzten wir uns auf den Mann, dem der Unteroffizier den Dolch in die Kehle stieß. Ein gurgelnder Schrei. Schon hatten wir ihn gepackt, über den Rand des Grabens hochgezogen und in einen Trichter geschleift. Wie von allen Sinnen fieten wir über den Sterbenden her, der unter unseren Händen verzuckte. Mantel, Jacke, Gewehr und Ledergehänge, alles, rissen wir ihm vom Leibe. Er schrie auf, sah ich deutlich, trotz der Finsternis, sein Gesicht in größtem Entsetzen erstarrt. Im nächsten Augenblick fanden wir uns, mein Kamerad und ich, wieder in einem anderen Trichter. In die Höhe zogen wir uns um. Unter dem Deck verweilte ich meine Tade und verpackte sie mit der blutbesudelten des Franzosen und stülpte den schaden Helm auf den Kopf. Mein Kamerad hatte den Mantel angetan und legte sich die Mütze des Franzosen, die er in einer der Taschen gefunden hatte, schlief auf. Auch das

andere verteilten wir. Dann fieten wir ausrückt bis zum Laufgraben zurück, rutschten hinein und schritten schweigend hintereinander her.

Endlich kamen wir in den Kampfgewirr. Sehr galt es. Aus einem Unterstand drang Stimmengewirr und bligte Lichtschein. Wohllich stand ein Posten auf hohem Postament, er schob gerade in das Gelände und sah sich gar nicht um. Vorsichtig kletterten wir heraus. Da knallte es von links. Der Posten, den wir gesehen hatten, war es. Mein Kamerad schrie unterdrückt auf, stürzte jedoch weiter hinter mir her. In einem Granatloch zwischen den Linien blieben wir liegen. Blindlings knallten Schüsse in die Finsternis. Im deutschen Graben vor uns wurde das Feuer erwidert. Nach einer halben Stunde war Ruhe. Mein Kamerad war am Oberarm verwundet. Ich riß ein Stück meines Hemdes los und band es stramm um die stark blutende Wunde. Gebückt schlüpfen wir vorwärts. Dann krochen wir langsam näher. Die Front blieb ruhig. Wohllich gerieten wir in das deutsche Hindernis. Ich schrie: „Kamerad, schief nicht! Hier sind zwei deutsche Kameraden!“ Eine Leuchtkeule war die Antwort. Ich kniete mich auf und hob die Arme. Stimmen flüsterten aus dem Dunkel. Endlich waren sie ganz nah. Gestalten kamen getrocken, fragten und wir antworteten. Mit ihrer Hilfe gelangten wir durch eine Gasse des Bergbaus in den deutschen Graben. Endlich waren wir gerettet!

Driehack atmete schwer wie ein Gehehler. Er rang nach Luft und fuhr dann fort: „In derselben Nacht noch fand ich im Rock des Toten diese Papiere.“ — Bölig erschöpft sank Driehack in sich zusammen, als er seine Berichte geendet hatte. Sein Gesicht schimmerte

bleich in krankhafter Blässe. Langsam wendete sich ihm der Franzose zu. Behutsam, wie in Scheu und Scham, legte er seinen Arm um Driehacks Schulter, sah ihm in die Augen und schweig.

„Wir alle haben getötet, um nicht selbst getötet zu werden.“ löste es sich endlich schwer von seinen Lippen. — „Wer aber weiß es so gewiß, daß er getötet hat?“ warj Driehack in schmerzhafter Unruhe ein. „Ich weiß es und kenne ihn genau, den wir in jener Nacht überfielen, als er, nichts ahnend, vielleicht nur mit dem Gedanken an Weib und Kind beschäftigt, in dem stillen ungefährlichen Graben hinten auf und ab ging. Kein Gott und keine Kirche können mich von dieser Tat freisprechen!“

Driehack sah vor sich ins Leere. Der Franzose erhob sich jäh. „Gott und Kirche? Nein! Nein!“ seine Stimme klang hart wie klingendes Metall. „Freisprechen? Nein! Aber auch verfluchen können sie nicht die, deren Taten und Waffen sie im Kriege gesegnet haben.“

Eine hohle Stille stand zwischen den beiden Männern. „Nur Menschen werden verfluchen, was Ihnen geschah, Menschen, wie Joseph Cordon einer war.“ brach endlich der Franzose das Schweigen. Der Krüppel beugte sich zu dem Sitzenden hernieder und hob ihm mit sanftem Zwang hoch: „Kommen Sie! Vielleicht können Ihnen die Toten selbst nach die Antwort geben, die ich Ihnen nicht geben konnte.“ Damit schritten sie beide Arm in Arm dem Ausgang des Friedhofes zu, wo dunkel ein hölzernes Kreuz am Wege ragte. In seinem schmalen Schatten blieb der Franzose stehen und zeigte hinauf. „Lesen Sie diese Inschrift! Das Testament der Toten, ihre einzige Botschaft an uns Lebende.“ — Driehack hob gläubig und willig seine Augen. „Erbarmt euch der Lebenden!“ las er stumm. — „Haben Sie Joseph Cordon verstanden?“ fragte der Franzose nach einem langen Schweigen. — Driehack nickte ernst und sah dem Krüppel frei ins Gesicht. Und über den Gräbern ihrer Toten fanden sich ihre Hände.

Goldmacherei in alter Zeit

Der Münchener Goldmacher Franz Tausend, der ehemalige Klemperergeselle aus Wittenwald, dessen Prozeß auch jenseits der Grenzen Deutschlands ungeheures Aufsehen erregt, hat zahlreiche Vorgänger gehabt, denn bis auf unsere Tage haben Abenteurer und Schwärmer, die sich rühmten, das heiligegeheime, kostbare Metall auf künstlichem Wege herstellen zu können, viele Anhänger gefunden. Wie wenig aufgefährt die Menschheit heutzutage noch ist und wie tief der Glaube an den alten Traum der Alchimisten Wurzel geschlagen hat, bezeugt schon die Tatsache, daß Angehörige verschiedener Nationen dem Untersuchungsrichter im Prozeß tausend Angebote gemacht haben, die Versuche des Münchener Goldmachers finanziell unterstützen zu wollen.

Schon aus dem Altertum wurden uns Nachrichten überliefert von Versuchen, unedle Metalle wie Blei, Quecksilber usw. in Gold und Silber zu verwandeln. Die Ursprünge der Goldmacherei (Alchimie) sind in Ägypten zu suchen; im 4. Jahrhundert n. Chr. beschäftigte man sich auf der Gelehrtenschule zu Alexandria eingehend mit dem Problem. Auf Befehl des Kaisers Diokletian mußten im Jahre 296 n. Chr. sämtliche ägyptische Bücher über Goldmacherei verbrannt werden. Von den Ägyptern lernten die Römer und Griechen und von diesen die Araber die Alchimie kennen, die sie mit besonderem Eifer betrieben und der sie auch den Namen gaben (al-chemia). Nach dem Mittelalter kam sie im 10. Jahrhundert durch die Araber und Mauren in Spanien. Namentlich seit dem Mittelalter nahmen zahlreiche Abenteurer den weitausbreitetsten Glauben an die Möglichkeit, Gold künstlich herstellen zu können, zu betrügerischen Zwecken an. In erster Linie fielen ihnen Fürstlichkeiten und vornehme Leute zum Opfer, nachdem sie Scheinproben ihrer „Kunst“ abgeliefert hatten.

Zahlreiche gekrönte Häupter des 15. bis 17. Jahrhunderts beschäftigten sich selbst eingehend mit dem Studium der Goldmacherei; meist aber überließen sie es irgendeinem dergelassenen Abenteurer, der sich unter einem klingenden Namen Zutritt zu ihnen verschafft hatte. Heinrich VI. von England übernahm, unterstützt von einer Schar Goldmacher, sein Land mit falschem Gold und falscher Münze. Das Metall, das hier als Gold ausgegeben wurde, war weiter nichts als eine Kupferlegierung. Zu derselben Zeit trieb in Frankreich Karl VII. mit Unterstützung des Schwabers Jacques le Coeur die edle Goldmacherei. Unter der Regierung Kaiser Rudolfs II. (1576 bis 1612) war Wien ein Dorado der Alchimisten, der Mittelpunkt der alchimistischen Bestrebungen jener Zeit. Dem Beispiel Rudolfs folgte man im Nachbarlande Sachsen; Kurfürst August und seine Gemahlin Anna beschäftigten sich eifrig mit Goldmacherei, jenseit in seinem „Goldhaus“ zu Dresden, diese in ihrem großartig eingerichteten Laboratorium zu Annaberg. Auch unter den Nachfolgern des Kurfürsten August betrieb man die alchimistische Kunst, mit deren Entwürfen man den großen Aufwand bestreiten zu können hoffte, den die Erwerbung der Krone Polens erforderte.

Am Berliner Hofe trieb unter Kurfürst Johann Georg (1625 bis 1658) der Goldmacher Leonhard Thurnheyer (er sein Unwesen. Als ihm der Boden an der Spree zu heiß wurde, suchte er Schlangst das Wolke. Besonders interessant ist der Fall des Goldmachers Bragadino, der ebenfalls im 16. Jahrhundert lebte. Er stammte von der Insel Cypern, trat zuerst in Venedig als Alchimist auf, machte aber dort wegen eines Verbrechens fliehen und wurde Kapuzinermönch. 1588 tauchte er von neuem in Italien auf. Er verstand es, die Kunst zahlreicher hoher Herren, darunter der Herzöge von Mantua, zu erwerben und errang einen bedeutenden Ruf als Goldmacher und Heilmittelgeber. 1589 hielt er mit großem Gefolge seinen felerlichen Einzug in Venedig, wo er die ganze Stadt in Aufregung versetzte. Man erzählte die merkwürdigsten Geschichten von ihm und behauptete, er habe gleich bei seinem ersten Versuch aus künstlichem Gold 6 Millionen Dukaten angefertigt. Weil er jedoch zögerte, vor dem hohen Rat eine Probe seiner Kunst abzulegen, wollte man eine Untersuchung gegen ihn einleiten, der er sich durch die Flucht nach Padua entzog. Bald darauf fand er ein neues Feld seiner Tätigkeit in Bayern, wo Herzog Wilhelm V., der sich in ewiger Geldverlegenheit befand, den Goldmacher mit offenen Armen aufnahm und — sich gründlich von ihm ausbeuten ließ. Da er mit seinen Versuchen nicht vorwärts kam, wurde er 1590 ohne Wissen des Herzogs verhaftet, und nachdem er aus Angst vor der Folter bekannt hatte, das Herausziehen der Seele des Goldes niemals verstanden zu haben, auf grausame Weise hingerichtet. — Der bekannte Abenteurer Alexander Cagliostro (1743 bis 1793) rühmte sich ebenfalls, Gold machen zu können.

Daß auch einmal bei den Versuchen der Alchimisten etwas Gutes herauskommen konnte, bezogen zwei Fälle: Johann Kunkel (1630 bis 1702), der im Dienst des Großen Kurfürsten stand, entdeckte 1679 das Coltradinglas, und Johann Friedrich Böttger im Gefängnis zu Dresden 1704 das braune Jaspisporzellan und fünf Jahre später das weiße Porzellan. Zu derselben Zeit trieb einer der letzten Goldmacher, Caelano (genannt Graf Ruggiero), an den Höfen von München, Wien und Berlin sein Unwesen, bis ihn sein Schicksal ereilte und man ihn 1709 in der preußischen Hauptstadt an einem mit Hüttlergold besetzten Galgen aufknüpfte.

Bis in die neuere Zeit hinein fand die Goldmacherei, der auch Friedrich II. Opfer brachte, am Wiener Hofe eine Freistadt. Außer Rudolf II. waren Ferdinand I. und Ferdinand II., Karl Franz und Franz I., der Gatte Maria Theresias, leidenschaftliche Goldmacher. Daß aber auch ein Herrscher der Neuzeit, Franz Joseph I., an dem Schwindel der Goldmacherei geglaubt hat, übertraf uns einigermaßen. 1867, nach dem für Oesterreich so verhängnisvollen Kriege, mit Preußen, boten dem Kaiser drei vornehme Fremde ein Verfahren an, Silber in Gold zu verwandeln. Da das alchimistische Dreieck keinerlei vorherige Entschädigung verlangte, ging der Kaiser sofort auf das Angebot ein und erließte den Dretzen den Auftrag, ihr Experiment unter Kontrolle des Professors Schrötter vom Wiener Polytechnikum vorzuführen. Der Versuch gelang, und Schrötter berichtete dem Kaiser über den Erfolg, wobei er jedoch gleichzeitig Bedenken äußerte. Obwohl ein zweites Experiment mißlang, blieb Schrötter zuversichtlich und legte die Versuche allein fort. Roccantoni, einer der Drei, der inzwischen dem Kaiser sein „Geheimnis“ enthüllt hatte, hielt nun den vereinbarten Vorbehalt von 5 Millionen Gulden für fällig, wurde jedoch abgewiesen. Alle Versuche Schrötters führten natürlich zu nichts, die ganze Angelegenheit verlief im Sande, und die drei Goldmacher verschwanden von der Bühne. So endete auch diese Goldmacherei wie jede andere mit einem völligen Fiasko.

E. E. R.

Robespierre und die Todesstrafe

Von Friedrich M. Kirchheim

Es gibt einen Robespierre der Legende und einen Robespierre der Geschichte. Der Legende nach ist der Führer der Jakobiner eines der blutdürstigsten menschlichen Ungeheuer, die je gelebt haben. In Wirklichkeit schaut dieser Mann aber ganz anders aus. In seinen politischen Ansichten ursprünglich durchaus gemäßigt, erwies Robespierre sich als ausgesprochener Gegner staatlicher Umwälzungen und der Todesstrafe! Als Brissot und die Girondisten auf der Tribüne der Gesetzgebenden Versammlung zum Kriege gegen Deutschland hegten und sich auch bei den Jakobinern viele fanden, die sich für den Krieg begeisterten, da rief er ihnen in seinem Klug zu: „Bändigen wir erst unsere inneren Feinde, und dann erst wollen wir gegen die fremden Feinde marschieren!“ Der Redner wurde aber nicht gehört, und mit wenigen Ausnahmen stimmten an jenem demütigen 2. April 1792 fast alle Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung für den Krieg mit dem „König von Ungarn und Böhmen“, für den Krieg, der mehr als 20 Jahre lang Europa in Feuer und Schwere versetzte.

Nach eigentümlicher war das Verhalten Robespierres, als er am 30. Mai 1791 eine Rede für die Abschaffung der Todesstrafe hielt! Als in Athen die Nachricht eingetroffen war, rief er, daß in Argos athenische Bürger zum Tode verurteilt worden seien, eilte man in die Tempel und beschwor die Götter, so grausame und schreckliche Gedanken von den Athenern abzuwenden. Ich komme, nicht um die Götter, sondern die Gesetzgeber zu bitten, die die Organe und Dolmetscher der ewigen Gesetze, welche die Gottheit den Menschen gegeben hat, sein sollen, daß sie aus dem Gesetzbuch der Franzosen die Blutgesetze streichen, die gerichtlichen Verdammungen, und die durch ihre Sitten und ihre neue Verfassung verdammt werden. Ich will Ihnen beweisen, erstens, daß die Todesstrafe ihrer Natur nach ungerecht, zweitens, daß sie nicht die abschreckendste Strafe ist, und daß sie viel mehr Verbrechen erzeugt, als sie verbietet.

Ein Sieger, der seine gefangenen Feinde töten läßt, wird Barbar genannt. Ein erwachsener Mann, der ein Kind, das er erwachsen und bestrafen kann, erwürgt, erscheint als ein Ungeheuer! Ein Angeklagter, den die Gesellschaft verurteilt, ist wenigstens für sie nur ein besterter, ein ohnmächtiger Feind: Vor ihr ist er schwächer als ein Kind vor einem Erwachsenen.

Folglich sind in den Augen der Wahrheit und der Gerechtigkeit jene Hinrichtungen, die mit solchem Gepränge veranstaltet werden, nichts weiter als feige Mordanschläge, felerliche Verbrechen, die nicht von einzelnen, sondern von ganzen Nationen in gelieblichen Formen begangen werden. Die Todesstrafe sei notwendig, sagen Sie. Gut! Wenn an dem Wäre, warum kommen verschiedene Völker ohne zu aus? Hört die Stimme der Gerechtigkeit und der Vernunft, sie ruf

euch zu, daß menschliche Urteile niemals sicher genug sind, damit die Gesellschaft einen durch andere fehlbare Menschen beurteilen den Tod geben könnte. Hättet ihr die vollkommenste Prozeßordnung erfunden, besthät ihr die unbestechlichsten und einsichtigsten Richter, so bleibt immer noch Platz für Vertum und Befangenheit. Deshalb müßt ihr euch das Mittel nehmen, sie wieder gut zu machen? Warum müßt ihr euch in die Unmöglichkeit versetzen, der unterdrückten Unschuld die helfende Hand zu reichen? Was nützen jene untrübsamen Selbstmordwürde, jene trügerischen Versicherungen, die ihr einem leblosen Schatten, einer gefühllosen Asche bewilligt? Das sind nur die traurigen Denkmäler der Barbarei eurer Strafgesetze.

Dem Menschen die Möglichkeit zu geben, seine Wissenst zu beweisen oder ihm unerträglichem jegliche Rückkehr zur Tugend und zu sich selbst zu verschließen, ist in meinen Augen die schrecklichste Verfeinerung der Grausamkeit. Die erste Pflicht des Gesetzgebers ist, die öffentlichen Sitten, die die Quelle aller Freiheit und allen sozialen Glückes darstellen, zu bilden und zu erhalten.

Infolgedessen muß das Gesetz den Vätern stets das reinste Bild der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit gemähren. Wenn Sie an Stelle jener mächtigen, ruhigen, maßvollen Strenge, die Sie auszeichnen muß, den Zorn und die Rachsucht setzen, wenn Sie Menschenhüt stützen lassen, das Sie sparen können und kein Recht haben zu vergessen, wenn Sie den Augen des Volks das Schauspiel grausamer Szenen und zu Tode gemarterter Leidname geben, dann zerstören Sie im Herzen der Bürger die Idee von Recht und Unrecht: Sie lassen im Schoße der Gesellschaft wilde Vorurteile wuchern, die ihrerseits andere erzeugen. Der Mensch ist für den Menschen kein so geheiligter Gegenstand mehr, man hat von seiner Würde eine geringere Vorstellung, wenn die Staatsgewalt mit keinem Leben spielt. Der Gedanke an den Nord köhlt geringeren Abscheu ein, wenn das Gesetz selbst das Beispiel und Schauspiel des Mordens gibt! Das Grauen vor dem Verbrechen mindert sich, wenn das Gesetz es durch ein neues Verbrechen bestraft. Hütet euch sehr, die Wirksamkeit der Strafen nach dem Uebermaß der Strenge zu bemessen; eins ist dem anderen durchaus entgegengesetzt. Alles spricht sich für die milden, alles empört sich gegen die grausamen Gesetze. Ich schreie meine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Todesstrafe abgeschafft werde!

Robespierre kam mit seinen gemäßigten Ausführungen nicht durch, verhielt sich aber in der Praxis wie in der Theorie. Nach dem Befehl des 22. Bräutials des Jahres II. (10. Juni 1794) fanden innerhalb von 49 Tagen nicht weniger als 1376 Hinrichtungen in Paris statt. Wer abgesehen davon, daß viele Todesurteile wegen bestimmter Vergehen gewisse Berechtigungen hatten, trug doch nur ein einziges die Unterschrift Robespierres!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Tel. 2 Treppen rechts, zu richten.

Kreis Kreuzberg. Der Rat der Gen. Vorwärts: Die politischen Stellungnahmen in der Sozialdemokratie haben heute im Jugendheim Vorwärts, 11. Post, Thema des Abends: "Der sozialistische Sozialismus".

Kreis Tempelhof. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß wegen des Ausfalls unseres Nachmittags am Sonntag, dem 24. Januar, 20 Uhr, in der Friedrichsdenkmalstr. 11, der Anhaber ein gemütliches Beisammensein am Sonntag hat. Es wird u. a. eine Schachgesellschaft zum Einzelspiel um 12 Uhr, abgeben. Um zahlreichen Aufbruch wird gebeten. Freunde und Bekannte bitten wir einzuladen.

Heute, Freitag, 23. Januar:

55. Wkt. Tempelhof. Gemeindeforhandlung nicht Freitag, sondern Sonntag, dem 24. Januar, 20 Uhr, in der "Linde", Werder-Edo-Friedrich-Str. 19. Um 19 Uhr ebenfalls engere Vorstandssitzung.

62. und 63. Wkt. Kreuzberg. 19 Uhr Vorstandssitzung im "Erdbeer-Club", Kaiser-Friedrich-Edo-Tempelhof-Str. 19, 2. Stock, 2. Treppen rechts.

Morgen, Sonnabend, 24. Januar:

4. Wkt. SW 68. 10 Uhr Vorstandssitzung bei Teichmann, Eichenallee Str. 11.

67. Wkt. SW 68. 10 Uhr Vorstandssitzung bei Wollmann, 14.

57. Wkt. Charlottenburg. 10 Uhr wichtige Vorstandssitzung bei Schmidt, Krumme Straße 22, Sonntag, 25. Januar, 11 Uhr, Jugendheim Köpenick, Straße 4, Vorstandssitzung.

Frauenveranstaltungen.

133. Wkt. Köpenick. Heute, Freitag, 23. Januar, 20 Uhr, im Jugendheim Köpenick, Berger Str. 3, Frauenabendsitzung.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

2. Kreis Tiergarten. Freitag, 23. Januar, 19 Uhr, 18 Uhr, bei Herrmann, Edo-Jonowitz, wichtige Sitzung der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 19 Uhr, zweiter Kurstagabend des Genossen Volkmann über die Fortschrittsentwicklung im Bezirk Prenzlauer Berg. Anschließendes Beisammensein.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Tempelhof. Selbstlehre fällt aus.

Friedrichshagen. Gruppe Randsberger Bach. Heute, Freitag, 18 Uhr, Gruppenversammlung. Kein Falls darf fehlen. Sonntag, 25. Januar, Gruppenversammlung nach Schwabbe, Golemer Berge, Treffen 8 Uhr. Halbesand, Röhren 40 Pf. für rote Hosen und Jungfrauen; 25 Pf. für Mädchen. Ende 17 Uhr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

48. Wkt. Unter Liebes Genosse. Der Mobilisationsleiter August Kießer, Mitglied seit 1. August 1926, ist am 19. Januar verstorben. Ihm ruhe in Frieden. Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 24. Januar, um 17 Uhr, im Krematorium statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

78. Wkt. Köpenick. Unter Genosse Paul Eck ist im Alter von 43 Jahren verstorben. Ihm ruhe in Frieden. Die Einäscherung am Sonntag, dem 24. Januar, 16 Uhr, in der kleinen Halle des Krematoriums Gerichtstraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Heute, Freitag, 23. Januar, 19 Uhr:

Arbeitsgemeinschaft: Elisabethstraße 19, "Rotberaubung".

Gemeindeforhandlung: Köpenick, Eichenallee Str. 11, 20.00 Uhr.

Kreis Tempelhof: 19 Uhr, 18 Uhr, bei Herrmann, Edo-Jonowitz, wichtige Sitzung der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis Prenzlauer Berg: Freitag, 19 Uhr, zweiter Kurstagabend des Genossen Volkmann über die Fortschrittsentwicklung im Bezirk Prenzlauer Berg. Anschließendes Beisammensein.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: Randsberger Bach, Freitag, 18 Uhr, Gruppenversammlung. Kein Falls darf fehlen. Sonntag, 25. Januar, Gruppenversammlung nach Schwabbe, Golemer Berge, Treffen 8 Uhr. Halbesand, Röhren 40 Pf. für rote Hosen und Jungfrauen; 25 Pf. für Mädchen. Ende 17 Uhr.

Sankt-Maria-Schule: Organisations der SW. - Mitglieder: Mittwoch, 18. Januar, 19 Uhr, im "Erdbeer-Club", Kaiser-Friedrich-Edo-Tempelhof-Str. 19, 2. Stock, 2. Treppen rechts.

Die Einblendungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Tel. 2 Treppen rechts, zu richten.

Kreis Kreuzberg: Der Rat der Gen. Vorwärts: Die politischen Stellungnahmen in der Sozialdemokratie haben heute im Jugendheim Vorwärts, 11. Post, Thema des Abends: "Der sozialistische Sozialismus".

Kreis Tempelhof: Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß wegen des Ausfalls unseres Nachmittags am Sonntag, dem 24. Januar, 20 Uhr, in der Friedrichsdenkmalstr. 11, der Anhaber ein gemütliches Beisammensein am Sonntag hat. Es wird u. a. eine Schachgesellschaft zum Einzelspiel um 12 Uhr, abgeben. Um zahlreichen Aufbruch wird gebeten. Freunde und Bekannte bitten wir einzuladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

6. Bezirksgruppe: Berlin SW 68, Eichenallee 17-18, 2. Etage, Freitag, 23. Januar, 19 Uhr, 18 Uhr, bei Herrmann, Edo-Jonowitz, wichtige Sitzung der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Tiergarten: Freitag, 23. Januar, 19 Uhr, 18 Uhr, bei Herrmann, Edo-Jonowitz, wichtige Sitzung der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis Prenzlauer Berg: Freitag, 19 Uhr, zweiter Kurstagabend des Genossen Volkmann über die Fortschrittsentwicklung im Bezirk Prenzlauer Berg. Anschließendes Beisammensein.

Bezirkssekretariat Republik, Sozialistischer Arbeiterbund, Prenzlauer Berg: 20 Uhr, 19 Uhr, bei Herrmann, Edo-Jonowitz, wichtige Sitzung der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: Randsberger Bach, Freitag, 18 Uhr, Gruppenversammlung. Kein Falls darf fehlen. Sonntag, 25. Januar, Gruppenversammlung nach Schwabbe, Golemer Berge, Treffen 8 Uhr. Halbesand, Röhren 40 Pf. für rote Hosen und Jungfrauen; 25 Pf. für Mädchen. Ende 17 Uhr.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

6. Bezirksgruppe: Berlin SW 68, Eichenallee 17-18, 2. Etage, Freitag, 23. Januar, 19 Uhr, 18 Uhr, bei Herrmann, Edo-Jonowitz, wichtige Sitzung der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Tiergarten: Freitag, 23. Januar, 19 Uhr, 18 Uhr, bei Herrmann, Edo-Jonowitz, wichtige Sitzung der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis Prenzlauer Berg: Freitag, 19 Uhr, zweiter Kurstagabend des Genossen Volkmann über die Fortschrittsentwicklung im Bezirk Prenzlauer Berg. Anschließendes Beisammensein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen

Den Angehörigen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin

Helene Stoschek
geb. 13. Oktober 1893 am 20. Januar an Lungenerkrankung gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 24. Januar, 16 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt.

Am 20. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Mitarbeiter, der Retuscheur

Max Münzer
im vollendeten 55. Lebensjahre. Als Mitglied des Betriebsrates wie auch als Kollege war es stets sein Bestreben, die Interessen seiner Kollegen zu vertreten. Ehre seinem Andenken.

Das Personal der Firma
Phönix Illustrationsdruck und Verlag G.m.b.H.
Berlin, den 22. Januar.

Am 21. Januar starb an Leberleiden unser Kollege, der Schmelz

Paul Weber
geboren 21. August 1872.

Die Einäscherung findet am Montag, dem 26. Januar, 12 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt.

Am 21. Januar verschied nach langem, schwerem Leiden unser Freund, Kollege und Angestellter

Robert Krüger
im 55. Lebensjahre. Von der frühesten Jugend im Dienst der Organisation stehend, war er ein Vorbild gewerkschaftlicher Treue und Ueberzeugung. Als Angestellter verlieren wir einen äußerst regen Mitarbeiter und Kollegen, der stets nur das Beste für die Organisation wollte, und werden wir ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Einäscherung findet am Montag, dem 26. Januar, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Die Ortsverwaltung. Die Angestellten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Trauerfeier meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten meinen tiefgefühltesten Dank.

Ww. Ilse Seidenberg
Eamtlauer Str. 12.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters

Ferdinand Seiler
sagen wir allen Freunden, Bekannten und den Genossen der 2. Abteil. Bez. 2 sowie Herrn Obst und der Genossin Mathilde Wu. m. der Frauenabteilung des 11. Kreises Schneberg für die trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen
Marie Seiler geb. Jakob.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Die Karten für die Vorstellung in der Volkshalle am kommenden Sonntag sind ausverkauft.

Abteilungsleiter! Coentuelle Anträge zur Generalfassung und Delegiertenabstimmungen müssen umgehend abgeben werden.

Heute zu Tietsch:

billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag und Sonnabend. Fleisch und leichtverderbliche Waren vom Versand aus geschlossen. Verkauf soweit Vorrat. Mengengabe vorbehalten. Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellungen von 5,00 Mk. an.

Gänse gefroren, russische, Pfd. von	0,76 an	Hasen gestreift und ausgelesen, Pfd. von	0,74 an
Pulener oder Suppenhühner fleisch, Pfd. von	0,92 an	Wolgahühner Pfd. von	0,96 an
Hirschblatt Pfd. von	0,85 an	Wildschweinblatt Pfd. von	0,85 an
		Wildschwein- und Hirschkeule Pfd. von	1,10 an

Wurstwaren

Blut- u. Leberwurst	Pfd. 0,68	Mettwurst	300g, 1,20
Sülzwurst	Pfd. 0,78	Feine Leberwurst	Pfd. 1,30
Speckwurst	Pfd. 0,86	Zervelatwurst	Pfd. 1,48
Landleberwurst	Pfd. 0,95	Salamiwurst	Pfd. 1,48
Dampfwurst	Pfd. 0,95	Schinkenspeck	Pfd. 1,50
Fleischwurst	Pfd. 0,98	Filetwurst	Pfd. 1,58
Jagdwurst	Pfd. 1,15	Bierwurst	Pfd. 1,58
Schinkenpolnische	Pfd. 1,18	Feldarmwurst	Pfd. 1,80

Käse und Felle

Camembert	10 Stück 0,25	Tilsiter vollfett	Pfd. v. 0,88 an
Allg. Stangenkäse	Pfd. 0,52	Edamer, Holländer	Pfd. 0,90
Blockkäse	10 Pfd. 0,70	Steinbuscher	Pfd. 0,90
Blockkäse	10 Pfd. 0,98	Margarine	Pfd. von 0,40 an
Dän. Schweizer	300g, Pfd. 0,84	Molkereibutter	Pfd. 1,40
Briekäse	vollfett, Pfd. 0,88	Dänische Butter	Pfd. 1,70
		Eier russische	10 Stück 0,98

Kolonialwaren

Weizenmehl	Pfd. 0,22	Eierbandnudeln	Pfd. 0,46
Auszugmehl	Pfd. 0,28	Eierfadennudeln	Pfd. 0,48
Kartoffelmehl	Pfd. 0,16	Backobst	Pfd. 0,44
Burma-Reis	Pfd. 0,20	Pflaumen	Pfd. von 0,28 an
Moulmain-Reis	Pfd. 0,28	Ringäpfel	Pfd. von 0,60 an
Blaue rose-Reis	Pfd. 0,32	Birnen	Pfd. 0,56
Viktoria-Erbsen	Pfd. 0,18	Kaffee	Pfd. von 1,90 an
Linsen, Bohnen	Pfd. 0,18	Kakao lose	Pfd. von 0,58 an
Polier-Erbsen	Pfd. 0,30	Kräutelschokolade	Pfd. von 0,85 an
Brudmakkaroni	Pfd. 0,44		

Frisches Fleisch

Kalbshaxe	Pfd. 0,68	Eisbein m. Spitzbein, gepök.	Pfd. 0,72
Kalbskamm	e. Big. Pfd. von 0,80 an	Hammelvorderfl.	Pfd. von 0,98 an
Kalbsbrust-Rücken	Pfd. v. 0,88 an	Suppenfleisch	Pfd. von 0,82 an
Kalbskeule	bis 9 Pfd. schwer, kann oder geteilt, Pfd. von 0,98 an	Schmorfleisch	Keule, o. Kn. Pfd. 1,24
Kalbskotelett	Pfd. von 1,28 an	Gulasch	gemischt, Pfd. 1,08
Kalbsschnittel	Pfd. von 1,80 an	Roulade	Pfd. 1,38
Kalbsroulade	gerollt, Pfd. von 1,38 an	Roastbeef	ohne Koch, Pfd. v. 1,46 an
Schweinebauch	ohne Big., Pfd. 0,86	Rinderleber	Pfd. 1,08
Schweinehinken	mit Bein oder -blatt, Pfd. 0,90	Schweineköpfe	mit Hals, Pfd. 0,46
Schweinekamm	o. -Schaff, Pfd. 1,04	Schweineieren	Pfd. 0,88
Schweinekotelett	Pfd. v. 1,08 an	Rinderbacken	ohne Knochen, Pfd. 0,54
Kassler	mild, Pfd. von 1,04 an	Rinderherzen	Pfd. 0,58
Rückenfett	knackig, o. Schw. Pfd. 0,68	Rinderlungen	Pfd. 0,42
Lieser	Pfd. 0,64	Euter	Pfd. 0,28
Hammelfleisch	gef. Pfd. v. 0,58 an	Suppenfleisch	gef. Pfd. von 0,68 an
Hammelfleisch	gef. Pfd. 0,70	Gulasch	gef. Pfd. 0,98
Hammelfleisch	gef. Pfd. 0,80		

Matjesheringe

2 Stück **0,25**

Fetherlinge

10 Stk. **0,48, 0,68**

Roter Johannisbeerwein

10 Fl. 1,25

Malvasier

10 Fl. 1,00

WEINE VOM FASS

10 Fl. 1,45

1928er Ingelheim Rotwein

10 Fl. **0,88**

Deutscher Weinbrand

10 Fl. **4,60**

Fische und Räucherwaren

*Grüneheringe	Pfd. 0,42	Lebende Spiegelkarpf.	Pfd. 0,95 an
*Seelachs	groß, ohne Kopf, 1 g., Pfd. v. 0,15 an	Bücklinge	Pfd. von 0,28 an
*Kabeljau	1 g., Pfd. 0,15	Seelachs	geräuch., Pfd. 0,35
*Kabeljaufilet	Pfd. 0,24	Robbars	geräuch., Pfd. 0,35
*Schellfisch	1 g., Pfd. 0,18	Ol-Sardinen	Marke "Bartia", Dose v. 0,50 an
*Robbars	Pfd. 0,18	Fischmarinade	1-Ltr.-Dose 0,78, 1/2-Ltr.-Dose 0,48
*Zander	gefroren, Pfd. 0,32		

Obst und Gemüse

Apfelsinen	blond, Pfd. 0,78	Möhren	Pfd. 0,05
Jaffa-Orangen	Pfd. 0,90	Rot-, Weiss-, Wirsing-Kohl	Pfd. 0,06
Bananen	3 Pfd. 0,98	Grünkohl	Pfd. 0,15
Tafeläpfel	amarill, Pfd. 1,00	Kartoffeln	Pfd. 0,22
Rote Rüben	Pfd. 0,06		

Konserven

Stangensporgel	stark, 2,28	Berliner Allerlei	Pfd. 0,70
Kaiserschoten	1,45	Karotten	geschnitten 0,27
Junge Erbsen	fein II 0,88	Preisselbeeren	Pfd. 0,90
Gemüseerbsen	Pfd. 0,54	Heidelbeeren	Pfd. 0,90
Gem. Gemüse	fein I 1,35	Ananas	Bismarck 0,95
Gem. Gemüse	fein II 0,98	Birnen	welch, 1/2 Frucht 1,10
Konsummischung	aus getrocknet. Früchten hergestellt 0,48	Süßkirschen	m. Stein 0,95
		Sauerkirschen	o. St. 1,20



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

RK.

Kindheit im Schatten

Berlins Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit / Trostlose Wohnstätten

Der Kampf der Berliner Gesundheitsfürsorge gilt heute mit in erster Linie der Säuglingssterblichkeit. Wenn laut Statistik des Berliner Hauptgesundheitsamtes im Oktober 1930 die Sterblichkeitsziffer nur 5,4 Prozent beträgt, so ist dies, gemessen an den 40 Prozent der 70er Jahre ein ungeheurer Fortschritt. Die medizinische Wissenschaft ist den Hauptfeinden des kindlichen Organismus, der Rachitis und Tuberkulose erfolgreich zu Leibe gerückt; das Betreuungsgebiet der Berliner Säuglingsfürsorge ist in bezug auf gesundheitliche und wirtschaftliche Fürsorge außerordentlich umfangreich.

Die Arbeit der Fürsorgestellen.

Der kräftliche oder schwächliche Kindeskörper wird durch Nährpräparate und Milcherziehung, durch Vitaminmangelzufuhr, durch Höhenbestrahlungen, Gymnastik, Erholungs- und Kurverfahrungen nach Möglichkeit kuriert und getränkt. In Kinderkrippen und -gärten finden Säuglinge und Kleinkinder alles, was eine gute Kinderstube enthalten soll. Für die Mütter selbst sorgt die Wochenfürsorge und Wöchnerinnenspeisung, für die Schwangeren beratende ärztliche Untersuchung, Zuweisung von Säuglingswäscherinnen. Die Fürsorgestellen erfassen auf Grund der ständesonntlichen Geburtenmeldung, der Hausbesuche durch die Fürsorgerin, ärztlicher und sonstiger Mitteilungen den hilfsbedürftigen Nachwuchs ihres Bezirkes. In den Sprechstunden der Fürsorgestellen herrscht reges Leben und Treiben. Die ärztliche Untersuchung umfaßt sorgfältig alles, was auf Krankheits Symptome hindeutet. Die Mutter muß Auskunft geben, wie sich der Appetit, die Gewichtszunahme, der Schlaf und die übrigen Lebensfunktionen abwickeln. In den hellen, freundlichen Räumen der Fürsorgestellen werden die kleinen Patienten in sauberen „Bögen“ ausgegogen und dem Arzt vorgeführt. Auf Waagen wird das genaue Gewicht geprüft, im Bestrahlungsraum können sich die kleinen bebrüteten Kranken, freundliche Zuneige der Fürsorgegeschwister, ein von Onkel Doktor bereitgehaltenes Bonbon sorgen für die gute Laune der Kleinen.

Die trostlose Wohnung.

Wie Tag und Nacht ist der Unterschied zwischen der Betreuungsstelle und dem Dasein des Säuglings. In Hinterhöfen und Durchgängen aller, überwachsener Mietskasernen, wo Licht, Luft und Sonne Fremdworte sind, wächst Jung-Berlin auf. Begleitet wird einmal die Fürsorgegeschwister auf ihren Hausbesuchen, deren sie pro Tag etwa 18 bis 20 zu machen hat, steigen wir mit ihr treppauf, treppab über schmutzige, morsche Stiegen, zwängen wir uns mit ihr durch einen kleinen stockfinsternen Korridor in eine kleine Stube und Küche, wo alles Alt, Verwahrlosung, Verwitterung und Verzweiflung atmet; sehen wir uns die Menschen an, die hier hausen, groß und klein, alt und jung, eng zusammengeschmückt mit all ihren Sorgen und Leiden, lassen wir uns von ihnen erzählen, was sie beklagen, und lesen wir in ihren Gesichtern, wovon sie nicht sprechen...

Die Fürsorgerin vom Gesundheitsamt Kreuzberg ist trotz ihrer Jugend für ihren Beruf wie geschaffen. Und all ihre Schützlinge haben Vertrauen zu ihr, man muß sich wundern, wie Frauen, die ihre Mutter oder auch Großmutter sein könnten, vor ihr ihr Herz ausschütten und ihr alles, aber auch alles erzählen. Da kommen wir zu einer Frau, einer Kriegerwitwe mit einem fünfjährigen Mädchen. Das Kind leidet an Sprachstörung, es kann bloß lallen, und Schmalhans ist Küchenmeister; die mögliche Witwenrente reicht nicht her und nicht hin.

Kinder, die ihre Eltern hassen.

Die Schwester klopft an einer anderen Tür. „Wo ist denn Mutter, Erna?“ — „Weiß nicht, spazieren wahrscheinlich.“ Ein halb-wichtiges Ding öffnet und gibt mit verbittertem Tonfall diese Antwort. Im Ru ist der kleine Korridor voll kleiner und kleinster Bewohner; neugierig und ängstlich sie die Besucher, Erwin lacht ein wenig verschämt, die kleine Lotte nuckelt mit Unmut und ein weiteres Trio von kleinen Jungens steht in der dunklen Stube umher. Es ist 10 Uhr morgens, die arbeitslosen Väter sitzen, ohne Leinwandbezug, liegen unordentlich umher, alle Fenster sind geschlossen. Im Zimmer wimmert leise ein Kleines, ein todtkaffes Säugling strampelt verzweifelt mit Armen und Beinen. Hier herrschen ebenso trostlose Familienverhältnisse. Die Frau, zum zweitenmal verheiratet mit einem bedeutend jüngeren Mann, acht Kinder, davon etliche aus erster Ehe. Eins dieser Mädchen hat selbst schon ein Kind. Es gibt ewig Streit mit dem Stiefvater und Schläge und bitterböse Worte, und als jetzt die Kellerte auch noch mit ihrem Kinde anfangt, da war das Maß voll; aber alle hocken zusammen in zwei Wohnkammern, es herrscht Gemütsstimmung zwischen Eltern und Kindern. Einer ist des anderen Teufel, nichts als Haß, Verzweiflung und Verblüdung. Alles verkommt in Dreck und Elend, das junge Ding hat ihr Kind bei einer guten Pflegemutter untergebracht, wo es ihm besser geht als daheim. Denn sie ist schon heute mit Gott und der Welt gerufen, allen ist sie Feind; der Mutter, der sie den Stiefvater nicht verzeiht, dem Mann, der sie wegwarf...

Pflegekinder, die es gut getroffen haben.

Endlich einmal ein freundliches Milieu. Das Kind des jungen Mädchens, von dem hier die Rede war, hatte die Fürsorgestelle bei einer Frau untergebracht. Alles ist peinlich sauber, der kleine Mann präsentiert sich im schneeweißen Bettchen. Die Frau erkundigt sich angelegentlich bei der Fürsorgerin, wie sie es mit der Nahrung halten soll, dann bittet sie um einen besseren, stabilen Kinderwagen, man sieht, sie hat wirklich Interesse, doch das Kind sich wohl fühlt und geholt. — Die kleine Victoria figt, daß und rund, im hochmodernen Pjama am Frühstückstisch und läßt sich's wohlfühlen. Sie hat auch einen guten Treffer gemacht. Die Pflegeeltern, ein kinderloses Ehepaar, hängen mit Liebe an ihr, und sie zittern vor dem Moment, wo die Mutter, die sich jetzt für das müde Kind zu

interessieren beginnt, ihre Rechte geltend machen könnte. „Ach, wir würden es ja für unser Leben gern behalten, für immer.“ Für das Kind wäre es auch besser so, denn die Mutter ist nicht recht gesund, sie hat's auf der Lunge, eine Schwester von ihr ebenfalls, und die Pflegeeltern zittern vor jedem mütterlichen Stuh, der dem Kind diese unheilvolle Krankheit vermitteln könnte.

Ein Frauenschicksal.

Der kleine Kurt wieder ist Großmutter's Liebling, und wenn er, obwohl schon ein großes, strammes Herrchen, sich nachts nicht sehr brav aufhält, dann hat die Alte hundertlei Entschuldigungen. Aber auch Tochter und Schwiegerjohn hängen an dem hübschen Lockenkopf, der ihrem eigenen Sohn ein guter Spielgefährte ist. Die Fürsorgerin erkundigt sich nach der Mutter, die außerhalb in Stellung ist und nur ab und zu auf Besuch kommt. „Ach Gott, sie sieht ja wieder miserabel aus, die arme Person. Es ja auch kein Wunder.“ Und nun erzählt die gute Alte in kurzen Worten die erschütternde Tragödie eines Frauenschicksals. Der Vater des Kindes, ein Mann in guter Stellung, aus wohlhabendem Hause, hatte sich ihr unter falschem Namen als armer Student genähert, und als das Kind kam, da konnte sie eben sehen, wo sie blieb. Und sie arbeitete und darbe und verzweifelte fast... Bis eines Tages durch Zufall Verwandte der Sache nachspürten; und sie hatten Glück und erfuhren alles: Daß der Mann ganz anders hieß, daß er eine gute Stelle hatte, also auch zahlen konnte. Da stellten sie die beiden einander gegenüber, und der Mann verleugnete die frühere Geliebte. „Ich kenne diese Frau nicht“, und die Kermisse fiel wie ein Stein hin: später, am Gericht, gab er, in die Enge getrieben, alles zu, und als es nicht mehr anders ging, meinte er mit der großen Geste: „Rein Gott, dann zahlte ich eben diese Keimigkeit!“

Zwölf Kinder und ein todfranker Mann.

Alle Leute beide; er schwerkrank, ein hoffnungsloser Fall, und in der Wiege das zwölfte Kind. Verlangend streckt es die Arme nach der Mutter, aber die hat keine Beziehung mehr zu solch jungem Leben und seinen Wünschen. Stumpf, müde versteht sie den arbeitslosen Haushalt und betraut den Schwerkranken. Der ist noch um ein Stück weiter in seiner Verzweiflung; er weiß, was mit ihm los ist, und sieht, was die Kerze von seinem Zustand hallen, und daß er ausgesteuert ist und nichts, oder nichts mehr auf dieser Welt zu hoffen hat. Er möchte, je früher je besser, in die andere Welt reifen. Die Frau traut sich kaum aus dem Hause — der mörderische Gas-hahn droht. In dieser todtraurigen Szenerie, wo man schon fast abgerechnet hat mit diesem Leben, beginnt ein neuer Mensch den Kampf!

Frau G. hat sich ihren Gatten beinahe mit dem Tode errungen. Ihr erster Mann war Säuer mit Tobfuchtsanfällen. Dann kommt der zweite, aber vorher gibt's eine Generalabrechnung. Der erste Mann betrunkelt sich sinnlos, dann verfährt er das Zimmer, packt die Frau, haut erst die Möbel zu Meinhof, dann schlägt er zuerst die Frau nieder, dann sich. Sie ist gut weggekommen, leichte Verletzung, die Kugel hat sie noch im Körper. Der Tyrann stirbt, und die Frau ist frei! Eine schwache Frauenstimme flüstert etwas aus dem Krankenbett, und in ihrem abgekehrten Gesicht leuchten ein Paar glücklicher Augen. In der Küche spielt der Junge, ein hübsches, kräftiges Kind, schon 5 Jahre alt, aber die Sprache fehlt. Was mag das arme Kind erlitten haben! Der Stiefvater ist ihm nicht besonders grün, er gäbe ihn gern in Pflege, aber wer nimmt solch schwachsinntiges Kind, und was soll aus ihm werden? Dafür hat höchstens eine Mutter Verständnis; oder die tut alles, was der Mann will, um den sie so schwer gelitten...

Jetzt aber feste gerodet!

Der Schönholzer Volkspark im Winter — Die Freude unserer Jugend

Das Bezirksamt Pankow hat allen Freunden des Wintersports, vor allem aber unseren Schülern und Schülerinnen, eine besondere Freude bereitet: Im Bereich des Schönholzer Volksparks ist eine Rodelbahn entstanden, die sich sehen lassen kann.

Besonders erfreulich aber ist es, daß die ganze Arbeit von Erwerblosen verrichtet wird, die so zum mindesten für einen Teil des Winters über die Not dieser Zeit hinwegkommen können. Es hat, als die Bezirksversammlung die Beschaffung dieser Erholungsstätte beschloß, manchen Widerspruch auch in der reaktionär eingestellten Ortspresse gegeben. Man wollte nicht einsehen, daß Ausgaben für die Volksgesundheit nicht logisch auf Marx und Fleming wieder eintommen, daß sie aber Zinsen tragen durch die Stärkung und Erleichterung der jugendlichen Körper. Man sollte wirklich kaum glauben, daß in unserer Zeit Menschen an der Wichtigkeit gerade dieser Aufgabe der Kommunen noch zweifeln und deuteln. Jetzt tummeln sich, wenn das Wetter es irgend zuläßt, nach Schluß der Schule Hunderte von Kindern auf der Rodelbahn, die 335 Meter lang ist. Das Gefälle beträgt 9 Meter. Man hat absichtlich dafür Sorge getragen, daß keine allzu große Schnelligkeit beim Rodeln unserer Schüler und Schülerinnen erreicht werden kann, damit nicht Arm- und Beinbrüche auf der Tagesordnung sind. Die notwendige Bodenerhöhung erforderte viel Zeit und Arbeitskraft.

Man hat, wenn man von Pankow aus zum Schönholzer Volkspark fährt, einen prächtigen Blick hinaus bis an den Startplatz der Bahn. Hier oben soll ein Turm aus rotem Wieserandstein errichtet werden, von dem aus sich eine weite Aussicht auf Berlin und die Umgebung von Pankow bietet. Die Gartenbaubehörde hat es sich angelegen sein lassen, den Charakter der mär-

lichen Landschaft streng zu wahren. Keinerlei Biergewölbe werden angebaut, unsere schlichte Kiefer und der lieblichste Laubbau des Norddeutschen, die Linde, werden das Bild beherrschen. Zur Umrahmung der Bahn dienen Zwergmispeln. Streng hat man darauf gesehen, den Baumbestand des ganzen Gebietes zu schonen. Leider hat hier aber die Natur manchen Baum verdorren lassen, so daß er gefällt werden mußte, auch die Spende von Humus hat nicht geholfen. Innerhalb des 47 Hektar betragenden Areals des Volksparks liegt der Schießstand der Schützenvereine. Gern würde, wenn es die Geldmittel gestatten, das Pankower Bezirksamt auch ihn erwerben. Er verfügt über einen besonders schönen Baumbestand, und die wirkliche Abrundung des Volksparks wäre erst nach seiner Erwerbung erreicht. Es braucht auch kaum hinzugefügt zu werden, daß für die im Volkspark Erholung suchenden das dauernde Knallen nicht gerade angenehm und gesundheitsfördernd ist. Die Rodelbahn der Pankower wird im Sommer in frischem Grün prangen, so daß sie aus dem Rahmen der Gesamtlandschaft nicht herausfällt. Neben der Rodelbahn weist der Volkspark Lager- und Spielwiesen, Planschbecken und alles das auf, was unserer Großschulgugend die Reise nach außerhalb erheben kann. Es ist sehr zu wünschen, daß die Arbeiten für eine weitere Ausgestaltung dieser großen volksgesundheitlich so wichtigen Anlage nicht unter der Geldsorge leiden. Es gibt Ausgaben, die im Interesse der unvertrauten Bevölkerung unbedingt gemacht werden müssen.

Schon jetzt darf den Beamten und Arbeitern des Bezirksamtes Pankow für das geleistete Dank gesagt werden. Sie haben das schönste Verdienst erworben, was ein Vertrauensmann der Bevölkerung erwerben kann: Sie haben sich um unsere Jugend verdient gemacht.

Sicherheit vor allem!

Eine beherzigenswerte Mahnung des Polizeipräsidenten.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß bei Abhaltung von Bällen, Ausstellungen, Bazaren, Kostümfesten usw. die Räume, Treppen, Tische usw. mit leicht brennbarem Material ausgeschmückt werden. Auch sind von der Galerie nach dem Saal Konfetti und Papierstrahlen in derartigen Mengen geworfen worden, daß sie als dicke Schicht auf dem Fußboden lagerten. Die Verwendung dieses vorchriftswidrigen Materials bedeutet eine schwere Gefährdung des Publikums, die ins Ungeheure wächst, wenn, wie gewöhnlich bei derartigen Festen, die Räume überfüllt sind und infolgedessen im Falle eines Brandes eine Panik unvermeidbar ist. Der Polizeipräsident macht mit Rücksicht auf den Beginn der Karnevals- und dergleichen darauf aufmerksam, daß zu derartigen Ausschmückungen, Scherzartikeln usw. nur schwer entflammbar oder schwer entflammbar gemachte Stoffe verwendet werden dürfen und daß Dispense auch in einzelnen Fällen nicht erteilt werden können. Mag das für viele Unternehmer eine gewisse Härte bedeuten, das polizeiliche Safety first (die Sicherheit über alles!), das die Engländer so sehr beachten, hat seine große und ernste Berechtigung.

Neue Speisungsstelle in der Blumenstraße.

Die Firma Kempinski hat am Montag in der Blumenstraße 88 für einige Monate eine Speisungsstelle eröffnet.

in der gegen Zahlung von nur 10 Pf. an 500 Bedürftige eine warme Tagesmahlzeit (Suppe, Wurst und Brot) abgegeben wird. Zur Teilnahme an der Speisung sind nur solche Personen berechtigt, die von den Bezirkswohlfahrtsämtern Mitte und Friedrichshagen mit der besonders für diesen Zweck geschaffenen Speisekarte versehen worden sind.

Verlegung der Sparkasse und Girokasse 71 in Berlin-Tempelhof. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat ihre Sparkasse 71 in Berlin-Tempelhof (früher Dorfk. 42) in die neuzeitlich eingerichteten Geschäftsräume im Hause Berliner Straße 149/150 verlegt.

Ausstellung von Schülerarbeiten. Die 32. Volksschule, Neutölln, Rühlstr. 14/42 (7 Minuten vom Hermannplatz), veranstaltet vom 23. bis 27. Januar, 17 bis 22 Uhr, eine Ausstellung von Schülerarbeiten und ladet zum Besuch ein.

Togal
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß, Erkältungskrankheiten,
Eatoner d. Harnsäure! 6000 Ärzte-Gutachten!
Vollkommen unschädlich. Frag Sie Ihr Arzt.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Blößgestellte Lügner.

1. Bezirk - Mitte.

In der Bezirksversammlung Mitte wurde der Genosse Riese mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden wiedergewählt. Stellvertreter wurden der Deutschnationale Koch und Fräulein Silbermann für die Fraktion Mitte. Als Beisitzer unserer Partei fungieren Genossin Wollstein und Genosse Bernau. Als die Kommunisten bei der Beratung ihrer Rundreiseanträge den Mund gar zu voll nahmen, wurde ihnen durch die Genossen Banda und Riese die nötige Abfuhr erteilt. Man wies ihnen trotz ihres Geschreis mit einwandfreiem Material nach, daß die „Rote Fahne“ heute von Streikbrechern geleitet werden müßte, daß unter den Streikenden rund 80 Proz. Kommunisten seien und daß sogar der als Führer der kommunistischen Maschinenseher bekannte Engelmeier zu den Streikenden gehöre. Auf die Strahe gelehrt worden sei auch der Kommunist Bruno Schulz, der erst kürzlich eine mehrjährige Festungshaft für die KPD. vollzogen habe, von den Kommunisten mit großem Pomp empfangen wurde und nun den „Dank des Vaterlandes“ zu spüren bekomme. Angesichts dieser Tatsachen wirkte es besonders lässlich, daß der kommunistische Stadtverordnete Dröll die Maßnahmen der „Roten Fahne“ damit entschuldigte, daß die Maschinenseher dort wohl wöchentlich 150 M. verdienen hätten, aber 30 Proz. weniger leisteten als in bürgerlichen Betrieben. Da das kommunistische Geschimpfe schließlich zu unsäglich wurde, verließen alle Fraktionen außer Kommunisten und Nazis den Saal, und auch die Tribünen forderten energisch den Schluß der kommunistischen Hehe, bis die Versammlung endlich wegen gähnender Leere im Saale sanft entschied.

Wedding schafft neue Erholungsstätten.

3. Bezirk - Wedding.

Die erste Versammlung im neuen Jahre nahm einen ruhigen Verlauf. Durch Jursus wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Vorsteher ist unser Genosse Kose. Die Versammlung nahm dann einen Antrag an, die Kodelbahnen im Bezirk im Interesse der Werktätigen erst um 20 Uhr zu schließen. Zur Anschaffung einer Zentimeterwaage wurden 6500 M. bewilligt. Die seit Monaten die Deffentlichkeit beschäftigenden Zustände im Wedding Bedingheim fanden zum größten Teil nach eingehender Ausprache aller Parteien ihre Erledigung, indem die von einem aus allen Parteien zusammengesetzten Ausschuss vorgeschlagenen Anträge und Maßnahmen angenommen wurden. Die Vorbereitung der Wahl von zwei unbesoldeten Bezirksamtsmitgliedern wurde einem zu wählenden Sonderausschuss übertragen. Zur Annahme gelangte weiter eine Vorlage des Bezirksamtes, die 25000 M. zur Behebung besonderer Notstände im Bezirk bereitstellt. Ein Dringlichkeitsantrag der sich als einzigste Arbeiterpartei aufspielenden KPD., die gegen die vom Magistrat eingeführten 44-Stunden-Woche wendet, wurde vertagt. Zu begrüßen ist die Schaffung von Lagerwägen für die erholungsbedürftige Bevölkerung in den Kiefern und im Humboldtthain, in dem ein großer Komplex von der Badstraße, Grenzstraße und vom Sportplatz begrenzt, für diesen Zweck hergerichtet wird. Den Arbeitslosen soll auf Wunsch auch die Benutzung der Schwimmbäder unentgeltlich gestattet werden.

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse.

7. Bezirk - Charlottenburg.

Die erste Beratung im neuen Jahr nahm einen erfreulich ruhigen Verlauf. Bei der Wahl des Vorstandes wurden Dr. Kunz (D. Sp.) zum Vorsteher, Genosse Czolinski und der Deutschnationale Behrends zu Stellvertretern gewählt. Der Vertreter der KPD. fand in seiner langatmigen Protesterklärung das bemerkenswerte neue Flügelswort von den „falschlichen Waffen der Demokratie“. Der Verkehrsausschuss fand für eine Empfehlung einer Verbesserung der Linienführung des neuen Autobus 6 (Bahnhof Charlottenburg nach Wittenau-Tege) durch Wahl der Turmstraße statt der Straße Alt-Moabit sowie einer Aufrechterhaltung des unmittelbaren Stadtbahnverkehrs Charlottenburg-Westend auch in den Abendstunden, die Zustimmung der Versammlung. — Dem Antrag des Eingabenausschusses folgend, wurde Ablehnung zweier Eingaben beschlossen. Für die Herrichtung eines Schul- und Kindergartenplatzes im nördlichen Charlottenburg wurden die Mittel bewilligt. — Eine Anfrage unserer Genossen bemängelte die Ausschließung politischer und religiöser Vereine von der Benutzung der Kathausfälle sowie ungleicher Behandlung zugunsten des pazifistischen Vereins für Religion und Völkerverständnis. Der Bürgermeister erklärte, daß die Säle nur für Veranstaltungen von allgemeiner Bedeutung hergegeben würden. Die politische Entgeisterung bei der Ausstellung des kommunistischen Turn- und Sportartells sei auf Anfordern abgestellt worden. Von einer Besprechung wurde Abstand genommen.

Deutschnationale gegen Sparsamkeit!

14. Bezirk - Neukölln.

Die Neuköllner Bezirksversammlung wählte in ihrer ersten Sitzung nach Neujahr den Genossen Josef Arndt wieder zum Vorsteher. Stellvertreter wurde der Volksparteiler Brubns, Beisitzer Genosse Hädel und der Deutschnationale Weber. Die KPD. schaltete sich selbst vom Vorstand aus, indem sie nach einem giftigen Angriff auf den Vorsteher immer Gegenanträge stellte. Die Versammlung stimmte dann der Wiederwahl des Genossen Otto Jakobs als Schiedsmann zu und bewilligte 5700 M. aus Vorbehaltsmitteln zur Einräumung der Kinderspielplätze im Sportplatz Tempelhofer Feld, Anschaffung von Parkbänken für den Weichielplatz und Wiederherstellung der infolge Desinfektion beschädigten Räume im Schulgebäude Eibestraße 11/12. Zur Ausführung von dringenden Reparaturen an den öffentlichen Bedürfnisanstalten wurden 4000 M. bewilligt. Die Dringlichkeitsvorlage des Bezirksamts zwecks Neuwahl von drei unbesoldeten Stadträten, die durch Nichtbestätigung der kommunistischen Vorschlagsliste durch den Oberpräsidenten notwendig wurde, entfiel eine wüste Debatte. Von der KPD. ist man so allerhand gewöhnt, aber daß die Deutschnationalen in dasselbe Horn tuten, sollte nicht vergessen werden. Der unbesangene Beobachter konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Deutschnationale Bangala doch etwas zu stark für seine eigene Person sprach. Sonst trafen die Herren nur so von Sparsamkeitsphrasen, diesmal aber wollte man der Bevölkerung weismachen, das unbedingt sofort gewählt werden müßte. Wenn der Deutschnationale dabei von einem Kuhhandel zwischen der Sozialdemokratie und der Fraktion der Mitte sprach, so schien hier der Vorsitz seiner Fraktion wohl der Vater des Gedankens zu sein. Genosse Hornisch wies dann auch diesen Vorwurf energisch zurück und erklärte, daß wir deshalb für Vertagung sind, weil das Gesetz Groß-Berlin nun doch bald Wirksamkeit werden dürfte. Einer sofortigen Neuwahl könne der Bevölkerung gegenüber werden der unbilligen hohen Kosten nicht verantwortet werden. Diesen Argumenten schloß sich der Sprecher der Fraktion der Mitte, Stadtrat Bornemann, mit erschütternder Deutlichkeit an, so daß der Vertagungsantrag angenommen wurde. Die Einheitsfront zwischen

Deutschnationalen und Kommunisten feierte wieder Auferstehung bei der Beratung eines kommunistischen Antrages, den Bau des Arbeitsamtsgebäudes Südost in der Sonnenallee zu verhinern. Genosse Adolf Günther zeigte an Hand von treffenden Beispielen, daß dieses Arbeitsamt, das ja nicht nur Neukölln, sondern Treptow, Baumhulsenweg und Schöneweide umfaßt, an dieser Stelle ganz pünktig liegt. Heute schon werden in der Nähe (Lahnstraße) 8000 Arzeneimpfänger abgefertigt, ohne daß auch nur eine Beschwerde über zu weiten Weg vorliegt. Hinzukommt, daß die Erwerbslosen dort ihren Facharbeitsnachweis haben werden, so daß dann keine besonderen Wege, wie heute leider noch üblich, nötig sind. Neukölln entwickle sich baulich nach der Königsheide, so daß das künftige Arbeitsamt völlig zentral liegen wird. Grotesk war die Erklärung des bekannten Kloth, der in der Errichtung des Gebäudes eine Stabilisierung der Arbeitslosigkeit sieht. Er rebete dann noch von Palästen, die bei dieser Wirtschaftslage hin- und hergerissen werden, und Tausenden von Beamten, die dort Einzug halten werden. Natürlich waren die Deutschnationalen trotz der hin- und hergerissenen Begründung durch die KPD. für den kommunistischen Antrag, aber er wurde, weil sich immer noch vernünftige Leute finden, mit Hilfe der Fraktion der Mitte abgelehnt. Beschlüssen wurde, noch mehrere Anträge einzureichen, um den Erwerbslosen weite Wege zu ersparen. Einige Rundreisen rüde der KPD., die „Distriktsreisen zu verweigern und das Demonstrierungsverbot aufzuheben, wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Starker Verkehr auf neuer U-Bahn.

17. Bezirk - Lichtenberg.

Die Lichtenberger Bezirksversammlung am letzten Mittwoch nahm einen erfreulich ruhigen Verlauf. Zur Abstimmung stand zuerst ein noch aus dem vorigen Jahre herübergeleiteter Vertrauensantrag der Kommunisten gegen den sozialdemokratischen Vorsteher Tempel. Nur kurz sei dazu festgestellt, daß sämtliche übrigen Fraktionen des Hauses diesen Antrag mit Nichtbeachtung quittierten. Gerade dem altverdienten Genossen Tempel versicherten alle Parteien die Anerkennung seiner unbedingten Objektivität in der Geschäftsführung. Durch sein immer hilfsbereites und zuvorkommendes Wesen hat er sich viele Freunde erworben, und es war nicht nur seinen Parteigenossen schwer, seinem Wunsch, jetzt von seiner Wiederwahl aus Gesundheits- und Altersrücksichten Abstand zu nehmen, nachzukommen. An seiner Stelle wählte die Versammlung den Genossen War King, der als Betriebsratsvorsitzender der Knorr-Bremse und als Mitglied des Hauptvorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes einen guten Namen in der Arbeiterbewegung hat. Im weiteren Verlauf der Sitzung fand ein Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen, der sich mit Verschlechterungen des Oberflächenverkehrs in der Frankfurter Allee nach Inbetriebnahme der U-Bahn Friedrichsfelde befaßte, besondere Beachtung. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, doch lösten die Ausführungen des deutschnationalen Redners, der von einer katastrophalen und allzu geschäftstüchtigen Verkehrspolitik der SSB. sprach, den lebhaftesten Widerspruch unseres Genossen Arndt aus. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, so führte Genosse Arndt aus, daß der Bau der U-Bahnlinie nach Friedrichsfelde eine dringende Notwendigkeit war, die über alle Erwartungen hohen Benutzungsfiguren sprechen den deutlichsten Beweis dafür. Aber waren es nicht gerade die Deutschnationalen, die sich im Stadtparlament immer gegen die ungeheuren Ausgaben für den U-Bahnbau gewendet hatten! Ist es nicht eitle Demagogie, wenn jetzt nachdem kaum die Bahn in Betrieb ist, dieselben Deutschnationalen den weiteren Ausbau des Verkehrsnetzes fordern! Selbstverständlich trägt die heute von der Sozialdemokratie beherrschte Verkehrspolitik der Stadt ein anderes Gesicht als früher. Heute werden Verkehrseinrichtungen geschaffen, in erster Linie aus dem Gesichtspunkt, der arbeitenden Bevölkerung möglichst bequeme Arbeitswege zu ermöglichen. Im Gegensatz dazu stellte die frühere Verkehrspolitik die privatwirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund. Was die Einschränkung des Oberflächenverkehrs angeht, so ist doch gerade Zweck der U-Bahnlinien, im Interesse des übrigen Verkehrs den Personenverkehr nach Möglichkeit unerwidert abzulassen und dadurch die Straßen zu entlasten. Genosse Stadtrat Stimming wies ergänzend noch darauf hin, daß trotz der Einschränkung des Oberflächenverkehrs immer noch ein Mehrangebot von 3000 Wägen zu verzeichnen sei. Die Verkehrspolitik des Bezirks müsse jetzt jedoch in erster Linie darauf abgestellt werden, bessere Verkehrsverbindungen für die Außenbezirke zu erreichen. Vor allem gilt das für den Ortsteil Biesdorf-Süd. Im letzten habe er beim Verkehrsamt beantragt, die Linie 69 bis nach Karlshorst zu verlängern; dadurch würden sich die beiden Linien 69 und 169 zu einem Sieben-Minuten-Verkehr ergänzen. Im übrigen sei eine Verdichtung der Verkehrsfolge auf den übrigen Strecken zu erwarten.

Die Wohlgerüche der Spinnerei.

18. Bezirk - Weissenhof.

Wiedergewählt wurden zum Vorsitzenden Genosse Bauh und zum Stellvertreter der Demokrat Ritschke. Zu Schriftführern wurden die Genossen Bolahn und Kubahl gewählt. Bei der dann stattgefundenen Beratung einer neuen Geschäftsordnung kam es zum Krach und zum Ausschluß der ganzen kommunistischen Fraktion, worüber der „Vorwärts“ bereits berichtete. In der vor der Plenarfraktion stattgefundenen Aulestenausschussung wurde beschlossen, jeder Fraktion bei der Beratung der Geschäftsordnung 20 Minuten Redezeit zuzubilligen. Schon im Austausch erklärten die Kommunisten, sich nicht fügen zu wollen. Tatsächlich sprach der kommunistische Redner im Plenum trotz Wortentscheidung und Ausschluß weiter. Als er von der Polizei aus dem Saale gewiesen wurde, trat einer seiner Parteifreunde an seine Stelle. Auch dieser mußte ausgewiesen und von der Polizei emittiert werden. Als nunmehr der Kommunist Bih ohne Worterteilung sprach, kam es zum Tumult, in dessen Verlauf die ganze erst Mann starke kommunistische Fraktion für diese und die nächste Sitzung ausgeschlossen und von der Polizei ausgewiesen wurde. Nachdem konnte die Sitzung ruhig fortgesetzt werden. Die neue Geschäftsordnung wurde angenommen. Von den Anwohnern der Seidenberger- und Berl. Generalstraße und Umgegend werden dauernd Klagen vorgebracht über die Geruchsbelästigung der Kassaarspinnerei Gbr. Wahrscheinlich infolge Nichtbeachtung gewerbepolizeilicher Bestimmungen entstehen durch den Betrieb Gase und Dämpfe, die es den Anwohnern unmöglich machen, Fenster zu öffnen und Balkone zu benutzen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde daher der Antrag gestellt, das Bezirksamt zu ersuchen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Gewerbeaufsichtsstellen einzuwirken, diesen Mißständen ein Ende zu bereiten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Unbesoldeter Stadtrat gewählt.

19. Bezirk - Pantow.

In der letzten Pantower Bezirksversammlung wurde Genosse Kraemer wieder zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt. Zu Stellvertretern des Vorsitzenden wählte die Versammlung die Bezirksverordneten Friese (Dnall.) und Schwien (Bpt.). Beisitzer wurden die Bezirksverordneten Hoeben (Soz.) und Stolzman (Bpt.). Beisitzer-Stellvertreter Hoeben (Soz.) und Dr. Riene (Bpt.). Die Kommunisten erzwangen Zettelwahl, so daß sich der

Wahlakt stundenlang hinzog. Die ständigen Ausschüsse wurden mit wenigen Änderungen wieder bestätigt. Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich der Zustände an der Oberrealschule wird in der nächsten Sitzung behandelt werden. Es stand dann eine Vorlage des Bezirksamtes betreffend die Wahl eines unbesoldeten Stadtrates zur Debatte. Nachdem der Oberpräsident sämtliche Kandidaten der kommunistischen Liste die Bestätigung verweigert hatte, war die freie Stelle durch direkte Wahl der Versammlung zu belegen. Während die sozialdemokratische Fraktion wegen der in Kürze zu erwartenden Verhandlungen im Preussischen Landtag bezüglich der künftigen Gestaltung der Verfassung für Groß-Berlin Vertagung der Wahl beantragte, entspannten sich die Deutschnationalen als die berufenen Hüter des Ordisgesetzes Groß-Berlin. Mit Unterstützung der Kommunisten entschied sich die Versammlung für die Bornahme der Wahl. Die auf das Sparen sonst so perfide Wirtschaftspartei präsentierte von ihrer Dreimännerfraktion Herrn Pfinner. Die Sozialdemokraten schlugen den Genossen Loesner vor, die Kommunisten Herrn Sassa. Während in den ersten beiden Wahlgängen Genosse Loesner 16 Stimmen, Herr Pfinner ebenfalls 16 Stimmen und Herr Sassa 10 Stimmen erhielt, und von der Volkspartei weiße Zettel abgegeben wurden, erhielt in der entscheidenden Stichwahl Herr Pfinner von den Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, den Nazis und den Volksparteilern insgesamt 19 Stimmen, während Genosse Loesner mit Hilfe der Demokraten und des Zentrumsvertreeters nur 16 Stimmen erzielte, bei 10 ungültigen Stimmen der Kommunisten. Die Volkspartei zeigte sich in ihrer vollen nationalliberalen Größe und fiel um. Dem Zuge ihres Herzens folgend, stimmte sie trotz ihrer heftigen Feindschaft mit der Wirtschaftspartei. Für die Einrichtung von elektrischer Beleuchtung in der 16. Volksschule Heinersdorf wurden aus Vorbehaltsmitteln die notwendigen Gelder bewilligt. Den neuen Pachtverträgen, bezüglich der Bewirtschaftung des Rastellers und des Bürgerportrestaurantes, stimmte die Versammlung zu. Herr Salzfelder (Komm.) hielt alsdann eine der üblichen Heh- und Agitationsreden gegen die Sozialdemokratie. Genosse Kubig wies die Anschuldigungen in sehr eindrucksvoller Weise zurück. Um 23½ Uhr wurden die weiteren Punkte der Tagesordnung verlagt.

Frauen und drittes Reich.

Ueberfüllte Frauenversammlung gegen die Nazis.

Dicht gedrängt saßen die Frauen in der Schulaula Belziger Straße, alte und junge Frauen waren außerordentlich zahlreich erschienen, um zu der Frage „Die Frauen und das dritte Reich“ Stellung zu nehmen. Die Reichstagsabgeordnete Genossin Mathilde Wurm schilderte den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft, in der Baumwollfelder abgebrannt, Bedarfs- und Nahrungsmittel vernichtet werden, damit die Preise nicht fallen. Und an diesem Zustand wollen die Nationalsozialisten praktisch nichts ändern, sie entwickeln Wirtschaftstheorien etwa so, wie sich ein Kind die Wirtschaft vorstellt. Wie weit muß die Verzweiflung große Teile des deutschen Volkes und besonders die Frauen gebracht haben, daß Millionen Stimmen den Nazis zufallen konnten. Aber die Verzweifelten glaubten, daß diese Partei des Terrors und Mordes ihr Schicksal bessern könnte, doch als warnende Beispiele ständen uns da Länder wie Italien, Polen und Ungarn vor Augen, das Leben in wirtschaftlicher Not wird dort noch durch politische Bedrückung unerträglich gemacht. Wer sich als Sozialist bezeichnet, schmachtet in den Gefängnissen. Und so wollen es die Hakenkreuzler bei uns auch, eine geistige Kasernenanstalt, in der die Frau erschloße Skandin und Dienerin ist. „Das Recht der Ungeborenen“ wollen sie schänden, aber die Mütter können in Not und Elend zugrunde gehen. Obwohl den Sächseberger Nationalsozialisten Redefreiheit zugesichert war, sammelte in der Diskussion nur ein Anhänger der Straßen-Gruppe ein paar Worte.

Enthaltensamkeitsverbände tagen.

Der Zentralverband Deutscher Enthaltensamkeitsverbände, in dem alle deutschen Abstümpferorganisationen zusammengeschlossen sind, hielt seine Mitgliederversammlung im Berliner Günterplein-Bogenhaus ab. Genosse Prof. Dr. Strecker, der bisherige Vorsitzende der Organisation, gab in seinem Geschäftsbericht eine Uebersicht über die einzelnen Etappen der alkoholgegnerischen Bewegung bis zur Verkündung des Gaststättengesetzes. Jetzt gelte es besonders, die im Gaststättengesetz geschaffenen Möglichkeiten voll auszunutzen und daneben die Ziele der Bewegung — wobei besonders das Gemeindefestimmungsrecht erwähnt wurde — nicht aus den Augen zu verlieren. — In der Debatte wurde betont, daß trotz des Gaststättengesetzes viele wichtige Fragen der Alkoholbelämpfung offen geblieben seien, die dem Zentralverband ein volles Betätigungsfeld bieten und daß er gar keine Veranlassung habe, die Entwicklung der alkoholgegnerischen Bewegung etwa in Reserve abzuwarten. — In den neuwählenden Vorstand wurden die Genossen Prof. Dr. Strecker und Stadtrat Dr. Drucker wieder delegiert.

A·HEFTER

SEIT 75 JAHREN

HEFTER am Breitenbachplatz

Unsere Filiale, Breitenbachpl. 10, ein Vorbild moderner Hygiene und Zweckmäßigkeit, wurde soeben eröffnet.

Hefers Qualitätsfleischwaren

heute besonders preiswert:	per Pfund
Kalbsteck	von an Mk. 0,93
Rinderrouladen	1,50
Schulterblättler	1,00
Kassler	von an 1,10
Kassler Schuft	1,10
Lieser	0,65
Rückensteck	0,80

Hefers Ausnahmeangebote

	per Pfund
Fetter Speck	Mk. 0,98
Schinkencken	0,92
Schinkenspeck I. G.	1,60
Magere Speck	1,43
Grobenschmalz	0,88
Bratenschmalz	0,72
Breslauer	1,00
Landleberwurst	1,00
Konsum-Leberwurst	0,80
Ma.teschewko.wurst	0,80

Ab dem 1. März jeder Woche:

Hefers Spezial-Leberwurst, frisch aus dem Wurstkessel, per Pfund Mk. 2,60

Telefon Nr. 24 111111, Markter 2040-2045

erst einmal bald oft dann immer

A·HEFTER